

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (IOrg), Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 41

Berlin, den 4. September 1943

4. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Gottfried Knebel, SS-Obersturmführer,
SD-Abschnitt Halle/S., im Juni 1943

Richard Kastenbutt, SS-Scharführer, Kriminalassistent, Staatspolizeistelle Oppeln, im Juli 1943

Herbert Schotzki, SS-Oberscharführer,
Reichssicherheitshauptamt, im Juli 1943

Willi Klause, Kriminalangestellter, Kriminalpolizeistelle Litzmannstadt, im Juli 1943

Heinrich Schlutz, SS-Oberscharführer,
Kriminalassistent, Kriminalpolizeistelle
Hannover, im Juli 1943

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Werner Wollatz, SS-Untersturmführer,
Reichssicherheitshauptamt, im Juli 1943

Heinrich Kohl, Kommandierter der Waffen-SS, Stabskompanie im Reichssicherheitshauptamt, im Juli 1943

Karl-Julius Plath, SS-Sturmbannführer,
Reichssicherheitshauptamt, im Juli 1943

Willi Bauer, SS-Oberscharführer, Kriminalassistent, Staatspolizeistelle Klagenfurt, im August 1943

Oskar Scholz, Kriminalangestellter,
Staatspolizeistelle Saarbrücken, im Juli 1943

Otto Schwab, SS-Hauptscharführer,
Kriminaloberassistent, Staatspolizeistelle München, im August 1943

bei feindlichen Terrorangriffen auf das Reichsgebiet:

Erika Gerhards, Kriminalangestellte,
Kriminalpolizeistelle Wuppertal, im Juni 1943

Johann Kürten, Kriminalsekretär,
Kriminalpolizeistelle Wuppertal, im Juni 1943

Hans Botsch, SS-Untersturmführer,
Kriminalkommissar, Staatspolizeistelle
Braunschweig, im Juli 1943

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

SS-Obergruppenführer und General der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 20. 8. 43 Fleckfieber-schutzimpfung. S. 248. — RdErl. 25. 8. 43 Melde-verfahren der gemeingefährlichen u. übertragbaren Krankheiten. S. 248. — RdErl. 26. 8. 43 Fürsorge für Hinterbliebene. S. 249. — RdErl. 26. 8. 43 Buchung

von Ausgaben aus Anlaß der Verlegung von Dienst-stellen aus Luftschutzgründen. S. 249. — RdErl. 26. 8. 43 Freimachungspflicht für Postsendungen nach dem Gen.Gouv. S. 250. Personalmitteilungen. S. 250.

Sicherheitspolizei und SD

Fleckfieherschutzimpfung.

RdErl. des RSHA. vom 20. 8. 1943

— I San. Nr. 1035/43 —.

Auf Grund einer Vereinbarung sämtlicher Wehr-machtsteile und der der Wehrmacht angegliederten Verbände wird angeordnet:

(1) Die Fleckfieberimpfung ist nur tatsächlich in fleckfiebergefährdeten Gebieten oder bei Angehörigen von Truppenteilen und Verbänden durchzuführen, die für den unmittelbar bevorstehenden Einsatz in fleckfiebergefährdeten Gebieten vorgesehen sind (solche fleckfiebergefährdeten Gebiete sind bisher die besetzten Ostgebiete, die Balkanhalbinsel und einzelne Teile des nordnorwegischen Küstengebietes).

(2) Fleckfieberimpfungen außerhalb der unter 1 genannten Gebiete sind bei Lagerbewachungspersonal durchzuführen, wenn Fleckfiebergefahr unmittelbar besteht und dieses Personal mit den Lagerinsassen in unmittelbare Berührung kommt, ferner beim Personal der Entlausungsanstalten.

(3) Die Fleckfieberimpfung hat sich zunächst auf folgende //Angehörige zu beschränken:

- a) alle 38 Jahre alten und älteren //Männer,
- b) sämtliche fleckfiebergefährdeten Ärzte und das entsprechende Sanitäts- und Pflegepersonal,
- c) das in fleckfiebergefährdeten Betreuungsdienststellen eingesetzte männliche und weibliche Personal,
- d) die Angehörigen der Entlausungseinrichtungen,
- e) beim Auftreten von Fleckfieberepidemien das gefährdete Personal, unabhängig von Alter und Geschlecht.

Entscheidung über die Impfung zu e) trifft von Fall zu Fall der leitende Arzt beim RSHA. Im Bereich des Einsatzgebietes erfolgt die Impfung bei Auftreten einer Fleckfieberepidemie gemäß Anordnung des Gruppenarztes unter nachrichtlicher Mitteilung an den leitenden Arzt beim RSHA.

(4) Die Anforderung der Impfstoffe für die unter Ziff. (3) genannten Gruppen hat nach strenger Prüfung auf Grund der Seuchenlage, der Einsatzverhältnisse und der Gefährdung zu erfolgen.

(5) Der Impfstoff für die Einsatzgruppen ist, soweit er nicht über den Heeresgruppenarzt beim Heeresarzt beschafft werden kann, beim leitenden Arzt des RSHA. anzufordern. Heimdienststellen fordern Fleckfieberimpfstoff grundsätzlich beim leitenden Arzt des RSHA. an.

(6) Der Impfstoff ist sofort nach Empfang zu verbrauchen. Vorratshaltung bei den Dienststellen ist auf jeden Fall verboten.

(7) Die Empfänger werden von der Bereitstellung des zugewiesenen Impfstoffes benachrichtigt und haben ihn durch Kurier abholen zu lassen.

(8) Um zu festen Impfterminen zu kommen, ist anzustreben, daß von Mai bis August 1943 keine Fleckfieberimpfungen durchgeführt werden, sofern nicht die Fleckfieberlage es trotzdem erfordert.

(9) Die Wiederholungsimpfungen sind nur bei Fortbestehen der Fleckfiebergefahr nach einem Jahr durchzuführen.

(10) Fleckfieberimpfungen kommen laut Verfg. OKW. (Chef W San.) Nr. 2095/43 - H S In/Wi G (I a II) vom 24. 7. 1943 mit sofortiger Wirkung in Fortfall. Es ist aber jede Fleckfieherschutzimpfung unter Angabe des Herstellers und der Operationsnummer des benutzten Fleckfieberimpfstoffes in das demnächst erscheinende Einsatzbuch, bis dahin in die Impfkarten und G.-Blätter einzutragen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 248.

Meldeverfahren der gemeingefährlichen und übertragbaren Krankheiten.

RdErl. des RSHA. vom 25. 8. 1943

— I San. Nr. 1067 —

Mit sofortiger Wirkung wird für den Bereich der Arbeitserziehungslager, der Gefängnisse und Haftlingslager der Geh. Staatspolizei verfügt:

(1) Innerhalb 24 Stunden nach erlangter Kenntnis sind anzuzeigen:

A. Jede Erkrankung, jeder Verdacht einer Erkrankung und jeder Sterbefall an

1. Aussatz,
2. Cholera,
3. Fleckfieber,
4. Gelbfieber,
5. Pest,
6. Pocken,
7. Papageienkrankheit,
8. Unterleibstypus,
9. Kindbettfieber

a) nach standesamtlich meldepflichtiger Geburt,

b) nach Fehlgeburt,

10. übertragbarer Kinderlähmung,
11. bakterieller Lebensmittelvergiftung,
12. Milzbrand,
13. Paratyphus,
14. Rotz,
15. übertragbarer Ruhr,
16. Tollwut (auch Bißverletzungen durch tollwütige oder tollwutverdächtige Tiere),
17. Tularämie,
18. Typhus,
19. a) ansteckender Lungen- und Kehlkopftuberkulose,
- b) Hauttuberkulose,
- c) Tuberkulose anderer Organe.

- B. Jede Erkrankung und jeder Sterbefall an
1. Bang'scher Krankheit,
 2. Diphtherie,
 3. übertragbarer Gehirnentzündung,
 4. übertragbarer Genickstarre,
 5. Keuchhusten,
 6. Körnerkrankheit,
 7. Malaria,
 8. Rückfallfieber,
 9. Scharlach,
 10. Trichinose,
 11. Weil'scher Krankheit.
- C. Jede Person, die, ohne selbst krank zu sein, die Erreger der bakteriellen Lebensmittelvergiftung, des Paratyphus, der übertragbaren Ruhr oder des Typhus ausscheidet.

(2) Die Anzeige hat auf dem vorgeschriebenen Anzeigeformular (roter Meldezettel) an den leitenden Arzt beim RSHA. zu erfolgen. Eine Durchschrift der Anzeige ist dem örtlich zuständigen Gesundheitsamt mit dem Zusatz: „Benachrichtigung gemäß Abs. 2 des RdErl. d. RMdI. vom 22. 1. 1940 (MBliV. S. 2148)“ zu übersenden. Ferner muß deutlich vermerkt sein, ob es sich um einen //-Angehörigen vom Wachpersonal usw. oder um einen Häftling handelt.

(3) Außerdem sind gemäß Erl. vom 13. 11. 1941 — S II e 3 Nr. 5680/41-274-3 (nicht veröffentl.) —, der hierdurch nicht berührt wird, die zuständigen Wehrmachts-sanitätsdienststellen und darüber hinaus die zuständigen Pol.Ärzte zu benachrichtigen.

(4) Die Bekämpfung der genannten Krankheiten hat in engster Zusammenarbeit und ständiger Fühlungnahme mit dem örtlich zuständigen Gesundheitsamt zu erfolgen.

(5) Das Küchenpersonal ist jährlich einmal auf Typhus, Paratyphus und Ruhr zu untersuchen (geeignetes Material muß dreimal in Abständen von acht Tagen zur Untersuchung eingesandt werden). Hier wird auf den RdErl. des RSHA. — I San. — vom 13. 4. 1943 (Befehlsbl. S. 123) verwiesen.

(6) In den Jugendschutzlagern ist bei drohender Diphtherie oder Scharlacherkrankung die aktive Schutzimpfung durchzuführen.

(7) Wegen der aktiven Diphtherie-Schutzimpfung wird auf den Erl. des RMdI. vom 4. 6. 1942 (MBliV. S. 1243) verwiesen, der nachstehend auszugsweise bekanntgegeben wird.

„Von der Impfung sind Kinder auszuschließen, die an erheblicher körperlicher Unterentwicklung, an einer akuten Infektionskrankheit, an aktiver, fortschreitender, fieberhafter Tuberkulose, an schwerer Hauterkrankung (Pyodermie, ausgedehnten Ekzemen, Furunkulose) leiden.“

Der Impfstoff wird dem Impfling unter die Haut entweder am Oberarm etwa am Ansatz des M. deltoideus oder an der Brust unterhalb des Schlüsselbeines oder am Rücken zwischen den Schulterblättern eingespritzt. Die Dosierung hat nach folgenden Vorschriften zu geschehen:

Von einem Diphtherie-Impfstoff mit 30 und mehr Schutzseinheiten in 1 ccm erhalten

Kleinkinder	0,5 ccm,
Schulkinder bis zum 12 Lebensjahr	0,3 ccm,
ältere Schulkinder	0,2 ccm;

von einem Impfstoff mit weniger als 30 und mehr als 10 Schutzseinheiten in 1 ccm

Kleinkinder	1,0 ccm,
Schulkinder bis zum 12 Lebensjahr	0,5 ccm,
ältere Schulkinder	0,3 ccm.

Frühestens vier Wochen nach der ersten Impfung ist mit der gleichen Impfstoffmenge die Impfung zu wiederholen.

Enthält der Impfstoff in 1 ccm 1 bis 10 Schutzseinheiten, so ist eine dreimalige Impfung in vierwöchentlichen Abständen mit einer Impfstoffmenge von je 1 ccm bei Kleinkindern, 0,5 ccm bei Schulkindern erforderlich. Nach Möglichkeit sollen Diphtherie-Impfstoffe mit mehr als 30 Schutzseinheiten verwendet werden. Bei sehr starker Reaktion nach der ersten Impfung ist von einer Wiederholungsimpfung abzusehen.

Erwachsene sollen nur bei besonderer Gefährdung (Krankenpflege-, Aufsichtspersonen) gegen Diphtherie eine Schutzimpfung erhalten. Die Impfstoffmenge soll im allgemeinen 0,1 ccm, bei Personen bis zum 30. Lebensjahr nicht mehr als 0,2 ccm betragen.

Der Impfstoff ist an einem kühlen Ort, aber nicht auf Eis aufzubewahren. Vor dem Gebrauch ist er kräftig zu schütteln und aus der Ampulle gemäß den jeder Packung beiliegenden Vorschriften unmittelbar zu entnehmen. Der Inhalt angebrochener Flaschen muß sofort verwendet werden, übriggeliebende Reste sind nach dem Impftermin zu vernichten.

(8) Beim Auftreten von Diphtherie- und Scharlacherkrankungen wird die Verwendung von Diphtherie-Scharlach-Mischimpfstoff empfohlen.

(9) Schutzimpfstoff für Diphtherie und Scharlach sowie Diphtherie-Scharlach-Mischimpfstoff sind als Ausnahme zum Erl. des RSHA. — I San. - Nr. 466/43 — vom 15. 5. 1943 (Befehlsbl. S. 160) zur Vermeidung von Zeitverlust örtlich zu beschaffen und nicht beim leitenden Arzt beim RSHA. anzufordern.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 248.

Fürsorge für Hinterbliebene.

RdErl. des RSHA. vom 26. 8. 1943

— I A 6 Nr. 652/43 —

(1) In der letzten Zeit ist es verschiedentlich vorgekommen, daß Hinterbliebene — insbesondere von im sicherheitspolizeilichen Einsatz gefallenen Angestellten der Sich.Pol. — nach Ablauf des für die Zahlung des Sterbegeldes vorgesehenen Zeitraumes ohne Geldmittel dastanden, weil das Versorgungsvorgehen noch nicht durchgeführt war und die mit der Betreuung beauftragten Dienststellen es versäumt hatten, wegen einer Bevorschussung der Versorgungsbezüge Schritte zu unternehmen.

(2) Ich erwarte, daß die Dienststellen die Durchführung der Versorgungsvorgehen überwachen und, falls nach Ablauf des für die Zahlung des Sterbegeldes vorgesehenen Zeitraumes die Versorgung noch nicht geregelt ist, mit der für die Festsetzung der Versorgungsbezüge zuständigen Stelle wegen einer Bevorschussung Fühlung nehmen. Es bestehen auch keine Bedenken, wenn ggfl. von den Dienststellen ein angemessener Betrag als Vorschuß gezahlt und von den Versorgungsstellen zurückgefordert wird.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 249.

Buchung von Ausgaben aus Anlaß der Verlegung von Dienststellen aus Luftschutzgründen.

RdErl. des RF~~u~~ChdDtPol. im RMdI. vom 26. 8. 1943

— S II C 1 Nr. 663/43-225-10 —

Die Ausgaben für die Verlegung von Dienststellen aus Luftschutzgründen in Ausweichunterkünfte sind unter Abschn. 14 — Umquartierungen aus Luftschutzgründen — beim außerordentlichen (Kriegs-) Haushalt Einzelplan XVII a Teil V U. 14 a zu buchen.

An die Kassenanschlagstellen der Sich.Pol.

— Befehlsblatt S. 249.

Freimachungspflicht für Postsendungen nach dem
Generalgouvernement.

RdErl. des RSHA. vom 26. 8. 1943

— I Org. Nr. 280/43-151 —

(1) Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD im GG. führen wiederholt Klage darüber, daß dort in zunehmendem Maße von Behörden und Dienststellen aus dem Reich eingehende Post mit dem Stempel „Frei

durch Ablösung Reich“ versehen sei. Für diese Postsendungen werde von den Postdienststellen im GG. stets eine Nachgebühr erhoben.

(2) Es wird zur besonderen Beachtung darauf hingewiesen, daß alle Postsendungen an Behörden und Dienststellen im GG. zu frankieren sind und der Postverkehr nach dem GG. in die Ablösung nicht einbezogen ist.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 250.

Personalmitteilungen

Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD.

Eingesetzt: //Sturmabführer Reg.Rat Ebert als Leiter der Abt. IV beim BdS. in Krakau unter Aufhebung seiner Abordnung zum Höheren // u. Pol.Führer im Gen.Gouv.

Kriminalpolizei(leit)stellen u. Krim.Abteilungen.

Versetzt: die Krim.Räte Meixner (Nürnberg) nach München, Beyer, Georg (Dortmund), nach Berlin, Langenstraß (Köln) nach Linz;

die //Obersturmführer Krim.Komm. Thomsen (Saarbrücken) nach Krakau, Riesle (Mannheim) nach Krakau, Klapper (Krakau) nach Berlin, Förderer (Wuppertal) nach Berlin;

die Krim.Komm. Dr. Freiberg (Berlin) nach Metz, von Look (Krakau) nach Mannheim;

Krim.Insp. Herdeg (Heidelberg) nach Baden-Baden; die Versetzung des //Obersturmführers Krim.Komm. Dr. Ochs (Düsseldorf) ist bis auf weiteres ausgesetzt.

Abgeordnet: Reg. u. Krim.Rat Dr. Onderka (Wien) nach Prag;

Krim.Dir. Watzlawik (Sosnowitz) nach Leipzig; //Obersturmführer Krim.Komm. Börner (Dresden) zum BdS. Paris.

Die Abordnung des Krim.Komm. Kiebusch (Berlin) zum BdS. Paris ist aufgehoben.

SD.

Versetzt: die //Hauptsturmführer Walter Schmidt zum SD-LA. Berlin, Hans Budnik zum SD-LA. Breslau, Paul Krambs zum SD-LA. Litzmann-

stadt, Theo Walther zum RSHA III, //Obersturmführer Paul Müller zur SD-Dienststelle Mährisch-Ostrau.

Kommandiert: die //Sturmabführer Albert Hartl zum RSHA. — VI, Werner Herrmann zum BdS. Kiew unter Aufhebung der Kommandierung zur EGr. E;

die //Hauptsturmführer Martin Gaedtke zum SD-A. Zichenau (unter Aufhebung der Kommandierung zum BdS. Paris), Heinz Till zum RSHA. — III, Walter Dierksheide zum Insp. München (unter Aufhebung der Abordnung zum RSHA. — VI), Heinz Knaack zum Insp. Danzig, Hermann Heinisch zum Insp. Salzburg (unter Aufhebung der Kommandierung zum BdS. Metz), Walter Meyer zum Insp. Dresden;

die //Obersturmführer Karl Magiera zum RSHA., Karl Gerstläuer zum SD-LA. Stuttgart (unter Aufhebung der Kommandierung zum BdS. Straßburg), Wilhelm Großmann zum BdS. Straßburg (unter Aufhebung der Kommandierung zur SD-Ast. Freudenstadt), Hans Becker zum SD-A. Graz (unter Aufhebung der Kommandierung zum SD-A. Halle), Willy Scheffler zum Kdr. Radom, Alfred Uszkurat zum Insp. Posen;

//Untersturmführer Gerhard Rehbein zum SD-A. Innsbruck.

Ernannt: //Hauptsturmführer Franz Janek zum Hilfsreferenten im RSHA.;

//Untersturmführer Werner Girgensohn zum Referenten im SD-LA. Posen.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (I Org), Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 42

Berlin, den 6. September 1943

4. Jahrgang

— Diese Nummer erscheint nur als Ausgabe A —*)

Ausbildung

der Kriminalkommissar-Anwärter in der Führerschule der Sicherheitspolizei

RdErlaß des ChdSPudSD vom 18. 6. 1943

— I B 3 Nr. 6849/43-519/5 —

Abschnitt I: Vorbemerkungen.

- (1) Auf Grund des vorläufigen Lehrplanes vom 2. 1942 (nicht veröffentl. RdErl. des RSHA. vom 2. 1942 — I B 3 Nr. 4798/42-519/5 —) ist seit Beginn des Jahres 1942 eine gemeinsame Ausbildung der Anwärter der Geh. Staatspol. und der Staatl. Kriminalpol. durchgeführt worden. Die in den bisherigen Lehrgängen gemachten Erfahrungen sind in vorstehendem Lehrplan berücksichtigt.
- (2) Die gemeinsame Ausbildung der Anwärter der Sparten der Sich.Pol. hat schon 1942 eine Offvermehrung zur Folge gehabt. Ferner treten neue Gebiete wie die deutschen Lebensgebiete, Auslandskunde, Menschenführung usw. hinzugetreten.
- (3) Im vorliegenden Lehrplan mußten darüber hinaus auch die Luftschutzausbildung und im Hinblick auf die Belange und Erfordernisse des Einsatzes der Sich.Pol. u. SD die taktische Ausbildung, vor allem die Ausbildung im Gebrauch der wichtigsten, für den Einsatz von Sich.Pol. u. SD in Frage kommenden Waffen (Pistole, Maschinenpistole, Karabiner, leichtes Maschinengewehr) in erweitertem Maße Berücksichtigung finden. Trotzdem war es im Hinblick auf die Kriegserfordernisse nicht möglich, die Lehrgangsdauer zu verlängern.
- (4) Die Bewältigung des umfangreichen Lehrstoffes in dieser kurzen Zeit erforderte daher eine Intensivierung des Unterrichts. Diese setzte eine genaue Festlegung voraus, in welchem Rahmen und Umfang und mit welcher Ausführlichkeit der Unterricht in den einzelnen Fächern unter Berücksichtigung des Gesamtzieles der Ausbildung stattfinden soll. Hierzu dient eine weitgehende Aufgliederung des Lehrstoffes und nach Möglichkeit eine Verteilung auf Lehrstunden. Den dabei aufgestellten Stundenzahlen kam in der Hauptsache die Bedeutung von Indexziffern zu, die sowohl die Stundenplanaufstellung als auch die Lehrstoffeinteilung erleichtern soll. Diese Einrichtung hat sich bewährt und ist beibehalten worden.

(5) Um trotz der Mannigfaltigkeit des Lehrstoffes eine Stetigkeit im Lehrbetrieb zu gewährleisten, war es notwendig, den Stundenplan für die Zukunft durch Einführung eines festen Normalwochenstundenplanes zu stabilisieren.

(6) Ferner sind die in den bisherigen Lehrgängen gemachten Erfahrungen über ein gesundes Verhältnis von sachlicher Arbeit, Kameradschaftspflege, Körper-schulung und Freizeitgestaltung berücksichtigt worden. Zur Auflockerung des Unterrichts dienen u. a. die Führungen und Besichtigungen; sie müssen daher regelmäßig eingehalten werden und sind hierzu auf bestimmte Tage festgesetzt worden.

(7) Für die einzelnen Lehrgebiete steht naturgemäß nur eine beschränkte Anzahl von Stunden zur Verfügung. Das Verhältnis zwischen Lehrstoffumfang, Arbeitsintensität und Arbeitszeit soll durch folgende Regelung ausgeglichen werden:

- a) Die Lehrstoffgebiete selbst sind gekürzt worden, da die jetzigen Lehrgänge vorwiegend aus langjährigen Angehörigen der Sich.Pol. bestehen, bei denen die nötigen fachlichen Grundkenntnisse vorausgesetzt werden können. Der Lehrgang in der Führerschule der Sich.Pol. soll neben einer kurzen Wiederholung eine Abrundung des Wissens und vor allem eine Ausrichtung auf die Führungsaufgaben vermitteln, die an die Anwärter später als ~~FF~~-Führer und Dienststellenleiter in der Praxis gestellt werden.
- b) Die Kriegsaufgaben der Sich.Pol. u. des SD (z. B. Einsatz, Kriegsführung usw.) sind gegenüber dem friedensmäßigen Plan in den Vordergrund gerückt worden.
- c) Hinsichtlich der Unterrichtsmethodik muß an der naturgemäßen Forderung festgehalten werden, daß nur lebendiges und praktisches Wissen ohne jeden Ballast vermittelt und eine bloße Aneinanderreihung von Begriffsbestimmungen oder eine Einpaukerelei vermieden wird. Der Erfüllung dieser Forderung hat sich aber bisher in allen Lehrgängen eine an sich verständliche Prüfungssorge

*) Abdrucke dieser Nummer können in beschränktem Umfang vom RSHA. (I B 3) bezogen werden.

entgegengesetzt, die sich fast durchweg dahin ausgewirkt hat, daß sich die Anwärter nur noch auf die Gebiete ausrichteten, die Prüfungsgegenstand waren. Eine Ausweitung des Wissens über einen enger begrenzten fachlichen Rahmen hinaus ist aber erforderlich, um die Anwärter zu befähigen, die großen Lebenszusammenhänge und die sich daraus für den Beruf ergebenden Notwendigkeiten zu erkennen und die sicherheitspolizeilichen Aufgaben von höherer Warte zu lösen.

(8) Der neue Lehrplan führt daher folgende Regelung ein:

a) Der Lehrgang wird in drei Abschnitte von je drei Monaten geteilt.

b) Im Lehrabschnitt I sollen die Anwärter an wissenschaftliches Arbeiten gewöhnt werden und dadurch eine feste Grundlage für die weiteren Studien erhalten. Der Unterrichtsstoff wird jedoch nur auf die Prüfungsfächer beschränkt. Der Unterricht ist so abgestimmt, daß nach Beendigung des I. Abschnittes gemäß § 2 der Prüfungsordnung der Sich. Pol. vom 1. 3. 1943 (Befehlsblatt S. 95) die erste Beurteilung über den Lehrgangsteilnehmer abgegeben und des weiteren über den Lehrgangsteilnehmer gemäß §§ 3—5 der Prüfungsordnung entschieden werden kann.

c) im Lehrabschnitt II werden die Grundkenntnisse in seminarmäßigem Unterricht erweitert.

Auch hier kommt es aber nicht darauf an, den Lehrstoff in allen Breiten und Tiefen auszuschöpfen. Vielmehr soll hier mit Rücksicht auf den beträchtlichen Umfang des Lehrstoffes das Wichtige und Grundsätzliche hervorgehoben werden und der Stoff in leicht verständlicher und einprägsamer Weise, in klarem Aufbau und unter Aufzeigung einer sinnvollen Ordnung gebracht werden.

Im Laufe des Lehrabschnitts II werden von den Anwärtern die in §§ 13, 16 und 17 der Prüfungsordnung vorgeschriebenen Arbeiten für die schriftliche Prüfung in Form von Klausuren gefertigt.

d) Der Lehrabschnitt III dient nur dem wissenschaftlichen Studium. Der Lehrstoff wird nicht mehr seminarmäßig, sondern nur noch durch Vorlesungen vermittelt. Im Laufe des Lehrabschnittes III ist die durch § 14 der Prüfungsordnung vorgeschriebene 6-Wochenarbeit zu fertigen.

e) Die mündliche Prüfung (§§ 6 ff., insbes. 18 ff. der Prüfungsordnung) findet in Form von Rundgesprächen statt; Ausgangspunkt ist das Thema der von dem Anwärter gefertigten 6-Wochenarbeit. Diese Regelung ermöglicht es, daß ein Anwärter, der besondere Neigung für ein bestimmtes Gebiet zeigt, seine Befähigung auf diesem Gebiet unter Beweis stellen und evtl. Lücken auf anderen Gebieten ausgleichen kann.

Abschnitt II: Dauer, Arbeitstage, Arbeitsstunden, Stundenverteilung

A. Lehrgangsdauer: 9 Monate (zuzüglich Urlaub)

B. Arbeitstage: 9 Monate = 39 Gesamtwochen

= 275 Tage

abzüglich:

45 Sonn- und Festtage

2 Tage für die Abwicklung der Anreise

8 Tage Prüfung, Unvorhergesehenes

2 Tage für die Abwicklung der Abreise = 57 Tage

218 Arbeitstage

oder rd. 30 Arbeitswochen

C. Normalwochenstundenplan:

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
1 Std. Politische Tagesfragen		wöchentlich abwechselnd Berücksichtigung oder			wöchentl. abwechselnd Einsatz, Takt. Ausb., Luftsch. oder
4 Std. Unterricht	5 Std. Unterricht	5 Std. Unterricht	5 Std. Unterricht	5 Std. Unterricht	5 Std. Unterricht
Übungen	Sport	frei	Sondervortrag	Einsatz, takt. Ausbildung, Luftschutz	frei

D. Stundenverteilung:

Lehrfächer:	Lehrabschnitte			Gesamtstunden- zahlen des Vor- mittagsunterrichts
	I	II	III	
I. ~~4~~ -mäßige und politisch-weltanschauliche Erziehung	4	3	3	100 Stunden
II. Volk, Staat, Recht	7*)	6*)	3	160
III. Deutsche Lebensgebiete	—	1	2	30
IV. Ostkunde, besetzte Gebiete, Ausland	—	3	5	80
V. Verbrechensbekämpfung	7*)	6*)	5	180
VI. Gegnerbekämpfung	6	6	5	170
VII. Menschenführung	1	—	2	30
	25	25	25	750 Stunden
das sind Vormittage	5	5	5	

- VIII. Besichtigungen an jedem 2. Mittwoch
- IX. Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD
- Taktische Ausbildung
- Luftschutz an jedem
- A. 2. Sonnabend
- Vormittage insgesamt

In der Woche anderweitig besetzte Vormittage:			Gesamtzahl (im Laufe der 30 Wochen)
1	1	1	
			15 mal
			15 mal
6	6	6	

- B. an jedem Freitagnachmittag
- X. Sport
- XI. Sonderstunden:
- A. Übungen an jedem Montag im Lehrabschnitt I u. II (siehe *)
- B. Sondervorträge an jedem Donnerstag

In der Woche besetzte Nachmittage:			
1	1	1	
1	1	1	30 mal
1	1	—	
1	1	1	30 mal
4	4	3	Nachmittage

*) Dazu wöchentlich je 1 Übungsstunde im Strafrecht und in der Verbrechensbekämpfung am Montagnachmittag (siehe XI A).

Abschnitt III: Hauptübersicht

I. Lehrabschnitt			II. Lehrabschnitt			III. Lehrabschnitt		
	Lehrgebiet	Stunden ins- ges. pro Woche		Lehrgebiet	Stunden ins- ges. pro Woche		Lehrgebiet	Stunden ins- ges. pro Woche
I.	44-mäßige und politisch-weltanschauliche Erziehung A. Grundlagen der nat.-soz. Weltanschauung B. Politisches Tagesgeschehen C. Nat.-soz. Fest- und Fei ergestaltung D. Haltungserziehung	30 3 10 40	I.	44-mäßige und politisch-weltanschauliche Erziehung A. Deutsche Geschichte B. Politisches Tagesgeschehen C. Nat.-soz. Fest- und Fei ergestaltung D. Haltungserziehung	20 2 10 30	I.	44-mäßige und politisch-weltanschauliche Erziehung A. Die weltanschaulichen Gegner B. Politisches Tagesgeschehen C. Nat.-soz. Fest- und Fei ergestaltung D. Haltungserziehung	20 2 10 30
II.	Volk, Staat, Recht A. Überblick über das Deutsche Rechts- leben B. Volk und Staat C. Verwaltungsrecht D. Die Deutsche Polizei E. Strafrecht -- Allgemeiner Teil --	2 16 10 17 25 70	II.	Volk, Staat, Recht A. Wiederholung der Grundbegriffe des Bürgerlichen und des Handelsrechts B. Strafrecht -- Besonderer Teil --	15 2 48 63	II.	Volk, Staat, Recht A. Strafverfahrensrecht B. Überblick über das Deutsche Wirt- schaftsleben C. Grundbegriffe des Völkerrechts D. Beamtenrecht E. Volkspflege	10 1 3 5 2 30
			III.	Deutsche Lebensgebiete A. Aufgaben, Entwicklung, Aufbau des Inlandsnachrichtendienstes B. Nachrichtentaktik und -technik C. Die Arbeit auf den Lebensgebieten 1. Rechts- und Verwaltungsfragen	2 6 4	III.	Deutsche Lebensgebiete Die Arbeit auf den Lebensgebieten (Fortsetzung) 2. Volkstum, Rasse, Volksgesund- heit 3. Kulturelle Lebensgebiete 4. Wirtschaft	6 8 6 20
			IV.	Ostkunde, besetzte Gebiete, Ausland A. Grundzüge der deutschen Außen- politik B. Grundfragen der Auslandskunde	12 1 30	IV.	Ostkunde, besetzte Gebiete, Ausland A. Auslandsnachrichtendienst B. Der deutsche Lebensraum im Osten C. Die besetzten Gebiete	9 20 21 50

V.	Verbrechensbekämpfung*)		Verbrechensbekämpfung*)		Verbrechensbekämpfung	
	A. Wiederholung Taktik	24	} 5 2	A. Verbrechensbegehung (II)	20	2
	B. Verbrechensbegehung (I)	25		B. Verbrechensvorbeugung	15	3
	C. Kriminalbiologie	21		C. Kriegsfahndung	6	
				D. Kriminaltechnik (I)	22	2
	*) Dazu am Montagnachmittag eine Sonderstunde für Übungen				63	6
VI.	Gegnerbekämpfung		Gegnerbekämpfung		Gegnerbekämpfung	
	A. Begriff der Polit. Polizei	4	} 4 3 4 1	A. Grundsätzliches über den politischen Gegner	5	5
	B. Wesen und Entwicklung der Geh. Staatspolizei	3		B. Die politischen Hauptgegner	25	6
	C. Aufgaben. Aufbau	4		C. Spionage und ihre Abwehr (II)	15	15
	D. Geheimsachen	1		D. Übungen	10	15
	E. Tätigkeit der Sicherheitspol. an der Grenze. Paßwesen	10		E. Ausländer im Reich		10
	F. Hilfsmittel und Maßnahmen	10		F. Übungen		10
	G. Erscheinungen des gegnerischen Kampfes und ihre Abwehr	22				
	H. Übungen	10				
		64	6		51	5
VII.	Menschenführung		Menschenführung		Menschenführung	
	A. Grundbegriffe der allgem. Menschenkunde	4	} 4 6	A. Grundsätzliches	2	2
	B. Führerziehung	6		B. Die Bedeutung der Handschrift für die Charakterkunde	8	8
				C. Ausdruckslehre		10
				D. Die Gesamtbeurteilung eines Menschen		10
		10	1		20	2
VIII.	Führungen (Besichtigungen) Nr. 1—5		Führungen (Besichtigungen) Nr. 6—11		Führungen (Besichtigungen) Nr. 12—17	
	An jedem zweiten Mittwoch		An jedem zweiten Mittwoch		An jedem zweiten Mittwoch	
IX.	Einsatz von Sich.Pol. und SD Taktische Ausbildung Luftschutz		Einsatz von Sich.Pol. und SD Taktische Ausbildung Luftschutz		Einsatz von Sich.Pol. und SD Taktische Ausbildung Luftschutz	
	An jedem Freitag-nachmittag und an jedem zweiten Sonnabend		An jedem Freitag-nachmittag und an jedem zweiten Sonnabend		An jedem Freitag-nachmittag und an jedem zweiten Sonnabend	

Abschnitt IV

Lehrfach I

H-mäßige und politisch-weltanschauliche Erziehung

Vorbemerkung:

(1) In meinem Befehl vom 27. 4. 1943 — I / Nr. 143/43 — habe ich die Notwendigkeit der umfassenden Schulung auch unter den gegenwärtigen erschwerten Umständen zum Ausdruck gebracht. Für Sich.Pol. u. SD, deren Aufgaben letztlich nur von weltanschaulich ganz klar ausgerichteten und überzeugten Männern bewältigt werden können, ist die ständige Durchführung der vom RFH in seinem Befehl vom 24. 2. 1943 aufgestellten Forderungen von entscheidender Bedeutung und eine Voraussetzung des arbeitsmäßigen Erfolges.

(2) Im Rahmen der Ausbildung der Krim.Komm.-Anw. in der Führerschule der Sich.Pol. kommt der H-mäßigen und weltanschaulichen Erziehung besondere Bedeutung zu; die Anwärter müssen befähigt sein, später als Dienststellenleiter, die Verantwortung für die weltanschauliche und haltungsmäßige Ausrichtung ihrer Dienststellenangehörigen zu tragen.

(3) Die Schulung auf der Führerschule kann dementsprechend auch nur eine Wiederholung und Abrundung sein; es muß vorausgesetzt werden, daß die Anwärter mit den Grundgedanken der nat. soz. Weltanschauung, mit den Grundzügen der Geschichte und mit der Ideologie und den Kampfmethoden der politischen Gegner bereits eingehend vertraut sind.

Lehrabschnitt I

(40 Gesamtstunden = 4 Wochenstunden)

A Die Grundlagen der nat. soz. Weltanschauung

(30 Gesamtstunden = 3 Wochenstunden)

- 1) Einführung; Begriffe; Schrifttum.
- 2) Der Führer.
- 3) Die Erkenntnisse der Rassenlehre als Grundgedanken der nat. soz. Weltanschauung.
 - a) Volk und Rasse
 - b) Lebensgesetz — Vererbung — Auslese
 - c) Rassenkunde des deutschen Volkes
 - d) Rassenpflege und Bevölkerungspolitik des nat. soz. Staates
Die staatl. Maßnahmen zur Verwirklichung der Rassenkenntnisse
 - e) Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und die seiner Tätigkeit zugrundeliegenden volkspolitischen Anschauungen und Ziele.
- 4) Die Schutzstaffel, ihre Geschichte und ihre Grundsätze.
- 5) Das Parteiprogramm und seine Erfüllung.
- 6) Die NSDAP als Führerorden der Nation und als Trägerin des Reichsgedankens.

B Politisches Taggeschehen

(10 Gesamtstunden = 1 Wochenstunde)

Die gegenwärtigen Ereignisse werden weltanschaulich beleuchtet und in das Gesamtgeschehen eingegliedert, um sie in ihren großen Zusammenhängen verständlich zu machen und das politische Verständnis der Anwärter zu vertiefen.

C Nationalsozialistische Fest- und Fei ergestaltung

in Verbindung mit den im Rahmen der Führerschule während der Gesamtdauer des Lehrgangs durchgeführten Feiern.

D Haltungserziehung

Sie bildet als Teil der Gesamterziehung eines der Hauptziele des Lehrgangs und erfolgt laufend sowohl im Unterricht als auch während der sonstigen Betreuung der Lehrgangsteilnehmer. Im Rahmen der Haltungserziehung werden auch die Informationen des RSHA (Gruppe ID) über rechtskräftige Entscheidungen der H- und Polizeigerichte in Verfahren gegen Angehörige der Sipo und des SD sowie Entscheidungen in behördenmäßig-dienststrafrechtlicher Hinsicht, ferner die Mitteilungen des Hauptamtes H-Gericht behandelt.

Lehrabschnitt II

30 Gesamtstunden = 3 Wochenstunden

A Deutsche Geschichte

(20 Gesamtstunden = 2 Wochenstunden)

Der Kampf um politische Einheit und germanische Art.

- 1) Sinn und Ziel des Geschichtsstudiums.
Die nat. soz. Geschichtsauffassung.
- 2) Germanische Vor- und Frühgeschichte unter Berücksichtigung der Entstehung der nordischen Rasse als Blutsquell des deutschen Volkes, der nordischen Wanderungen und der nordischen Reichs- und Staatsgründungen.
- 3) Germanische Wanderungen und Reichsbildungen.
Die Zerstörung des germanischen Weltbildes im Zusammentreffen mit Rom.
- 4) Das Frankenreich.
- 5) Die Führung des Abendlandes durch die Deutschen.
 - a) Das Reich der Kaiser — die Ordnung Europas — der Kampf mit der Weltmacht Papsttum.
 - b) Die Ostpolitik.
Der Deutsche Ritterorden.
Die Hanse.
 - c) Die konfessionelle Spaltung.
 - d) Der Dreißigjährige Krieg. Der Verfall der europäischen Mitte. Das Aufsteigen der Randstaaten. Das europäische Gleichgewicht.
 - e) Preußens Beitrag zu einer neuen deutschen Machtstellung.
 - f) Der Angriff gegen die germanisch-deutschen Charakterwerte.
Die Französische Revolution.
Die Liberalisierung.
Die Judenemanzipation.
 - g) Bismarcks Kampf um die politische Einheit.
 - h) Die Herstellung der gesamtdeutschen Einheit.
Die Wiederaufrichtung der deutschen Führung Europas und die Sicherung germanisch-deutscher Art.
Das Reich Adolf Hitlers als Erfüllung des Sinnes deutscher Geschichte.

B Politisches Tagesgeschehen
(10 Gesamtstunden = 1 Wochenstunde)

C Nationalsozialistische Fest- und Fei-
ergestaltung

D Haltungserziehung

Lehrabschnitt III

30 Gesamtstunden = 3 Wochenstunden

A Die weltanschaulichen Gegner
(20 Gesamtstunden = 2 Wochenstunden)

und ihr Kampf gegen die politische und völkische Einheit.

(Die Erscheinungsformen der Gegner vom staatspolizeilichen Standpunkt werden unter Gegnerbekämpfung behandelt.)

- 1) Das Judentum.
- 2) Die politische Kirche.
- 3) Der Marxismus. Bolschewismus.
- 4) Die Freimaurerei.
- 5) Andere gegnerische Strömungen.

B Politisches Tagesgeschehen
(10 Gesamtstunden = 1 Wochenstunde)

C Nationalsozialistische Fest- und Fei-
ergestaltung

D Haltungserziehung

Lehrfach II

Volk, Staat, Recht

Lehrabschnitt I

Übersicht	Gesamt- stunden zahlen	Wochen- stunden
A Deutsches Recht (Überblick über das nat.so- z. Rechtsleben)	2	} 2
B Volk und Staat	16	
C Verwaltungsrecht	10	} 2
D Die Deutsche Polizei	17	
E Strafrecht Allgemeiner Teil	25*)	3*)
	70	7

*) Dazu wöchentl. eine besondere Übungsstunde.

Der Lehrstoff und seine Aufteilung

A Deutsches Recht

(Überblick über das nat.so-
z. Rechtsleben:
Wesen des Rechts und die nat.so-
z. Rechtsauffassung, Rechtsquellen, Rechtsfindung, die ein-
zelnen Rechtsgebiete) — (2)

B Volk und Staat

- 1) Allgemeine Staatslehre (3)
 - a) Wesen und Entstehung des Staates
 - b) Die Begriffsmerkmale des Staates
 - c) Die Staatsformen
 - d) Kurze Gegenüberstellung der Verfassung der außerdeutschen Staaten
 - e) Staatenverbindungen

2) Deutsche Staatskunde

- a) Die nat.so-
z. Staatsauffassung
- b) Übersicht über die staatsrechtl. Entwick-
lung des Dt. Reiches bis 1933
- c) Vom Weimarer Zwischenstaat zur Macht-
übernahme
- d) Die Gleichschaltung von Reich und Län-
dern. Das Neuaufbaugesetz (a—d: 3 Std.)
- e) Entwicklung Österreichs vom Zusammen-
bruch 1918 bis zur Wiedervereinigung
Der 13. 3. 1938 als Geburtsstunde des Groß-
deutschen Reiches (1)
- f) Die Verfassung des Großdeutschen Reiches
- g) Der Führer und Reichskanzler
- h) Reichsregierung und Reichstag
- i) Die Gesetzgebung. Gesetzgebungsgewalt (e—i: 2 Std.)
- k) Staatangehörigkeit
(Begriff, Erwerb, Rechtswirkungen, Ver-
lust, Nachweis, doppelte Staatsangehörig-
keit, Staatenlosigkeit, Staatsangehörigkeit
und Reichsbürgerrecht) — (2)
- l) Die staatsrechtl. Grundlagen der angeglie-
derten Gebiete
— das Protektorat Böhmen und Mähren
— das Generalgouvernement
- m) Das Verhältnis des Großdeutschen Reiches
zur Slowakei, zu Norwegen, zu Dänemark,
zu den Niederlanden (1—m: 2 Std.)

3) Übung, Wiederholung (3)

C Verwaltungsrecht

- 1) Begriff und Wesen der Verwaltung (1)
- 2) Aufbau und Gliederung der Verwaltung (2)
 - a) Träger der Verwaltung
 - b) Staatsverwaltung — Auftragsverwaltung —
gemeindliche Verwaltung
 - c) Allgemeine Verwaltungsgliederung
(Verwaltungszweige, Fachgebiete als sog.
vertikale Gliederung; Instanzen als horizon-
tale Gliederung)
 - d) Amtsaufsicht und Fachaufsicht
 - e) Reichs- und Landesverwaltung
- 3) Die Verwaltungsbehörden (2)
 - a) Die Reichszentralbehörden
 - b) Die zwischen den Reichszentral- und den
Reichsmittelbehörden stehenden sog. Höhe-
ren Verwaltungsbehörden
 - c) Die Reichsmittelinstanzen
 - d) die unteren Instanzen der allg. Verwaltung
- 4) Der Verwaltungszwang und das Verwaltungs-
verfahren (1)
- 5) Die Deutsche Gemeindeordnung (1)
- 6) Übung, Wiederholung (3)

D Die Deutsche Polizei

- 1) Die Aufgaben und die verfassungsrechtliche
Stellung der Deutschen Polizei (3)
- 2) Entstehungsquellen des Polizeirechts
Die „institutionelle Ermächtigung“ der Polizei
- 3) Grundbegriffe des polizeilichen Wirkens
 - a) Sicherheit, Ordnung und Gefahr; (2)
polizeiliches Ermessen

- b) Polizeipflichtigkeit; das polizeigemäße Verhalten; der polizeimäßige und der polizeiwidrige Zustand.
Die Verpflichtung unbeteiligter Personen
 - c) Maßnahmen der Polizei (2)
Verwaltungsmaßnahmen im Einzelfalle:
einfache oder allgemeine Polizeimaßnahmen, Polizeiverfügung, Polizeierlaubnis
Die allgemeine Anordnung:
Polizeiverordnung
Die polizeiliche Strafverfügung
 - d) Die praktische Durchsetzung von Befehlen (2) (Vollziehung), insbes. der Waffengebrauch
 - e) Polizeiliches Einschreiten in Privatrechtsstreitigkeiten
 - 4) Der Aufbau der Deutschen Polizei (4)
 - a) Staatliche und Gemeindepolizei
 - b) Sonderpolizeibehörden
 - c) Die Ordnungspolizei (einschl. Luftschutz, Techn. Nothilfe, Feuerschutz, Preisschutz)
 - d) Die Sicherheitspolizei
 - 5) HH und Polizei (1)
 - a) Grundsätzliches
 - b) Die Höheren HH - und Polizeiführer
 - c) Die HH - und Polizeigerichtsbarkeit
(Das Verfahren wird in der Strafverfahrensordnung behandelt)
 - 6) Übungen, Wiederholung (3)
- E Strafrecht. Allgemeiner Teil*)**
- 1) Das Wesen und die Aufgaben des Strafrechts (1)
 - a) Begriff des Strafrechts
Der formelle Verbrechensbegriff
 - b) Das BGB von 1871 als Ausdruck des liberalen und individualistischen Denkens des 19. Jahrhunderts „Kein Verbrechen ohne Gesetz — Keine Strafe ohne Gesetz“
Der Standpunkt des Nationalsozialismus
„Kein Verbrechen ohne Strafe“
 - 2) Persönliche, räumliche und zeitliche Geltung des Strafrechts (1)
 - 3) Die strafbare Handlung (2)
 - a) Handlung — Tun oder Unterlassen
 - b) Die Tatbestandsmäßigkeit
Die entsprechende Anwendung von Strafgesetzen
 - 4) Die Rechtswidrigkeit (2)
 - 5) Die Schuld (6)
 - a) Der Schuldbegriff
 - b) Die Zurechnungsfähigkeit (Schuldfähigkeit)
 - c) Vorsatz — Irrtum
 - d) Fahrlässigkeit
 - e) Entschuldigungsgründe

*) unter Berücksichtigung der Strafrechtsangleichungsverordnung vom 29. 5. 1943 (RGBl. I S. 339)

- 6) Bedingungen der Strafbarkeit
Persönliche Strafausschließungs- und Strafaufhebungsgründe
Bedingungen der Strafverfolgbarkeit (2)
- 7) Die Formen der Tatbegehung (6)
 - a) Vorbereitung — Versuch, einschl. Rücktritt — vollendete Handlung
 - b) Täterschaft und Teilnahme
 - c) Konkurrenzen
- 8) Die Strafe und die Maßregeln der Sicherung und Besserung (3)

Lehrabschnitt II

Übersicht	Gesamtstundenzahlen	Wochenstunden
A Wiederholung der Grundbegriffe des Bürgerlichen und des Handelsrechts	15	2
B Strafrecht Besonderer Teil	48	4 (später 5)
	63	6

Der Lehrstoff und seine Aufteilung

A Wiederholung der Grundbegriffe des Bürgerlichen und des Handelsrechts

15 Gesamtstunden = 2 Wochenstunden

- 1) Das Recht der Person
Personenvereinigungen (2)
- 2) Rechtsgeschäfte, insbesondere der Vertrag
Einzelne Vertragsarten (2)
Unerlaubte Handlungen
- 3) Sachenrecht
 - a) Recht der bewegl. Sachen (2)
 - b) Bodenrecht (2)
- 4) Familienrecht (2)
- 5) Erbrecht (1)
- 6) Wertpapiere (1)
- 7) Verfahrensrecht (1)
- 8) Vergleichsordnung, Konkursordnung (1)
- 9) Freiwillige Gerichtsbarkeit (1)

B Besonderer Teil des Strafrechts*)

48 Gesamtstunden = 4 Wochenstunden (nach Fortfall des Lehrstoffes A statt 4 = 5 Wochenstunden)

- Hochverrat (§§ 80—87 StGB) — (2)
- Landesverrat (§§ 88—93 a StGB) — (2)
- Die Sondertatbestände der Kriegssonderstrafrechtsverordnung vom 17. 8. 1938 (RGBl. I 1939 S. 1455) und die §§ 94—109 StGB
- Widerstand gegen die Staatsgewalt i. w. S. (§§ 110—122 b StGB) (1)
- Delikte wider die öffentl. Ordnung I (§§ 123 bis 135 StGB), ferner das Heimtückegesetz vom 20. 12. 1934 (2)
- Delikte wider die öffentl. Ordnung II (§§ 136 bis 145 d StGB) (1)

Die Kriegsbestimmungen (3)

- a) kriegsschädliches Verhalten (Kriegswirtschafts-VO. vom 4. 9. 1939 und Verbrauchsreglungsstraf-VO vom 26. 11. 1941)
- b) außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. 9. 1939
- c) VO gegen Volksschädlinge vom 5. 9. 1939
- d) VO gegen Gewaltverbrecher vom 5. 12. 1939
- e) sonstige wichtige Kriegsbestimmungen
 - Münzdelikte (§§ 146—152 StGB) — (1)
 - Eidesverletzung (§§ 153—163 StGB)
 - Falsche Verdächtigung (§ 164 StGB) — (1)
 - Religions- und Personenstandsdelikte (§§ 166—170 StGB)
 - Tierquälerei (Tierschutzgesetz vom 24. 11. 1933) — (1)
 - Sittendelikte I (§§ 171—175 b StGB) — (1)
 - do. II (§§ 176—164 b StGB) — (1)
 - Ehrenkränkung (§§ 185—200 StGB) — (1)
 - Tötungsdelikte (§§ 201—217 StGB) — (3)
 - Abtreibung (§§ 218—220 StGB) — (1)
 - Angriffe auf die Rasseinheit und Erbgesundheit (Blutschutzgesetz vom 15. 9. 1935, Ehegesundheitsgesetz vom 18. 10. 1935) — (1)
 - Aussetzung (§ 221 StGB)
 - Körperverschwendung (§§ 223—233 StGB) — (2)
 - Delikte gegen die Freiheit (§§ 234—241 StGB) — (1)
 - Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242—248 a StGB) und Nebengesetze (Entziehung elektr. Arbeit, unbefugter Gebrauch von Kraftfahrzeugen usw.) — (2)
 - Raub — Erpressung (§§ 249—256 StGB) — (1)
 - Begünstigung — Hehlerei (§§ 257—262 StGB) — (1)
 - Betrug — Untreue (§§ 263—266 StGB) — (2)
 - Urkundenfälschung (§ 267 StGB)
 - Bankrott (2)
 - Glücksspiel (§§ 284—286 StGB)
 - Rennwett- und Lotteriegeseztz — (1)
 - Sonstiger strafbarer Eigennutz (§§ 288—298 StGB) — (1)
 - Geheimnisverletzung (§§ 299, 300 StGB) und diesbezügl. Nebengesetze — (1)
 - Ausbeutung und Wucher, Sachbeschädigung (§§ 301—305 StGB) — (2)
 - Gemeingefährliche Delikte (§ 306 ff. StGB), insbesondere die Brandstiftung — (3)
 - Die Delikte (§§ 330 a—330 c StGB) — (1)
 - Das Opiumgesetz
 - Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (1)
 - Amtsverbrechen (§§ 331—359 StGB) — (2)
 - Die wichtigsten Bestimmungen über das Militärstrafgesetzbuch vom 10. 10. 1940 (RGBl. I S. 1348) — (2)

Lehrabschnitt III

Übersicht	Gesamtstundenzahlen	Wochenstunden
A Strafverfahrensrecht	10	1
B Überblick über das deutsche Wirtschaftsleben	10	1
C Grundbegriffe des Völkerrechts	3	1
D Beamtenrecht	5	
E Volkspflege	2	
	30	3

Der Lehrstoff und seine Aufteilung

A Strafverfahrensrecht

10 Gesamtstunden = 1 Wochenstunde

- 1) Begriff und Aufgaben des Strafverfahrens
Allgemeiner Verlauf
- 2) Die ordentlichen Gerichte, ihre Zuständigkeit und ihre Besetzung (2)
- 3) Die Staatsanwaltschaft (1)
Der Beschuldigte, seine Vernehmung und seine Verteidigung
- 4) Das Verfahren im allgemeinen (1)
 - a) Richterliche Entscheidungen
 - b) Das Beweisrecht
- 5) Die Zwangsmittel zur Durchführung des Prozesses (1)
(Durchsuchung, Beschlagnahme, Freiheitsentziehung)
- 6) Das Verfahren in erster Instanz (1)
- 7) Rechtsmittel und Rechtsbehelfe gegen rechtskräftige Urteile (1)
- 8) Die Privatklage. Die Nebenklage
- 9) Die Vereinfachung der Strafrechtspflege (1)
- 10) Besondere Arten des Verfahrens
 - a) Sondergerichte, Schnellverfahren, Amtsrichterl. Strafbefehle, Polizeil. Strafverfügungen (1)
 - b) Wehrmachtsstrafverfahren (1)
Sondervverfahren der ff und Polizei
 - c) Jugendgerichtsverfassung
(wird unter Verbrechensbekämpfung Lehrabschnitt III behandelt)

B Überblick über das Deutsche Wirtschaftsleben

10 Gesamtstunden = 1 Wochenstunde

- 1) Das Wesen der Wirtschaft (1)
Freie Wirtschaft. Planwirtschaft.
- 2) Wirtschaftsführung
Wirtschaftl. Eigenverwaltung
Staatl. Wirtschaftsverwaltung. Die DAF
- 3) Die öffentliche Lenkung des Güterstromes (2)
(Erzeugung im Betrieb. Markt- und Wettbewerbsordnung, Rohstoffbewirtschaftung, Verbrauchsregelung. Ordnung des Verkehrs wesens)
- 4) Raumforschung und Raumordnung (1)
- 5) Geld und Währung (2)
- 6) Die wehrpolitische Aufgabe der wirtschaftl. Strategie des Ernährungskrieges (1)
- 7) Öffentl. Haushaltswesen
 - a) Grundbegriffe (1)
Finanzplan und Haushaltsplan
Wesen, Zweck, allg. Erfordernisse des Haushaltsplanes
Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt
Haushaltskontrolle
Haushaltsrecht im Reich, in den Ländern und Gemeinden

- b) Haushaltsführung des Reiches (2)
Entstehung und Gliederung des Planes
Durchführung, Kassen- und Rechnungswesen
Rechnungslegung
Rechnungsprüfung

C Grundbegriffe des Völkerrechts 3 Stunden

- 1) Begriff und Wesen des Völkerrechts (1)
Die Selbstbestimmung der Staaten
 - a) Innere Selbstbestimmung: Autonomie, Gebietshoheit, Personalhoheit
 - b) Staatsgebiet und Staatsgrenzen
 - c) Die Begriffe: halbsouveräne Staaten, Protektorat, Interessengebiet, Kolomen, Schutzgebiet, Mandat
- 2) Quellen des Völkerrechts
- 3) Die Erledigung von völkerrechtl. Streitigkeiten (1)
- 4) Der diplomatische und konsularische Verkehr (1)
 - a) Der zwischenstaatliche Verkehr (diplomatische und konsularische Organe)
 - b) Der Begriff der Extraterritorialität

D Beamtenrecht 5 Stunden

- 1) Begriff des Beamtenrechts (3)
 - a) Das Beamtenrecht als öffentl.-rechtl. Dienst- und Treueverhältnis zu Führer und Volk
 - b) Rechtsgrundlagen des Deutschen Beamtenrechts
 - c) Die Arten der Beamten
 - d) Begriff des Vorgesetzten
 - e) Entstehung und Beendigung des Beamtenverhältnisses
 - f) NSDAP und Beamtenrecht
- 2) Die Pflichten der Beamten
- 3) Die Folgen der Nichterfüllung von Pflichten (2)
Die Dienststraftat

E) Volkspflege 2 Stunden

Lehrfach III

Deutsche Lebensgebiete

Lehrabschnitt II

12 Gesamtstunden = 1 Wochenstunde

- A Aufgaben, Entwicklung und Aufbau des Inlandsnachrichtendienstes (2)
- B Nachrichtentaktik und -technik (6)
- C Die Arbeit auf den Lebensgebieten. Rechts- und Verwaltungsfragen (4)
 - a. Die politischen und weltanschaulichen Zusammenhänge des Rechtslebens (dargestellt an Beispielen der Lebensgebietsarbeit: Recht).
 - b. Nachrichtendienstliche Tätigkeit auf den Gebieten des Reichsaufbaus und der Verwaltung.

Lehrabschnitt III

20 Gesamtstunden = 2 Wochenstunden

Die Arbeit auf den Lebensgebieten

- 1) Volkstum, Rasse und Volksgesundheit (6)
 - a. Grundbegriffe.
 - b. Volkstumsfragen.
 - c. Rassenpolitik.
 - d. Volksgesundheit.
- 2) Kulturelle Lebensgebiete (8)
 - a. Allgemeine Einführung.
 - b. Die öffentlichen Führungsmittel. (Presse, Rundfunk, allg. Propaganda.)
 - c. Erziehungswesen.
 - d. Volkskultur.
 - e. Kunst.
 - f. Wissenschaft.
 - g. Religiöses Leben.
- 3) Wirtschaft (6)
 - a. Wirtschaft als Beispiel der Lebensgebietsarbeit.
 - b. Ernährungswirtschaft und Ernährungssicherung.
 - c. Die Grundlagen der zivilen Versorgung im Kriege.
 - d. Verkehrswesen.
 - e. Industrie- und Rohstoffversorgung.
 - f. Energiewirtschaft.
 - g. Kredit- und Versicherungswesen.
 - h. Arbeits- und Sozialwesen.

Lehrfach IV

Ostkunde, besetzte Gebiete, Ausland

Lehrabschnitt II

30 Gesamtstunden = 3 Wochenstunden

- A Grundzüge der deutschen Außenpolitik (8)
 - 1) Die Entstehung des modernen Staatensystems. — Die Entwicklung der heutigen Großmächte (Ausgangspunkt etwa 1648) —
 - 2) Deutschland und die Großmächte bis 1914.
 - 3) Das System von Versailles.
 - 4) Europa und das Reich im Zeichen des Völkerbundes als Garant der Aufrechterhaltung des Status quo von Versailles.
 - 5) Die Außenpolitik des nat. soz. Reiches.
 - 6) Der Versuch der erneuten Einkreisung des Reiches von 1933—1939.
- B Grundfragen der Auslandskunde (22)
 - 1) Grundsätzliches über „Raum und Politik“.
 - 2) Das europäische Interessengebiet. Die politische und wirtschaftliche Neuordnung Europas.

- 3) Das asiatische Interessengebiet.
- 4) Das atlantische Interessengebiet.

Lehrabschnitt III

50 Gesamtstunden = 5 Wochenstunden

- A Auslandsnachrichtendienst (9)
- B Der deutsche Lebensraum im Osten (20)
- 1) Der Ostraum und seine politische Entwicklung.
 - 2) Die Völkerschaften des Ostraumes.
 - 3) Der Wirtschaftsraum.
 - 4) Der Ostraum und das Reich.
Grundprobleme der Gewinnung, Sicherung und Erhaltung des Ostraumes (politisch, wirtschaft-

lich, Menschenführung, Menscheneinsatz, Rechtsordnung und Verwaltung).

C Die besetzten Gebiete (21)

Behandlung nach folgenden Gesichtspunkten:

Raum und Menschen.

(Geographie, rassische Zusammensetzung, soziale und religiöse Schichtung.)

Politische Struktur

(politische Strömungen, Parteiwesen, ausländischer Einfluß, Judentum, Freimaurerei usw., Verhältnis zum Reich).

Kultur- und Geistesleben.

Praktische Gegenwartsfragen.

- 1) Norden (7)
- 2) Westen (7)
- 3) Südosten (7)

Lehrfach V

Verbrechensbekämpfung

Vorbemerkung: Der Lehrgang setzt bei den Teilnehmern die fachlichen Grundkenntnisse auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung voraus. Es wird daher keine eingehende Behandlung des Gesamtstoffes mehr gegeben, sondern das Gebiet so durchgenommen, daß die Anwärter später in führungsmäßiger Hinsicht den an sie herantretenden Forderungen gerecht werden.

Übersicht	Lehrabschnitte					
	I		II		III	
	Gesamtstunden	Wochenstunden	Gesamtstunden	Wochenstunden	Gesamtstunden	Wochenstunden
A Wiederholung des taktischen Vorgehens bei der Verbrechensaufklärung und der Verfolgung des Täters . .	24	5	—	—	—	—
B Verbrechensbegehung	25		20	2	—	—
C Kriegsfahndung	—	—	6	2	—	—
D Verbrechensvorbeugung	—	—	15		—	—
E Das Werden der verbrecherischen Persönlichkeit (Kriminalbiologie)	21	2	—	—	—	—
F Jugendkriminalität	—	—	—	—	20	2
G Kriminaltechnik	—	—	22	2	32	3
	70	7	63	6	52	5

Lehrabschnitt I

70 Std.

- A Wiederholung des taktischen Vorgehens bei der Verbrechensaufklärung und der Verfolgung des Täters (24)
- 1) Entwicklung, Aufgaben und Aufbau der Reichskriminalpolizei (2)
 - 2) Die Anzeige (1)
 - 3) Der Verkehr mit Mittelspersonen (1)
 - 4) Die Vernehmung (3)
 - 5) Die Durchsuchung (1)
 - 6) Die Beschlagnahme (1)
 - 7) Die Freiheitsentziehung (1)
 - 8) Die Personenidentifizierung
 - a) Personenbeschreibung (2)
 - b) Personenfeststellungsverfahren (1)
 - 9) Die Feststellung unbekannter Toter und die Ermittlung Vermißter

- 10) Die Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission
(in Verbindung mit einer Führung)

- 11) Der kriminalpolizeiliche Meldedienst und das KP-Karteiwesen (4)

- a) Begriff, Aufgaben, Organisation des KP-Meldedienstes, Auswertung der Meldungen
- b) Die KP-Karteien

- 12) Kriminalpolizeiliche Personenakten
Polizeiliche Liste. Strafregister (2)

- 13) Das KP-Fahndungswesen

- a) Personenfahndung (2)
- b) Sachfahndung (2)

- 14) Das Diensthundewesen der Kriminalpolizei
(in Verbindung mit einer Besichtigung)

B Verbrechensbegehung (I) — (25)

- 1) Persönlichkeit und Tat (5)

- a) Das Werden der Tat

- b) Lebenslauf und Lebensweise des Verbrechers, allgemein

- c) Fingierte Verbrechen, Deckungsverbrechen
- d) Das Verhalten des Täters nach der Tat
- 2) Die Erscheinungen der einzelnen Verbrechen (und die Besonderheit ihrer kriminalpolizeilichen Bearbeitung)
 - a) Todesermittlung (8)
 - b) Brandstiftung (5)
 - (Die kriminaltechnischen Untersuchungen werden unter Kriminaltechnik behandelt)
 - c) Raub (1)
 - d) Diebstahl, Einbruch (4)
 - e) Hehlerei (1)

C Das Werden der verbrecherischen Persönlichkeit,

in Abhängigkeit von Anlage und Umwelt (Kriminalbiologie) — (21)

- 1) Grundsätzliches
- 2) Das Verbrechen als Ausdruck der biologischen Persönlichkeit des Verbrechens. Aufgaben und Tätigkeit des Kriminalbiol. Instituts der Sicherheitspolizei im Reichskriminalpolizeiamt (8)
- 3) Umwelt und Verbrechen (7)
- 4) Kriminalstatistik (4)
- 5) Versuche von Einteilungen der Verbrecher (2)

Lehrabschnitt II

A Verbrechenbegehung (II) — (20)

Betrug und Fälschung

- a) Betrug allgemein (2)
- b) Betrug in der Wirtschaft, Korruption an und bei Behörden (3)
- c) Kunstfälschungen (2)
- d) Wette und Spiel — Spielbetrug (2)
- e) Geldfälschung (2)
- f) Urkundenfälschung (1)
 - (hierzu Ergänzung durch Vorträge des KTI)
- g) Kurpfuscherei (1)
- h) Sitte und Sexualdelikte (6)
 - aa) Grundsätzliches
 - bb) Unzüchtige Bilder, Schriften, Inserate
 - cc) Mädchenhandel
 - dd) Homosexualität
 - ee) Abtreibung
 - ff) Prostitution und Zuhälterei
- i) Rauschgiftdelikte (1)

B Verbrechen Vorbeugung (15)

- 1) Die Entwicklung des Vorbeugungsgedankens
- 2) Verbrechen Vorbeugung allgemeiner Art durch Verringerung der tausalösenden Umweltreize (5)
 - a) Vorbeugung im Rechts- und Wirtschaftsleben (Urkundensicherungen, Formvorschriften usw.)

- b) Gelegenheits- und Anreizbeseitigung Selbstschutz der Bevölkerung (Aufklärung, Beratungsstellen usw.)
 - in Verbindung mit einer Besichtigung der Kriminalberatungsstelle

3) Kriminalpolizeiliche Verbrechen Vorbeugung (10)

- a) Der gleichzeitig vorbeugende Charakter der kriminalpolizeilichen Verbrechenverfolgung
- b) Vorbeugungsmaßnahmen gegen Einzelpersonen
 - lose Überwachung
 - pol. planmäßige Überwachung
 - pol. Vorbeugungshaft
- c) Kriminalpolitische Mitarbeit
 - (1) Das Gemeinschaftsfremdengesetz
 - (2) Die Zigeunerfrage

C Kriegsfahndung (6)

D Kriminaltechnik (I) — (22)

- 1) Das Fingerabdruckwesen (4)
- 2) Wesen, Aufgaben der Kriminaltechnik. Gutachtertätigkeit (2)
 - Empirische und wissenschaftliche KTI- und KTU-Stellen
 - Allgemeine Charakteristik der kriminaltechnischen Untersuchungsmethoden
- 3) Fuß- und Fahrzeugspuren (2)
- 4) Werkzeugspuren (2)
- 5) Schußverbrechen und ihre kriminaltechn. Aufklärung (6)
- 6) Gerichtsmedizin (I) — (6)
 - a) Leichenerscheinungen und zweifelhafte Todesfälle
 - b) Schnitt-, Stich-, Hieb-, Schußverletzungen
 - c) Erstickung und andere gewaltsame Todesarten

Lehrabschnitt III

A Bekämpfung der Jugendgefährdung und der Jugendkriminalität (20)

- 1) Ursachen der Jugendgefährdung: Verwahrlosungserscheinungen (5)
- 2) Schutz der Jugend
 - a) Jugendhilfe (3)
 - b) Polizeirechtl. Schutz der Jugend (2)
 - c) Strafrechtl. Bekämpfung der Jugendkriminalität (4)
 - Das Problem des Jugendstrafrechts
 - Schuld und Schuldfähigkeit (Die VO gegen jugendl. Schwerverbrecher vom 4. 10. 1939)
 - Die Unrechtsfolgen (Erziehungsmaßregeln; Zuchtmittel, insbesondere der Jugendarrest; die unbestimmte Verurteilung)
 - Die Jugendgerichtsverfassung (Jugendrichter, Jugendkammern; Jugendverteidiger; Jugendgerichtshilfe; Strafbefehl, Polizeistrafverfügung, Strafregister, Rehabilitation)

- d) Die Tätigkeit der Weiblichen Kriminalpolizei (6)
Entwicklung, Aufgaben der WKP
Die Reichszentrale zur Bekämpfung der Jugendkriminalität
Jugendschutzlager

B Kriminaltechnik (II) — (30)

- 1) Die Anwendung der verschiedenen Strahlenarten in der Kriminalistik und ihre Eigenschaften (2)
- 2) Urkunden- und Schriftuntersuchung (8)
- 3) Die Chemie im Dienste der Kriminalistik (2)
- 4) Gifte (4)
- 5) Kriminaltechn. Branduntersuchung (6)
- 6) Die Elektrizität als Brandursache (3)
- 7) Schieß- und Sprengstoffe (2)
- 8) Die Biologie als Helferin der Kriminalistik (3)
- 9) Gerichtsmedizin (II) — (4)
 - a) Abtreibung, Kindestötung
 - b) Psychiatrische Grundbegriffe

Lehrfach VI

Gegnerbekämpfung

Lehrabschnitt I

64 Gesamtstunden = 6 Wochenstunden

- A Begriff und Geschichte der politischen Polizei (4)
- B Wesen und Entwicklung der Geheimen Staatspolizei (3)
- C Aufgaben und Organisation der Geh. Staatspolizei (4)
- D Geheimsachen, Verschlusspanweisung (1)
- E Tätigkeit der Sicherheitspolizei an der Grenze. Paßwesen (10)
- F Hilfsmittel und Maßnahmen der Geh. Staatspolizei (10)
- G Erscheinungen des gegnerischen Kampfes und ihre Abwehr
 - 1) Hochverrat
 - 2) Formen und Mittel der Feindpropaganda und Zersetzungstätigkeit (Flüsterpropaganda, Gerüchtebildung, politische Witze, illegale Druckschriften, ausländische Sender usw.) (4)
 - 3) Sabotage (7)
 - 4) Attentate, Terror (2)
 - 5) Die Aufgaben des Schutzdienstes (5)
 - 6) Einführung in die Spionage und ihre Abwehr (I) — (4)
- H Übungen und Wiederholung
Schriftliche Arbeiten (10)

Lehrabschnitt II

55 Gesamtstunden = 5 Wochenstunden

- A Grundsätzliche Betrachtungen über die politischen Gegner, seine Einteilung, Motive und Angriffsmöglichkeiten (5)

- B Die weltanschaulichen Hauptgegner als Gegenstand der staatspolizeilichen Bekämpfung.

- 1) Juden (3)
- 2) Freimaurer (2)
- 3) Kirchen und Sekten (8)
- 4) Marxismus, Bolschewismus (8)
- 5) Reaktion (1)
- 6) Oppositionsgruppen (2)
- 7) Gegnerische Jugendgruppen (1)

C Spionage und ihre Abwehr (II):

Gegnerische Nachrichtensysteme (15)

D Übungen, Wiederholungen

Schriftliche Arbeiten (10)

Lehrabschnitt III

51 Gesamtstunden = 5 Wochenstunden

- A Nachrichtenmittel der Geh. Staatspolizei (5)

B Einsatz in den besetzten Gebieten:

Sicherheitspolizeiliche Erfassung von Widerstandsbewegungen und Banden (6)

C Spionage und ihre Abwehr (III)

Die Methoden des Abwehrkampfes (15)

D Industriesicherung (15)

Industrieschutz, Werkschutz (in Verbindung mit einer Besichtigung)

E Die staatsfeindl. Betätigung von Ausländern in Deutschland

Die staatspol. Behandlung fremden Volkstums

F Übungen und Wiederholung (10)

Lehrfach VII

Grundzüge der Menschenkenntnis, Menschenbeurteilung und Menschenführung

Lehrabschnitt I

10 Gesamtstunden = 1 Wochenstunde

A Grundbegriffe der allgemeinen Menschenkunde (4)

Sinneswahrnehmung, Gestaltungsfähigkeit, Aussage, Gedächtnis, Urteilsfähigkeit
Gefühl
Der Wille. Der Entschluß
Unbewußtes Seelenleben
Krankhaftes Seelenleben

B Führererziehung (6)

- 1) Von der Bedeutung einer psychologischen Ausbildung für die Menschenführung.
- 2) Das Wesen der Disziplin.
Die Erziehung zur Disziplin.
Der Weg zum Befehlen über das Gehorchen.
- 3) Verantwortung und Initiative.
Persönlicher Entschluß und gemeinsame Leistung.
Charakterverwandtschaft zwischen Führenden und Geführten.
- 4) Kameradschaftspflege

5) Befehlsgebung

Die hauptsächlichsten Führungsfehler und ihre Ursachen.

Lehrabschnitt II

Aus techn. Gründen muß der Unterricht auf diesem Gebiet im Lehrabschnitt II abgesetzt werden. Er ist dafür im Lehrabschnitt III doppelstündig eingesetzt.

Lehrabschnitt III

(20 Gesamtstunden = 2 Wochenstunden)

Lebensaufbau

Persönlichkeit und Charakter als Grundlagen für die praktische Menschenkenntnis

- 1) Grundsätzliches (2)
- 2) Psychologie der Handschrift (8)
- 3) Ausdruckslehre (10)
- 4) Die Gesamtbeurteilung eines Menschen

Lehrfach VIII

Führungen (Besichtigungen)

- 1) Die Einrichtungen des Reichskriminalpolizeiamtes
- 2) Die Einrichtungen des Geheimen Staatspolizeiamtes
- 3) Die Zentralkartei und Zentralaktenhaltung des SD
- 4) Diensthundeabrichteanstalt des RKPA
- 5) Konzentrationslager Sachsenhausen
- 6) Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit
- 7) Werkschutz eines Rüstungsbetriebes
- 8) Reichsamt für Landesaufnahme, Berlin SW 68, Wilhelmstr. 9
- 9) Hansa-Luftbild, Luftbild-Meßinstitut, Berlin SW 68, Wilhelmstr. 9
- 10) Kriminalberatungsstellen (zum Schutz gegen Einbruch, Feuer, Betrug) der Kriminalpolizeileitstelle Berlin
- 11) Statistisches Reichsamt, Berlin C 2, Neue Königstr. 24
- 12) Zeitungsunternehmen, Bildarchiv
- 13) Leichenschauhaus und Lehrmittelsammlung des Gerichtsärztlichen Instituts der Universität Berlin, Berlin NW 7, Hannoversche Str. 6
- 14) Heil- und Pflegeanstalt
- 15) Feuerschutzmuseum der Feuersozietät der Provinz Brandenburg, Berlin W 35, Am Karlsbad 3—5
- 16) Postzeitungsamt Berlin W, Dessauer Str. 45
- 17) Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen, Wannsee

Lehrfach IX

Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD

Taktische Ausbildung

Luftschutz

(In allen drei Lehrabschnitten an jedem Freitag-nachmittag und an jedem zweiten Sonnabend-vormittag)

A Einsatzausbildung

Taktische Ausbildung

1) Unterricht

- a) Moderne Wehrmachtsorganisationen.
Grundsätzliche militärische Auffassungen
Strategie,
Operation und
Taktik.
Moderne Kriegstechnik.
- b) Das Landheer und seine Waffengattungen.
- c) Die Luftwaffe.
- d) Die Kriegsmarine.
- e) Rüstungsindustrie.
- f) Infanterie-Ausbildung,
-Führung und -Einsatz im Rahmen des Zuges.
- g) Einzelheiten der Waffenwirkung im Zugverband.
- h) Sprengmittel und Sperren.
- i) Grundbegriffe des Kleinkrieges.
- k) Widerstandsbewegungen und Bandenkampf.
l) Zusammenarbeit mit der Wehrmacht.
- m) Militärische Aufgaben im sicherheitspolizeilichen Einsatz.
- n) Militärische Ausbildung von Außenstellen und Kommandos der Sicherheitspolizei.
- o) Führungsaufgaben bei nicht deutschen Polizeiverbänden.

2) Planspielübungen

- a) Geländeansprache.
Geländebeurteilung.
Befehlserteilung.
- b) Verteidigungsaufgaben im Zugverband.
- c) Angriffsaufgaben im Zugverband.
- d) Bandenkampf. Abwehr angreifender Banden in zur Verteidigung hergerichteter Dienststelle.
- e) Bandenkampf. Vortreiben von Spähern. Aushebungsaktion.
- f) Polizeiliche Großaktion im Gelände.
- g) Polizeiliche Großaktion in Großstadt.
- h) Grenzsperraktion und Kriegsfahndungsplanspiel.
- i) Planspiel: Sabotageabwehr.
- k) Planspiel: Schutzdienst — Großeinsatz.
l) Planspiel: Motorisierter Einsatz, überschlagender Einsatz.
- m) Räumungsplanspiel: Verladen, Vernichten von Geheimsachen, Absetzen vom Gegner.
- n) Vormarschplanspiel: Beladen mit nötigem Gerät. Formen des Vormarsches. Beginn der sicherheitspolizeilichen Arbeit.

- o) Abwehr von Fallschirmagenten, Überfall von Fallschirmtruppen und Abwehr.

3) Einsatzübungen.

- a) Scharfschießen mit Gewehr auf dem Stand.
- b) dto. Gefechtsschulschießen.
- c) Werfen scharfer Handgranaten.
- d) Schießen mit Pistolen, Maschinenpistolen, Karabinern und Maschinengewehr.
- e) Alarmübung mit anschließendem Einsatz (Spähtruppenkämpfe im Gelände).
- f) Marschsicherungs- und Deckungsübung. Entwicklung aus Deckung zum Gefecht.
- g) Ausrüstungs- und Verladeübung.
- h) Bandenkampfübung. Erstürmung eines Lagers.
- i) Rahmenübung für Befehlsgebung im Gelände.
- k) Durchsuchungsaktion im Gelände.
- l) Rückzugsübung im Gelände.
- m) Nachtübung: Spähtruppenunternehmen und Nachtmarsch.

B Luftschutzausbildung

1) Unterricht

- a) Luftgefahrenlage
 - aa) das Kriegsflugzeug
 - bb) die Bomben
 - cc) Angriffstaktik
- b) Luftabwehr
 - aa) Aktive Abwehr
 - bb) Passive Abwehr
 - (a) Organisation
 - (b) Hilfsm. d. Einzelausrüstung
 - (c) Bewertung von Schutzräumen

- (d) Verhalten im Gemeinschaftsverband
- (e) Brandabwehr
- (f) Panikabwehr
- (g) Verwundetenschutz
- (h) Bergungsaufgaben
- (i) Sonstige Einsätze, Einteilungen.

2) Planspielübungen

- a) Die Gasmaske, der Stahlhelm, Ausrüstung des Einzelnen.
- b) Löschtruppaustrüstung und Zusammenspiel im Löschtrupp. Wirkungsmöglichkeiten der einzelnen Geräte.
- c) Räumungsaufgaben, Kettenbildungen, Befehlsübermittlung.
- d) Deckungsräume, Wasser - Nachschub, Sand - Nachschub. Örtliche Verhältnisse: Schloßstr. 1 bis Spandauer Str. 39/40, Spandauer Str. 7/8, Verwundetenhilfe.
- e) Alarmfragen: Tagesalarm, Nachalarm, Feueralarm, Luftschutzalarm, Einsatzalarm.

3) Einsatzübungen

- a) aa) Einfache Bewegungsübungen unter der Gasmaske.
- bb) Truppeinsatz mit angenommenen Brandstellen.
- cc) Einsatz aus den Luftschutzräumen zum Brandherd. Eimerketten, Bergungsketten, Absperrketten.
- dd) Einsatz von Leitern, Reißhaken.
- ee) Befehlsübungen, Deckungsübungen.
- b) Alarmübung
 - aa) Feuersalarm
 - bb) Luftschutzalarm
 - cc) Einsatzalarm mit Wasserausgabe
 - dd) Nächtlicher Alarm ohne Licht.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (IOrg), Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 43

Berlin, den 11. September 1943

4. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 26. 8. 43 Richtlinien über das Verhalten gegenüber Festzunehmenden (Schußwaffengebrauch). S. 267. — RdErl. 28. 8. 43 Beurlaubung werktätiger Frauen während des Wehrmachtsurlaubs des Ehemannes. S. 268. — RdErl. 28. 8. 43 Letzte Söhne. S. 268. — RdErl. 28. 8. 43 Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen u. unerwünschten Schrifttums eingereiht sind. S. 268. — RdErl. 30. 8. 43 Verleihung von ~~W~~-Zivilabzeichen an Kriegsversehrte. S. 268. —

RdErl. 2. 9. 43 Wiederaufarbeitung von Wälzlageru. S. 269. — RdErl. 6. 9. 43 Verwaltungsvereinfachung; hier: Terminmeldungen der Gemeindepolizeibehörden. S. 269. — RdErl. 8. 9. 43 Sicherung des Geschäftsbetriebes der staatl. Pol.Kassen und der Auszahlung von laufenden Dienst- und Versorgungsbezügen an Angehörige der staatl. Pol. S. 269.

Verschiedenes. Berichtigung des Dienststellenverzeichnisses der Sich.Pol. u. des SD. S. 277.

Personalmitteilungen. S. 277.

Sicherheitspolizei und SD

Richtlinien über das Verhalten gegenüber Festzunehmenden (Schußwaffengebrauch).

RdErl. des ChdSPudSD. vom 26. 8. 1943
— I Org. Nr. 86/42-151 —

(1) Leichtfertiges Verhalten bei Festnahmen fordert immer wieder Opfer aus den Reihen der Sich.Pol. Viele dieser Todesfälle hätten vermieden werden können, wenn die Betroffenen die durch RdErl. vom 13. 5. 1942 (Befehlsbl. S. 128) gegebenen Richtlinien über das Verhalten bei Festnahmen und Durchsuchungen befolgt hätten. Diese Richtlinien sind klar und eindeutig; ihre genaue Beachtung dient dem Schutz der Polizeiangehörigen gegenüber gewalttätigen Gegnern.

(2) Ich erinnere deshalb die Dienststellenleiter an ihre Pflicht, die Angehörigen ihrer Dienststellen über den Sinn der erteilten Vorschriften und ihre Bedeu-

tung für die Erhaltung des eigenen Lebens zu unterrichten. Die Waffenkontrollen und Belehrungen über den Schußwaffengebrauch haben in jedem Monat stattzufinden, um damit auch jeden neu zur Einheit hinzutretenden Mann zu erfassen. Die Belehrung hat sich nicht auf ein einfaches Verlesen der Vorschriften zu beschränken; nach den bisherigen Erfahrungen ist es nicht zu umgehen, daß der mit der Waffenkontrolle und Belehrung beauftragte Beamte sich durch Befragen einzelner Männer vergewissert, daß die genaue Kenntnis der gegebenen Vorschriften zum festen Wissensbestand des einzelnen gehört. Stichproben in dieser Hinsicht sind von den Dienststellenleitern oder ihren Beauftragten regelmäßig auch beim Besuch von Außenstellen, ebenso von den Inspektoren und Befehlshabern bei Ausübung ihrer Inspektionstätigkeit vorzunehmen.

An die Sicherheitspolizei.

— Befehlsblatt S. 267.

Beurlaubung werktätiger Frauen während des Wehrmachtsurlaubes des Ehemannes.

RdErl. des RSHA. vom 28. 8. 1943

— I A 1 a Nr. 33/43-360-4 —

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz hat die mit derartigen Beurlaubungen zusammenhängenden Fragen durch seinen im Reichsarbeitsblatt veröffentlichten Erl. vom 25. 6. 1943 geklärt. Der Erl. gilt in seinen Grundzügen auch für die Sich.Pol. u. den SD. Seine wesentlichen Merkmale sind folgende:

(1) Die Urlaubsdauer beträgt nach mindestens dreimonatiger Abwesenheit des Ehemannes infolge Einberufung zum Wehrdienst bis zu 18 Werktagen im Urlaubsjahr unter Anrechnung auf den Erholungsurlaub.

(2) Bei etwas längerem Erholungsurlaub der im fernern Kriegseinsatz stehenden Soldaten können der Ehefrau einige zusätzliche Tage gewährt werden.

(3) Bei einem zweiten Urlaub des aus dem Fronteinsatz kommenden Soldaten im gleichen Jahr soll die Ehefrau auch für diese Zeit von der Arbeit freigestellt werden. Das gleiche gilt für den Genesungsurlaub oder den Erholungsurlaub nach Rückkehr zum Truppenteil.

(4) Neben den Kriegerfrauen sind auch berufstätige Mütter von Soldaten erforderlichenfalls über den Erholungsurlaub hinaus durch teilweise Freistellung von der Arbeit zu berücksichtigen, wenn der im Einsatz stehende Sohn bereits vor der Einberufung im Haushalt der Mutter gelebt hat und nun dort auch den Urlaub verbringt.

(5) Der Erholungsurlaub ist in der Regel auf die Urlaubszeit des Ehemannes oder Sohnes zu verschieben, wenn er mit ihnen gemeinsam verlegt werden soll. Bestehen Frauen trotzdem schon vorher auf ihren Urlaub, so sind sie darauf hinzuweisen, daß sie für den Fall eines Wehrmachtsurlaubes ihres Ehemannes oder Sohnes nicht mit nochmaliger Freistellung von der Arbeit rechnen können. Hiervon ist nur dann abzusehen, wenn besondere Gründe (gesundheitliche Verhältnisse der Frau, Fürsorge für die Kinder usw.) die vorzeitige Gewährung von Erholungsurlaub notwendig machen.

(6) Diese Anordnung gilt auch bei Beurlaubung anlässlich eines dem Fronteinsatz vergleichbaren Arbeits- oder Dienstesatzes.

(7) Die gegebenen Richtlinien sind nicht kleinlich zu handhaben.

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 268.

Letzte Söhne.

RdErl. des RSHA. vom 28. 8. 1943

— I A 5 d Az. SA 1-3 —

(1) Auf Befehl des RF $\ddot{H}$ sind alle „Letzten Söhne“ der $\ddot{H}$ festzustellen. Sie sind listenmäßig (zweifach), alphabetisch geordnet durch die Inspektoren und stärkeführenden Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD unter Angabe des Geburtsdatums, des Familienstandes und der jetzigen Verwendung dem RSHA. — I A 5 — zu melden.

(2) Dieser Befehl gilt auch für alle z. Zt. zur Waffen- $\ddot{H}$ oder Wehrmacht Eingezogenen. Die Listen sind laufend durch Nachmeldungen zu ergänzen.

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 268.

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind.

RdErl. des RSHA. vom 28. 8. 1943

— IV C 3 — 4174/B. —

Unter Bezugnahme auf meinen RdErl. vom 9. 6. 1941 IV C 3 (neu) — 4174/B. — (Befehlsbl. S. 103) teile ich folgende Druckschriften mit, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

Arnold, Otto, „Orgel des Einsamen“, Lyrik in Prosa, Thür. Verlagsanstalt Dietmar und Söhne, Langensalza, 1927.

Berbig, Hans, „Das Falschmünzerschiff“, Verlag Julius Beltz in Langensalza.

Hartenstein, Dr. K., „Der Prophet Daniel“, Evangelischer Missionsverlag GmbH, Stuttgart, 1940.

v. Martin, Alfred, „Die Religion in Jacob Burckhardt's Leben und Denken. Eine Studie zum Thema Humanismus und Christentum“, Verlag Ernst Reinhardt, München, 1942.

Mayr, Dr. Franz Xaver, „Ein Weg aus Not und Friedlosigkeit der Menschen und Völker zum internationalen Wirtschaftsstaat“, Walter Heinisch-Verlag, Karlsbad, 1927.

Mühling, Dr. Paul, „Der Lichtgedanke und die Feuerehrung“, Gräfe und Unzer-Verlag, Königsberg/Pr., 1941.

Volck, Erna, „Der große Kamerad“.

Volck, Herbert, sämtliche Schriften.

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 268.

Verleihung von $\ddot{H}$ -Zivilabzeichen an Kriegsverwehrte.

RdErl. des RSHA. vom 30. 8. 1943

— I A 5 e SA. 1-8 —

(1) Der Chef des $\ddot{H}$ -Hauptamtes hat bekapntgegeben, daß für diejenigen $\ddot{H}$ -Angehörigen, die auf Grund ihrer Verwundung oder Dienstbeschädigung aus der Waffen- $\ddot{H}$ bzw. Wehrmacht wieder in ihren Zivilberuf entlassen wurden, die Verleihung des $\ddot{H}$ -Zivilabzeichens beantragt werden kann.

(2) Voraussetzung hierfür ist, daß die betreffenden $\ddot{H}$ -Angehörigen im Besitz eines Ausweises der Verwehrtenstufe I bis IV sind und dem Begriff „ $\ddot{H}$ -Mann“ im Sinne des Befehls RF $\ddot{H}$ vom 9. 11. 1935 — Nr.: A/1934 — entsprechen.

(3) Die Anträge für die Verleihung der $\ddot{H}$ -Zivilabzeichen sind von den zuständigen Dienststellen ordnungsgemäß auf den vorgeschriebenen Formularen $\ddot{H}$ VK 20 in dreifacher Ausfertigung an das RSHA. — Ref. I A 5 — einzureichen.

(4) Es dürfen jedoch nur $\ddot{H}$ -Zivilabzeichenanträge für oben erwähnte $\ddot{H}$ -Angehörige gestellt werden, da der Bestand an $\ddot{H}$ -Zivilabzeichen begrenzt ist.

(5) Die Bezahlung der gelieferten $\ddot{H}$ -Zivilabzeichen hat von den einzelnen Dienststellen über die Verwaltung des RSHA. zu erfolgen.

(6) Die Beträge sind an die Dresdner Bank, Depositenkasse 30, Berlin SW 11, Askanischer Platz 1, Konto NSDAP. — Chef der Sich.Pol. u. des SD — SD-Verwaltung Nr. 3425, zu überweisen.

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 268.

Wiederaufarbeitung von Wälzlager.

RdErl. des RSHA. vom 2. 9. 1943

— II D 3 a (3) Nr. 1228/43 —

(1) Das OKW. — Chef des Wehrmacht-Kraftfahrwesens — Inst. VI e — hat die Kommandeure der Kraftfahrparktruppen im Heimatkriegsgebiet mit Vfg. vom 13. 8. 1943 — Az. 76 h/k Nr. 0186. 8. 43 angewiesen, das gesamte Wälzlager-Altmaterial sowie die noch brauchbaren, aber nicht mehr benötigten gängigen und nichtgängigen Wälzlager zu sammeln und der Wiederaufarbeitung zuzuführen. Für den General der Kraftfahrparktruppen West wurde Sonderregelung in Aussicht gestellt. General der Kraftfahrparktruppen Ost, AOK. Norwegen, AOK. Lappland, Mil.Bef. Dänemark, OB. Süd und Wehrkr. Befehlsh. Südost erlassen für ihre Befehlsbereiche gleiche Anordnung.

(2) Alle Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD veranlassen bis zum 1. 11. 1943 die Abgabe des vorhandenen Wälzlager-Altmaterials und der noch brauchbaren, aber nicht mehr benötigten gängigen und nichtgängigen Wälzlager an den zuständigen Kraftfahrpark gegen Empfangsbescheinigung.

(3) Abgegebene Mengen sind unter Angabe der Stückzahl und näheren Bezeichnung dem RSHA. zu melden.

An-Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 269.

Verwaltungsvereinfachung;

hier: Termindmeldungen der Gemeindepolizeibehörden.

RdErl. des RSHA. vom 6. 9. 1943

— I Org. Nr. 258/43-151 —

(1) Zur Entlastung der Gemeinden, zum Teil auch zur Bereinigung inzwischen überholter früherer Weisungen, hat sich das RSHA. gegenüber dem Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung damit einverstanden erklärt, daß den Staatspolizei(leit)stellen und Kriminalpolizei(leit)stellen von den Gemeinden in folgenden Angelegenheiten, soweit dies bisher der Fall gewesen sein sollte, künftig keine regelmäßigen Termindmeldungen mehr erstattet zu werden brauchen:

1. Bekämpfung der staatsfeindlichen Zersetzungstätigkeit in Polizei und Wehrmacht,
2. Vereinigung katholischer Schüler höherer Lehranstalten,
3. Erfassung der Emigranten,
4. Bericht der Rußlandrückkehrer,
5. Erfassung der Straffälle über Rassenschande,
6. Schutz der Jugend,
7. Nacktkulturbewegung.

(2) Die Führung von Karteien und Statistiken auf diesen Sachgebieten kann von den Gemeinden sofort eingestellt werden.

Zusatz für die Krim.Pol.(Leit)Stellen: Dieser RdErl. ist der Gem.Pol. durch Abdruck in den Meldeblättern bekanntzugeben.

An die Sicherheitspolizei.

— Befehlsblatt S. 269.

Sicherung des Geschäftsbetriebes der staatl. Pol.Kassen und der Auszahlung von laufenden Dienst- und Versorgungsbezügen an Angehörige der staatl. Pol.

RdErl. des RF//uChdDtPol. im RMdI. vom 8. 9. 1943
— O-VuR. Org. 3-122/43 u. S I Org. Nr. 468/43-151 —

A. Sicherung des Geschäftsbetriebes der staatl. Pol.Kassen, der Kasse des Chefs der Sich.Pol. u. des SD in Berlin und der Kasse der Staatspolizeileitstelle in München.

Um Stockungen im Geschäftsbetrieb der staatl. Pol.Kassen zu vermeiden, sind, soweit dies nicht inzwischen schon geschehen ist, sofort folgende Maßnahmen zu ergreifen:

I. Aufrechterhaltung des Kassenbetriebes.

Die Behördenleiter haben dafür zu sorgen, daß der Kassenbetrieb unter allen Umständen weitergeführt wird. Für den Bedarfsfall sind Ausweichunterkünfte vorzusehen, in denen eine reibungslose Abwicklung des Kassenbetriebes voraussichtlich gewährleistet ist. Zur Überbrückung des dringendsten Personalbedarfs im Falle der Beschädigung oder Zerstörung der Kasseneinrichtungen sind den Pol.Kassen sofort Arbeitskräfte von anderen Abteilungen (Geschäftsstellen) der Behörde zur Verfügung zu stellen.

II. Überweisungsverkehr.

Um Stockungen im Überweisungsverkehr nach Möglichkeit zu begegnen, haben die Pol.Kassen ein zweites Postscheckkonto bei einem Postscheckamt tunlichst in weniger luftbedrohten Gebieten einrichten zu lassen. Mit diesem Postscheckamt ist schon jetzt zu vereinbaren, daß im Bedarfsfalle die vorhandenen Vordrucke für Zahlungsanweisungen und Ersatzüberweisungen unter entsprechender Abänderung verwendet werden können. Das zweite Postscheckkonto darf nur benutzt werden, wenn der Verkehr mit dem Postscheckamt, bei dem das erste Konto unterhalten wird, gestört ist. Es dient nur zur Leistung von Auszahlungen.

III. Hinterlegungen (Verwahrtgelaß).

(1) Wenn die hinterlegten Wertpapiere im Kassenbehälter nicht genügend gesichert erscheinen, sind sie bei einer geeigneten örtlichen Bankanstalt in anzumietenden Schließfächern unterzubringen oder der Bank zur Aufbewahrung in ihrem Tresorraum (nicht auch zur Verwaltung) zu übergeben. Die Kosten hierfür sind bei Einzelplan V Kap. 14 bzw. 14 a Tit. 11 nachzuweisen.

(2) Darüber hinaus fertigen die Pol.Kassen umgehend Auszüge von den Konten der einzelnen Hinterlegungsmassen nach dem gegenwärtigen Stande. Diese Auszüge müssen alle Angaben enthalten, die für einen Aufgebotsantrag erforderlich sind (insbesondere Jahrgang der Ausgabe, Reihe, Buchstabe, Nummer und Nennbetrag des einzelnen Stücks); sie sind im Tresor oder in verschließbaren Kellerräumen feuersicher unterzubringen.

IV. Sicherung der Büromaschinen und des Schriftguts.

(1) Büromaschinen, die wegen ihrer Größe nicht täglich fortbewegt werden können, sind möglichst in

geschützten Kellerräumen aufzustellen und dort zu bedienen. Insbesondere muß auf die Erhaltung der Adrema-Anlagen mit den zugehörigen Adreßplatten geachtet werden.

(2) Alle leicht zu befördernden Büromaschinen (Addiermaschinen und Schreibmaschinen) sowie die Zeit- und Sachbücher für das laufende Rechnungsjahr, die Auszahlungsunterlagen für Dienst- und Versorgungsbezüge, Personalkarten usw. sind außerhalb der Dienststunden je nach dem Grad der Sicherheit und dem Fassungsvermögen im Tresor oder in verschließbaren Kellerräumen unterzubringen.

V. Meldung von den Dienstbetrieb der Pol.Kassen beeinträchtigenden Ereignissen.

Die Behördenleiter erstatten mir, sobald die jeweilige Lage dies zuläßt, über jedes Ereignis, das den Dienstbetrieb der staatl. Pol.Kasse wesentlich beeinträchtigt, kurz Bericht mit Angabe der getroffenen Maßnahmen.

B. Sicherung der Auszahlung von laufenden Dienst- und Versorgungsbezügen an Angehörige der staatl. Polizei.

(1) Um im Falle der Vernichtung von Auszahlungsunterlagen die Weiterzahlung der Bezüge der Beamten Angestellten und Lohnempfänger der staatl. Pol. zu sichern, haben die gehaltzahlenden Kassen bzw. die anweisenden Dienststellen möglichst umgehend jedem Gehalts- und Lohnempfänger eine Bescheinigung — möglichst nach dem neuesten Stande (unter Berücksichtigung der Abzüge) — auszustellen (den Beamten nach beiliegendem Muster A, den Angestellten nach Muster B, den Lohnempfängern nach Muster C). Bei Zugrundelegung der Septemberbezüge sind auch die WHW-Spenden zu berücksichtigen. Wenn infolge erheblicher Änderungen in den Bezügen die Ausstellung einer neuen Gehalts- oder Lohnbescheinigung erforderlich wird, darf die neue Bescheinigung nur gegen Rückgabe der alten ausgehändigt werden. Der Empfangsberechtigte darf stets nur eine gültige Bescheinigung besitzen.

(2) Sofern die Zahlung der Dienstbezüge eines Beamten oder Angestellten der staatl. Pol. sich infolge besonderer Umstände in der bisherigen Weise nicht ermöglichen läßt, kann der Empfangsberechtigte unter Vorlage der Gehaltsbescheinigung, die sodann als Zahlungsausweis gilt, sowie eines genügenden Ausweises (Dienstausweis, Kennkarte, Postausweis u. a.) den ihm für einen Monat zustehenden Nettobetrag seiner Bezüge zu Lasten der rechnunglegenden Kasse bei einer Oberkasse (Pol.Hauptkasse in Berlin, Regierungsoberkasse, Regierungshauptkasse usw.), bei einer staatl. Pol.Kasse oder bei der Kasse oder Zahlstelle eines Landratsamts gegen Quittung abheben oder abheben lassen. Für diese Zahlungen ist aber nur diejenige Kasse zuständig, in deren Bereich die staatl. Dienststelle verlegt worden ist oder der Zufluchtsort des Empfängers liegt.

(3) Für die Lohnempfänger der staatl. Pol. gilt sinnngemäße Regelung mit der Maßgabe, daß ggf. eine Abschlagszahlung für 14 Tage in runder Summe (unter Zugrundelegung der aus der vorgelegten Lohnbescheinigung ersichtlichen Lohnmerkmale) gezahlt werden kann.

(4) Ausgezahlte Bezüge dieser Art sind zur Verhütung von Überzahlungen oder Doppelzahlungen von

der auszahlenden staatl. Kasse in möglichst kurzen Zeitabständen (etwa wöchentlich einmal) mit der aus der Gehaltsbescheinigung (Lohnbescheinigung) ersichtlichen rechnunglegenden staatl. Kasse unter Angabe des Empfangsberechtigten, des Zeitraums, für welchen die Bezüge gezahlt sind, und der Höhe des ausgezahlten Betrages sowie des auf der Gehaltsbescheinigung (Lohnbescheinigung) vermerkten Buchungszeichens (ggf. der Personalnummer) abzurechnen; die Abzüge sind von der bisher zuständigen staatl. Kasse abzuwickeln.

(5) Der Zeitraum der Bezüge, der Tag der Auszahlung und die Höhe des ausgezahlten Nettobetrages sind bei jeder Gehaltsabhebung auf der Rückseite der Gehaltsbescheinigung (Lohnbescheinigung) ersichtlich zu machen und von der zahlenden staatl. Kasse zu bescheinigen. Der Empfänger erhält die Gehaltsbescheinigung (Lohnbescheinigung) nach der Auszahlung sogleich zurück.

(6) Diese Bestimmungen gelten für die Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen und Unterstützungen sinngemäß. Hierfür ist eine dem Muster A angepaßte Bescheinigung auszustellen. Bei befristeten Bezügen ist der Tag des Ablaufs der Bewilligung in der Bescheinigung anzugeben.

Zusatz für die Kassenanschlagstellen der Sich. Pol.:

(7) Der RdErl. vom 16. 8. 1943 — Befehlsblatt S. 239 — wird hiermit aufgehoben. Sofern die Vordrucke nach Muster A, B und C (Gehalts- (Lohn-) Bescheinigung) bereits angefertigt sind, sind sie aus Gründen der Papier- und Arbeitersparnis weiterzuverwenden. Auf der Rückseite der den Beamten, Angestellten und Lohnempfängern ausgehändigten oder noch auszuhändigenden Ausfertigung ist folgender Zusatz anzubringen:

„Sofern die Zahlung der Dienstbezüge sich infolge besonderer Umstände in der bisherigen Weise nicht ermöglichen läßt, können Sie unter Vorlage dieser Bescheinigung, die sodann als Zahlungsausweis gilt, und unter genügendem Ausweis über die Person des Empfängers (Dienstausweis, Kennkarte, Postausweis u. a.) den Nettobetrag Ihrer Bezüge bei einer Oberkasse (Polizeihauptkasse in Berlin, Reg.-Ob.Kasse, Reg.Hauptkasse usw.), bei einer staatl. Pol.Kasse oder bei der Kasse oder Zahlstelle eines Landratsamts gegen Quittung abheben oder abheben lassen. Für diese Zahlungen ist aber nur diejenige staatliche Kasse zuständig, in deren Bereich die staatl. Dienststelle verlegt worden ist oder der Zufluchtsort des Empfängers liegt.“

Rechnunglegende Kasse ist

Darunter folgt, wie aus den beiliegenden Mustern A, B und C ersichtlich ist, ein Abschnitt „Gehalts- bzw. Lohnabhebungen“ und der Vermerk: „Zur Beachtung für zahlende staatliche Kasse.“

(8) Die Gehalts-(Lohn-)bescheinigungen sind zweifach auszufertigen. Eine Ausfertigung erhält das Gefolgschaftsmitglied mit der Weisung, sie sorgfältig aufzubewahren. Die zweite Ausfertigung ist bei der Dienststelle selbst, und zwar möglichst bei einer weniger luftgefährdeten Außenstelle, aufzubewahren. Die Bescheinigung ist auch neu eingestellten Kräften zu erteilen.

An die höheren Verwaltungsbehörden einschl. staatl. Pol.Verw. u. Landratsämter, Inspektoren u. Befehlshaber der Sich. Pol. u. des SD, Schulen, Anstalten usw. der staatl. Pol.

An Sich. Pol. u. SD.

Befehl

Muster A

Gehaltsbescheinigung

Sorgfältig aufbewahren!

Buchungszeichen (Personal-Nr.):

Nachstehend erhalten Sie eine Aufstellung über die Dienstbezüge, die Ihnen für den Monat September 1943 zu zahlen sind. Diese Bescheinigung ist sorgfältig aufzubewahren, damit sie für den Fall, daß die Auszahlungunterlagen der nachbezeichneten Kasse verlorengehen, als Unterlage für die Weiterzahlung Ihrer Bezüge dienen kann.

Sofern die Zahlung der Dienstbezüge sich infolge besonderer Umstände in der bisherigen Weise nicht ermöglichen läßt, können Sie unter Vorlage dieser Bescheinigung, die sodann als Zahlungsausweis gilt, und unter genügendem Ausweis über die Person des Empfängers (Dienstausweis, Kennkarte, Postausweis u. a.) den Nettobetrag Ihrer Bezüge bei einer Oberkasse (Pol.Hauptkasse in Berlin, Regierungsoberkasse, Regierungshauptkasse usw.), bei einer staatl. Pol.Kasse oder bei der Kasse oder Zahlstelle eines Landratsamts gegen Quittung abheben oder abheben lassen. Für diese Zahlungen ist aber nur diejenige staatl. Kasse zuständig, in deren Bereich die staatl. Dienststelle verlegt worden ist oder der Zufluchtsort des Empfängers liegt.

Rechnunglegende Kasse ist

Besoldungsgruppe BDA vom Ortsklasse

Grundgehalt RM

Ruhegehaltsfähige Stellszulage RM

..... RM

Örtl. Sonderzuschlag v. H. RM

Wohnungsgeldzuschuß RM

Ausgleichszulage RM

..... RM

Gesamtbezüge RM

Kürzungsbetrag RM

Verbleibender Betrag RM

Ausgleichsbetrag nach GG RM

Bleiben RM

Kinderzuschlag RM

..... RM

..... RM

..... RM

Gesamtsumme RM

Abzüge:

Lohnsteuer RM

Eisernes Sparen RM

WHW RM

Vorschußerstattung RM

..... RM

..... RM

..... RM RM

Nettobetrag RM

....., den 1943

(Bezeichnung der bisher für die Gehaltszahlung zuständigen staatl. Kasse oder der für die Anweisung zuständigen Dienststelle und Unterschrift)

An

Herrn (Dienstsiegel)

wenden

Gehaltsabhebungen

Dienstbezüge für Monat	Tag der Auszahlung	Höhe des ausgezahlten Nettobetrages der Bezüge <i>R.M.</i>	Bescheinigung der zahlenden staatl. Kasse (2 Unterschriften der Zeichnungsberechtigten und Dienstsiegel der Kasse)

Zur Beachtung für die zahlende staatliche Kasse:

Jede Gehaltsabhebung ist von der zahlenden staatlichen Kasse jeweils auf der Rückseite der Gehaltsbescheinigung in den vorgesehenen Spalten zu bescheinigen. Der die Bezüge Abhebende erhält die Gehaltsbescheinigung nach der Auszahlung sogleich zurück. Der ausgezahlte Betrag ist von der zahlenden Kasse mit der vorseitig angegebenen rechnungslegenden Kasse unter Angabe des Empfangsberechtigten, des Zeitraums, für welchen die Bezüge gezahlt sind, und der Höhe des ausgezahlten Betrages sowie des unsseitig vermerkten Buchungszeichens (Personalnummer) abzurechnen. Die Abzüge werden von der bisher zuständigen staatlichen Kasse abgewickelt.

Muster B

Gehaltsbescheinigung

Sorgfältig aufbewahren!

Buchungszeichen (Personal-Nr.):

Nachstehend erhalten Sie eine Aufstellung über die Dienstbezüge, die Ihnen für den Monat August 1943 gezahlt worden sind. Diese Bescheinigung ist sorgfältig aufzubewahren, damit sie für den Fall, daß die Auszahlungsunterlagen der Ihre Bezüge zahlenden staatl. Kasse (.....) verlorengehen, als Unterlage für die Weiterzahlung Ihrer Bezüge dienen kann.

Sofern die Zahlung der Dienstbezüge sich infolge besonderer Umstände in der bisherigen Weise nicht ermöglichen läßt, können Sie unter Vorlage dieser Bescheinigung, die sodann als Zahlungsausweis gilt, und unter genügendem Ausweis über die Person des Empfängers (Dienstausweis, Kennkarte, Postausweis u. a.) den Nettobetrag Ihrer Bezüge bei einer Oberkasse (Pol.Hauptkasse in Berlin, Regierungsoberkasse, Regierungshauptkasse usw.), bei einer staatl. Pol.Kasse oder bei der Kasse oder Zahlstelle eines Landratsamts gegen Quittung abheben oder abheben lassen. Für diese Zahlungen ist aber nur diejenige staatl. Kasse zuständig, in deren Bereich die staatl. Dienststelle verlegt worden ist oder der Zufluchtsort des Empfängers liegt.

Vergütungsgruppe Nächste Steigerung am Ortsklasse

Grundvergütung RM

Wohnungsgeldzuschuß RM

Örtl. Sonderzuschlag v. H. RM

zusammen RM

Gesetzliche Kürzung *RM*

bleiben $\mathcal{RM}$

Ausgleichsbetrag nach EWGG	<i>RM</i>
--------------------------------------	-----------

bleiben RM

Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung RM

Kinderzuschlag RM

. *RM*

Abzüge:

Überversicherung oder Zusatzversorgung *RM*

Sozialversicherung	RM
------------------------------	---------

Lohnsteuer *RM*

DAF-Beitrag. *RM*Eiserner Sparbetrag *RM*

Vorschußerstattung *RM*

..... RM

Staatsanteil zur Überversicherung RM, zur Sozialversicherung RM

., den 1943

(Bezeichnung der bisher für die Gehaltszahlung zuständigen staatl. Kasse oder der für die Anweisung der Bezüge zuständigen Dienststelle und Unterschrift)

An

wenden

Gehaltsabhebungen

Dienstbezüge für Monat	Tag der Auszahlung	Höhe des ausgezahlten Nettobetrages der Bezüge <i>RM</i>	Bescheinigung der zahlenden staatl. Kasse (2 Unterschriften der Zeichnungsberechtigten und Dienstsiegel der Kasse)

Zur Beachtung für die zahlende staatliche Kasse:

Jede Gehaltsabhebung ist von der zahlenden staatlichen Kasse jeweils auf der Rückseite der Gehaltsbescheinigung in den vorgesehenen Spalten zu bescheinigen. Der die Bezüge Abhebende erhält die Gehaltsbescheinigung nach der Auszahlung sogleich zurück. Der ausgezahlte Betrag ist von der zahlenden Kasse mit der vorseitig angegebenen staatlichen Kasse unter Angabe des Empfangsberechtigten, des Zeitraums, für welchen die Bezüge gezahlt sind, und der Höhe des ausgezahlten Betrages sowie des umseitig vermerkten Buchungszeichens (Personalnummer) abzurechnen. Die Abzüge werden von der zahlenden staatlichen Kasse abgewickelt.

Muster C

Lohnbescheinigung

Sorgfältig aufbewahren!

Buchungszeichen (Personal-Nr.):

Nachstehend erhalten Sie eine Aufstellung über die Lohnbezüge, die Ihnen für den Monat Juli 1943 gezahlt worden sind. Diese Bescheinigung ist sorgfältig aufzubewahren, damit sie für den Fall, daß die Auszahlungsunterlagen der den Lohn zahlenden staatl. Kasse (.....) verlorengehen, als Unterlage für die Weiterzahlung Ihrer Bezüge dienen kann.

Sofern die Zahlung der Dienstbezüge sich infolge besonderer Umstände in der bisherigen Weise nicht ermöglichen läßt, können Sie unter Vorlage dieser Bescheinigung, die sodann als Zahlungsausweis gilt, und unter genügendem Ausweis über die Person des Empfängers (Dienstausweis, Kennkarte, Postausweis u. a.) eine Abschlagszahlung für 14 Tage in runder Summe bei einer Oberkasse (Pol. Hauptkasse in Berlin, Regierungsoberkasse, Regierungshauptkasse usw.), bei einer staatl. Pol. Kasse oder bei der Kasse oder Zahlstelle eines Landratsamts gegen Quittung abheben oder abheben lassen. Für diese Zahlungen ist aber nur diejenige staatl. Kasse zuständig, in deren Bereich die staatl. Dienststelle verlegt worden ist oder der Zufluchtsort des Empfängers liegt.

Lohngruppe	Stundenlohn	R.M. ... Ppf.	
Lohn für	Stunden.		R.M.
Kinderzuschlag.			R.M.
Zuschläge für	Überstunden		R.M.
„ „	Mehrarbeitsstunden		R.M.
„ „	Sonntagsstunden		R.M.
„ „	Feiertagsstunden		R.M.
.....			R.M.
.....			R.M.
.....			R.M.
.....			R.M.
Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung			R.M.
zusammen:			R.M.

Abzüge:		
Sozialversicherung		R.M.
Zusatz-Altersversorgung		R.M.
Lohnsteuer		R.M.
Eiserner Sparbetrag		R.M.
DAF-Beitrag.		R.M.
Abschlagszahlungen.		R.M.
.....		R.M.
.....		R.M.
.....		R.M.
.....		R.M.
.....		R.M.
Nettobetrag		R.M.

....., den 1943

(Bezeichnung der bisher für die Lohnzahlung zuständigen staatl. Kasse oder der für die Anweisung der Lohnbezüge zuständigen Dienststelle und Unterschrift.)

An (Dienstsiegel)
.....
.....
Wenden

Lohnabhebungen

Zeitraum, für den die Abschlagszahlung geleistet wird	Tag der Auszahlung	Höhe der ausgezahlten Abschlagszahlung <i>R.M.</i>	Bescheinigung der zahlenden staatl. Kasse (2 Unterschriften der Zeichnungsberechtigten und Dienstsiegel der Kasse)

Zur Beachtung für die zahlende staatliche Kasse:

Jede Lohnabhebung ist von der zahlenden staatlichen Kasse jeweils auf der Rückseite der Lohnbescheinigung in den vorgesehenen Spalten zu bescheinigen. Der die Bezüge Abhebende erhält die Lohnbescheinigung nach der Auszahlung sogleich zurück. Der ausgezahlte Betrag ist von der zahlenden Kasse mit der vorseitig angegebenen staatlichen Kasse unter Angabe des Empfangsberechtigten, des Zeitraums, für den die Bezüge gezahlt sind, und der Höhe des ausgezahlten Betrages sowie des umseitig vermerkten Buchungszeichens (Personalnummer) abzurechnen. Die Abzüge werden von der bisher zuständigen staatlichen Kasse abgewickelt.

Verschiedenes

Berichtigung des Dienststellenverzeichnisses der Sich.Pol. u. des SD.

Zum RdErl. des RSHA. vom 14. 5. 1943

— II A 1 Nr. 900/42-151 —

Abschnitt V

Seite 2 (St Braunschweig) Anschrift ändern: Wilhelm-Friedrich-Cooper-Str. 52 in Wilhelm-Friedrich-Loeper-Str. 52.

Seite 18 (StL Hamburg) streichen: Stadthausbrücke 8, Anruf: 34 10 00 u. 36 12 31, dafür setzen: Dammtorstraße 25 — Anruf: 34 16 21.

Seite 41 (StL Nürnberg) beim Leiter ändern: Krim.Dir. in Reg.- u. Krim.-Rat.

Seite 53 (StL Stettin) beim GK Swinemünde streichen: Gartenstr. 16, dafür setzen: Hardenbergstr. 4 — Anruf: 2688 u. 2159.

Neb.St. Peenemünde mit Anschrift und Anruf streichen, dafür setzen: Wolgast, Wilhelmstraße 50 — Anruf: 370.

Abschnitt VI

Seite 10 (KPSt Chemnitz) bei Gem.K Hohenstein streichen: (Elbsandsteingeb.), dafür setzen: Hohenstein-Ernstthal.

Seite 13 (KPSt Dessau) beim Leiter streichen: //H'stuf. KR Ciper, dafür setzen: //O'stuf. KR Jetzinger.

Seite 15 (KPLSt Dresden) bei Gem.K Großenhain streichen: Schloßstr. 9, dafür setzen: Frauenmarkt 21.

Seite 18 (KPSt Essen) bei KA Oberhausen als Chef einsetzen: SA-Staf. k. Pol.Präs. Vetter.

Seite 25 (KPLSt Hamburg) streichen: Hamburg 36, Neuerwall 88 — Anruf: 341000 u. 361231, dafür setzen: Hamburg, Dammtorwall 41 — Anruf: 44 48 58/59. Anschrift u. Anruf des Chefs ändern in: Hamburg 36, Dammtorstr. 1 — Anruf: 35 19 31.

Seite 31 (KPSt Karlsruhe) bei KA Lahr streichen: KS Thies (i. V.), dafür setzen: KOS Schächner.

Seite 39 (KPSt Leipzig) bei Gem.K Oschatz streichen: Klaus-v.-Pape-Promenade 14d, dafür setzen: Rathaus.

Seite 41 (KPSt Litzmannstadt) Gem.K Ozorkow umgenannt in Brunnstadt, Gem.K. Zgierz umgenannt in Görnau.

Seite 63 (KPSt Troppau) beim Leiter streichen: KK Kujat, dafür setzen: KR Bunge.

Abschnitt VII

Seite 1 (SD-A Bayreuth) Anruf ändern: 5655/56 in 3655/56.

Seite 5 (SD-A Bremen) bei SD-HAST Wilhelms-haven streichen: in Varel i. O., Schloßstr. 4 — Anruf: Varel 366, dafür setzen: Wilhelms-haven, am Rathausplatz 4 — Anruf: 5391.

Seite 16 (SD-HAST Karlsruhe) bei SD-AST Lörrach streichen: Adolf-Hitler-Str. 215, dafür setzen: Schwarzwaldstr. 1.

Seite 27 (SD-LA Nürnberg) bei SD-AST Markt-heidenfeld streichen: Untertorstr. 86, dafür setzen: Hauptstr. 9.

Seite 32 (SD-LA Stettin) bei SD-AST Swinemünde streichen: Gartenstr. 16, dafür setzen: Hardenbergstr. 4 (Haus der DAF).

Abschnitt X

Seite 2 Unter Br ü x ein Hinweiszeichen auf Brunnstadt setzen. Am Schluß des Buchstabens B: Brunnstadt Gem.K. VI 41.

Seite 4 Unter Görlitz ein Hinweiszeichen auf Görnau setzen. Am Schluß des Buchstabens G: Görnau Gem.K VI 41.

Seite 8 streichen: Ozorkow Gem.K VI 41, Peenemünde StNSt V 53.

Seite 12 Unter Wolfsburg ein Hinweiszeichen auf Wolgast setzen; am Schluß des Buchstabens W: Wolgast StNSt V 53 streichen: Zgierz Gem.K VI 41. Befehlsblatt 1943 S. 277.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Abgeordnet: //Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Dr. Haensch zum Beauftragten für die Innere Verwaltung beim Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Kopenhagen, //Sturmbannführer Ob.Reg.Rat Heinz Richter zum BdS. Krakau zur Verwendung als Gruppenleiter I bei der Dienststelle des Höheren // und Pol.Führers im G.G.

Befehlshaber u. Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Reg.Rat: //Hauptsturmführer Reg.Ass. Hans Schneider (Kdr. Minsk).

Versetzt: Pol.Ob.Insp. Schönfelder (Kdr. Lublin) nach Bremen.

//Gruppenführer Generalleutnant der Pol. Dr. Thomas, der infolge Verwundung längere Zeit dienstunfähig ist, ist von seinen Dienstgeschäften als BdS. Kiew entbunden; mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des BdS. Kiew ist //Standartenführer Böhme unter Entbindung von seinen Aufgaben als Chef der E.-Gr. B beauftragt.

Eingesetzt als Beauftragter des ChdSPudSD. beim Kommandierenden General der Sicherungstruppen u. Befehlshaber des Heeresgebiets Mitte und mit der Führung der EGr. B beauftragt: //Obersturmbannführer Ehringer unter Entbindung von der stellvertretenden Führung der Dienstgeschäfte des BdS. in Kiew.

Abgeordnet: //Sturmbannführer Reg.Rat Jagusch (BdS. Straßburg) zum BdS. Metz.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Reg. Rat: die // Hauptsturmführer Reg. Ass. Fritz Pflüger (Danzig — abgeordnet zum Insp. Danzig —) und Julius Wilbertz (Koblenz — abgeordnet zur SD-ASt. Koblenz —); zum Pol. Insp.: // Bewerber apl. Pol. Insp. Specht (Bromberg).

Versetzt: die Pol. Ob. Insp. Ristau (Potsdam) n. Prag und Ventz (Wilhelmshaven) zum Kdr. Bialystok; die Pol. Insp. Moeck (Königsberg) zum RSHA.-IV, Koschig (Trier) zum Kdr. Lublin u. Kross (Linz) n. Litzmannstadt.

Abgeordnet: // Sturmbannführer Reg. Rat Joachim Freitag (Schneidemühl) zur E.-Gr. Kroatien u. mit der Führung des EKdo. Knin beauftragt.

SD

Ernannt: die // Obersturmführer Karl Bommerich zum Referenten im SD-A. Litzmannstadt, Wilhelm Bornscheuer zum Hilfsreferenten im RSHA.;

// Untersturmführer Helmut Waldmann zum Außenstellenleiter beim SD-LA. Danzig (nicht SD-Abschnitt Zichenau, siehe Befehlsblatt 1943 S. 228).

Versetzt: // Hauptsturmführer Wolfram Siegel zum SD-LA. Posen;

die // Untersturmführer Hermann Schwarzenbacher zum RSHA.-VI, Eduard Horst zum SD-LA. Wien.

Kommandiert: die // Hauptsturmführer Arno Gröbel zum Kdr. Warschau, Leo Gehra zum Zentralamt für die Regelung der Judenfragen in Böhmen und Mähren.

— Befehlsblatt 1943 S. 277.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (IOrg), Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 44

Berlin, den 18. September 1943

4. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Heinrich Hoener zu Eissen, SS-Bewerber, Polizeiinspektoranwärter, Staatspolizeileitstelle Münster, im Juli 1943

Hans Wacha, SS-Scharführer, Kriminalangestellter, Staatspolizeileitstelle Prag, im Juli 1943

Heinz Opitz, Hilfskriminalkommissar, Kriminalpolizeileitstelle Berlin, im Juli 1943

Herbert Riehn, Büroangestellter, Reichssicherheitshauptamt, im Juli 1943

Rolf Ringert, SS-Oberscharführer, Regierungsrat, SD - Abschnitt Dortmund, im Juli 1943

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Josef Pawel, SS-Rottenführer, Kommandierter der Waffen-SS, Stabskompanie im Reichssicherheitshauptamt, im August 1943

Gerhard Hiersemann, SS-Sturmscharführer, Kriminalsekretär, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau, im August 1943

Hermann Heil, SS-Obersturmführer, Kriminalkommissar, Kriminalpolizeileitstelle Berlin, im August 1943

Alfred Bössler, SS-Oberscharführer, Kriminalassistent, Staatspolizeileitstelle Danzig, im August 1943

Friedrich Mayer, SS-Sturmscharführer, Kriminalsekretär, Ortspolizei Frechen bei Köln, im August 1943

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

SS-Obergruppenführer und General der Polizei

Kriegsauszeichnungen

Die Spange zum Eisernen Kreuz II. Klasse und das Eiserner Kreuz I. Klasse wurde verliehen:
Dem //Standartenführer Regierungs- und Kriminaldirektor Max Haertel, Leiter der Kriminalpolizeileitstelle Hamburg.

Das Eiserner Kreuz II. und I. Klasse wurde verliehen:

Dem //Obersturmbannführer Oberregierungsrat Dr. Josef Kreuzer, Leiter der Staatspolizeileitstelle Hamburg.

Das Eiserner Kreuz I. Klasse wurde verliehen:

Dem //Sturmbannführer Julius Plath beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew. Plath ist am 29. 7. 1943 gefallen;
dem //Hauptsturmführer Karl Schmitz beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew.

Das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse mit Schwertern wurde verliehen:

Dem //Brigadeführer Polizeipräsident Georg Altner, Dortmund;
dem //Sturmbannführer Polizeirat Ludwig Strube, Einsatzgruppe B.

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 26. 7. 43 Polizeiliches Vorgehen gegen italienische Wehrmachtangehörige. S. 280. — RdErl. 5. 9. 43 Sofortige Durchführung einer gründlichen Schießausbildung. S. 281. — RdErl. 5. 9. 43 Neuordnung des Gerichts- u. Disziplinarwesens von Sich.Pol. u. SD und Einsetzung eines Untersuchungsführers des ChdSPudSD. S. 281. — RdErl. 6. 9. 43 Überführung der Angestellten des Gefängnisaufsichtsdienstes der Pol. in die Angestelltenversicherung. S. 281. — RdErl. 9. 9. 43 Benennung der Formation der Sich.Pol. u. des SD

in Kroatien. S. 281. — RdErl. 10. 9. 43 Postverkehr mit den Dienststellen der Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD Marburg/Drau u. Veldes sowie der E.-Gr. E — Agram — S. 282. — RdErl. 15. 9. 43 Letzte Söhne bei den Kommandierten der Waffen-SS. S. 282.

Verschiedenes. //Hauptamt. S. 282. — Verlust von Ausweisen. S. 282.

Personalmittelungen. S. 282.

Sicherheitspolizei und SD

Polizeiliches Vorgehen gegen italienische Wehrmachtangehörige.

RdErl. des RF//uChdDtPol. im RMdI. vom 26. 7. 1943 — S III A 5 b Nr. 207^{III}/43-176-6 —.

(1) Auf Grund einer zwischenstaatlichen Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und Italien vom 17. 4. 1942 (RGBl. 1943, Teil II, S. 2) können italienische Wehrmachtangehörige und solche Personen, die zum italienischen Wehrmachtgefolge gehören, von staatlichen Polizeiorganen vorläufig festgenommen werden, wenn die folgenden Voraussetzungen zusammen vorliegen:

- a) wenn der Wehrmachtangehörige auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird;
- b) wenn die gemeinsamen militärischen Interessen oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die sofortige Festnahme dringend fordern;
- c) wenn weder ein Wehrmachtangehöriger im Offiziersrang noch eine militärische Wache noch ein Polizeiorgan des italienischen Staates sogleich erreichbar ist.

(2) Wehrmachtangehörige im Offiziersrang, die sich als solche ausweisen, dürfen nicht festgenommen werden.

(3) Der vorläufig Festgenommene ist unverzüglich der nächsten Militärbehörde seines Staates abzuliefern.

(4) Italiener, die sich nicht als Angehörige des italienischen Wehrmachtgefolges ausweisen können, können wie andere italienische Zivilpersonen behandelt werden. Das gleiche gilt für solche Italiener des Wehrmachtgefolges, die nicht nachweisen können, daß sie sich erlaubterweise im Reichsgebiet oder an den Orten des Reiches, in denen sie betroffen werden, aufhalten.

(5) Im übrigen sind die italienischen Wehrmachtangehörigen einschließlich des Wehrmachtgefolges, die sich aus dienstlichem Anlaß im Zusammenhang mit der Kriegsführung auf deutschem Hoheitsgebiet aufhalten, bei strafbaren Handlungen ihrer eigenen Wehrmachtgerichtsbarkeit unterworfen.

An alle Polizeibehörden.

An die Sicherheitspolizei.

Befehlsblatt S. 280

Sofortige Durchführung einer gründlichen Schießausbildung.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 5. 9. 1943
— I B 4 (neu) Nr. 35/43 —.

(1) Die wachsenden Anforderungen des Einsatzes in den besetzten Gebieten und die Zunahme von Unfällen durch unsachgemäßes Umgehen mit Waffen zwingen dazu, sofort bei allen Dienststellen eine gründliche Ausbildung an den vorhandenen Waffen vorzunehmen. Für die Durchführung dieses Erl. sind die Dienststellenleiter persönlich verantwortlich.

(2) Es ist zunächst die gründliche Ausbildung jedes einzelnen Mannes bis zur absoluten Beherrschung der Waffen durchzuführen und anschließend durch in kurzen Abständen zu wiederholende Übungen die Schießfertigkeit der einzelnen auf der Höhe zu halten.

(3) Dem Schießen auf den Ständen hat eine gründliche theoretische Ausbildung vorauszugehen. Dabei ist weniger Wert darauf zu legen, gedächtnismäßig die einzelnen Teile der Waffe zu behalten als vielmehr das Funktionieren der Waffe, die Quellen des Versagens und die Möglichkeiten der Instandsetzung kennenzulernen. Besonderer Wert ist auf ein drillmäßiges Erfassen aller Sicherungsvorschriften beim Gebrauch der Waffen zu legen.

(4) Beim Schießen auf den Ständen sind zunächst Einzelschußübungen durchzuführen, um Zielen, Beherrschung der Waffe und Abkommen zu üben. Als dann sind Übungen einsatzmäßigen Charakters durchzuführen (Schnellschußübung, Schnelladeübung u. ähnl.). Alle Dienststellen haben die Ausbildung an der Dienstpistole sofort zu betreiben. Die Ausbildung an den übrigen Waffen ist entsprechend der Ausrüstung ebenfalls sofort vorzunehmen. Es ist nicht angängig, daß Waffen geführt werden, deren sichere Bedienung nicht gewährleistet ist.

(5) Ohne Rücksicht auf den Dienstgrad sind entsprechend ausgebildete Hf -Führer, Beamte oder Angestellte der Dienststellen für diese Ausbildung einzusetzen.

(6) Es bleibt den Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD überlassen, sich örtlich unter Führung der jeweils geeignetsten Dienststelle zum Abhalten des Schießens zusammenzuschließen.

(7) Soweit die personellen Möglichkeiten es zulassen, ist mit der Schießausbildung eine ausreichende Wehrausbildung zu verbinden, die ein kriegsmäßig richtiges Verhalten im Gelände zum Ziele hat. Für den Ausbau dieser Wehrausbildung folgen demnächst weitere Weisungen. Die Amtschefs, Befehlshaber und Inspektoren überwachen die gründliche und sofortige Inangriffnahme dieser Ausbildung.

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 281.

Neuordnung des Gerichts- und Disziplinarwesens von Sich.Pol. u. SD und Einsetzung eines Untersuchungsführers des Chefs der Sich.Pol. u. des SD.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 5. 9. 1943
— I Org. Nr. 471/43-151 —.

(1) Im Einvernehmen mit dem Chef des Hauptamtes Hf -Gericht wird eine Neuordnung des Gerichts- und Disziplinarwesens der Sich.Pol. u. des SD durchgeführt.

(2) Im Zuge dieser Neuordnung wird die Gruppe I D — Strafsachen — des RSHA. aufgelöst und ein Untersuchungsführer des Chefs der Sich.Pol. u. des SD eingesetzt. Die Aufgaben der bisherigen Gruppe I D gehen mit sofortiger Wirkung auf den Untersuchungsführer über, der mir mit seiner Dienststelle persönlich und unmittelbar unterstellt ist.

(3) Die Dienststelle des Untersuchungsführers gliedert sich in zwei Referate:

a) Hf - und Polizeigerichtsbarkeit, mit Zuständigkeit für die Bearbeitung von Strafverfahren nach der Verordnung über die Einführung der Hf - und Polizeisondergerichtsbarkeit (Referat I).

b) Hf -Disziplinarstrafsachen und Dienstvergehen nach der Reichsdienststrafordnung (Referat II).

(4) Der Briefkopf des Untersuchungsführers und seiner Dienststelle lautet:

„Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD
Der Untersuchungsführer

U. F. — I (bzw. II) — B. Nr.“

(5) Zum Untersuchungsführer des Chefs der Sich.Pol. u. des SD habe ich den Hf -Hauptsturmführer und Hf -Richter Dr. Dillersberger bestellt.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 281.

Überführung der Angestellten des Gefängnisaufsichtsdienstes der Pol. in die Angestelltenversicherung.

RdErl. des RSHA. vom 6. 9. 1943
— II C 1 Nr. 3647/43-291-9 —.

(1) Die Angestellten des Gefängnisaufsichtsdienstes der Pol. können nach der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 10. 8. 1943 — II AV. 3001/43 — 548 — frühestens mit Wirkung vom 1. 4. 1943 in der Angestelltenversicherung versichert werden.

(2) Ich ersuche, die Ummeldung von der Invalidenversicherung in die Angestelltenversicherung, falls noch nicht geschehen, nunmehr umgehend vorzunehmen.

(3) Diese Regelung erfaßt auch die durch Erl. vom 3. 5. 1943 — IA 2 b Nr. 35 656/43 — zugeteilten Kräfte.

(4) Das in den Polizeigefängnissen und den Arbeitserziehungslagern tätige und aus der TO. A besoldete Aufsichtspersonal ist einheitlich als „Angestellte im Gefängnisaufsichtsdienst der Polizei“ zu bezeichnen. Die Bezeichnung „Wachmann“ hat zu unterbleiben.

Zusatz für Stapo Oppeln: Im Nachgang zum Erl. vom 5. 4. 1943 — II C 1 Nr. 3406/43-291-9 —.

An die Sicherheitspolizei.

Befehlsblatt S. 281.

Benennung der Formation der Sich.Pol. u. des SD in Kroatien.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 9. 9. 1943
— I A 1 d — Nr. 238/43-352-7 a —.

Die Einsatzgruppe der Sich.Pol. u. des SD in Kroatien führt die Bezeichnung

„Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD Kroatien.“

Chef der Einsatzgruppe: Hf -Ostuf. Herrmann.

Zur Einsatzgruppe der Sich.Pol. u. des SD Kroatien gehören folgende Kommandos:

Einsatzkommando Polizei- Kommandoführer
gebiet

1 (Vinkovci)	1	Hf -Stubaf. Deumling
2 (Sarajewo)	2	Hf -Ostuf. Dr. Fest
3 (Banja Luka)	3	Hf -Stubaf. Wolter
4 (Knin)	4	Hf -Stubaf. Freitag
5 (Agram)	5	Hf -Stubaf. Korndörfer

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 281.

V. 18.9.43

Postverkehr mit den Dienststellen der Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD Marburg/Drau und Veldes sowie der E.-Gr. E — Agram —.

RdErl. des RSHA. vom 10. 9. 1943

— I Org. Nr. 81VI/42-151 —

(1) Die für die Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD in Marburg/Drau und Veldes bestimmten Postsachen sind ab sofort nicht mehr über die Stapostellen Graz und Klagenfurt, sondern durch die Deutsche Reichspost unmittelbar an die Dienststellen der Kommandeure in Marburg/Drau und Veldes zu versenden.

(2) Die für die E.-Gr. E — Agram — bestimmten Postsachen sind bis auf weiteres an den Kdr. Marburg/Drau zu senden. Für die Weiterleitung dieser Postsachen über die Außendienststelle Rann hat der Kdr. Marburg/Drau im Benehmen mit der E.-Gr. E Sorge zu tragen.

(3) Die Ziffern (2) Abschnitt I und II des RdErl. vom 25. 4. 1941 — II A 1 (neu) Nr. 341/41-151-Sdb —, betr. Einsatz der Sich.Pol. u. des SD in den wiedereroberten Gebieten Kärntens und der Untersteiermark (Befehlsbl. S. 74), und der RdErl. vom 22. 7.

1943 — II H B 3 a —, betr. Postversand an die E.-Gr. E — Agram — (nicht veröffentl.), werden hiermit aufgehoben.

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 282

Letzte Söhne bei den Kommandierten der Waffen-

RdErl. des RSHA. vom 15. 9. 1943

— I A 1 c Az. W-Gen —.

(1) Der Reichsführer-SS hat eine weitere Ergänzung über den Familienstand der „letzten Söhne“ angeordnet.

(2) Mit Bezug auf den RdErl. vom 6. 5. 1943 — I A 1 c Az. S. U./43 — (nicht veröffentl.) sind bis zum 1. 10. 1943 die Kommandierten der Waffen-SS (letzte Söhne) zu melden, die seit dem 1. 5. 1943 geheiratet haben bzw. denen inzwischen Kinder geboren wurden, Fehlsanzeige ist erforderlich.

(3) Veränderungen in dem Familienstand der letzten Söhne sind zum 1. 1., 1. 4., 1. 7. und 1. 10. jedes Jahres zu melden.

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 282

Verschiedenes

SS-Hauptamt.

In Abänderung der Veröffentlichung vom 23. 1. 1943 (Befehlsbl. S. 17) wird für das SS-Hauptamt folgende neue Anschrift mitgeteilt:

Der Reichsführer-SS

— SS-Hauptamt —

Berlin-Grünwald

Douglasstraße 7-11

Fernruf: 89 01 61 und 89 14 58.

(I Org. Nr. 2043-160-SS). — Befehlsblatt 1943 S. 282.

Verlust von Ausweisen.

Uniformausweis Nr. 90 541, ausgestellt für den Staffel-Unterscharführer a. K. Josef Daniel, geb. 2. 3. 1899 (I A 5 d Az. Ord. 1).

Uniformausweis Nr. 90 531, ausgestellt vom BdS Paris für den Staffel-Unterscharführer a. K. Walther Ottowitz, geb. 9. 4. 1902 (I A 5 d Az. Ord. 2).

Vorläufiger SS-Ausweis Nr. VHA 1756, ausgestellt für Helmut Köhler, geb. 16. 1. 1923 (I A 5 d Az. 27 793).

Vorläufiger SS-Ausweis Nr. VHA 1385, ausgestellt für den SS-Unterscharführer Bruno Steiner, geb. 13. 10. 1907 (I A 5 d Az. 14 882).

Die Ausweise werden für ungültig erklärt. Bei Auffindung wird um Übersendung an das RSHA — I A 5 — zu dem jeweils in () angegebenen Aktenzeichen gebeten.

Die im Befehlsblatt 1943 S. 228 als in Verlust geraten gemeldeten Dienstaussweise Nr. 12 150/43 und 26 030 sind in Feindeshand geraten.

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 282

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Pol.Insp. (A 4 c 1): SS-Obersturmführer Pol.Insp. Erich Müller.

Eingesetzt: SS-Standartenführer Panzinger als Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD für das Ostland mit dem Dienstsitz in Riga.

Inspektoren, Befehlshaber und Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Eingesetzt: SS-Oberführer u. Oberst der Pol. Dr. Achamer-Pifrader unter Entbindung von den Dienstgeschäften des BdS. in Riga als Inspekteur der Sich.Pol. u. des SD in Berlin u. gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Dienst-

geschäfte des Inspektors der Sich.Pol. u. des SD in Stettin beauftragt;

SS-Brigadeführer Naumann unter Entbindung von den Dienstgeschäften des Insp. der SPdSD. in Berlin als Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD in Den Haag;

SS-Oberführer und Oberst der Pol. Dr. Fuchs unter Entbindung von den Dienstgeschäften des Insp. der SPdSD. in Braunschweig als Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD in Kauen;

SS-Obersturmbannführer Rapp unter Entbindung von den Dienstgeschäften des Leiters des SD-I. A. München als Inspekteur der Sich.Pol. u. des SD für das Gebiet des Wehrkreises XI;

//-Brigadeführer Dr. Harster (BdS. Den Haag) und //-Standartenführer Jäger (Kdr. Kauen) sind von ihren bisherigen Dienstgeschäften entbunden und für einen Sonderauftrag vorgesehen.

Versetzt: //-Untersturmführer Krim.Komm. Befeld (Kdr. Bialystok) n. Chemnitz.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Pol.Insp.: //-Bewerber Pol.Sekr. Weidinger (Karlsruhe);

zum Krim.Komm.: die Krim.Komm. z. Pr. Heinrich Lorenz (Weimar) und Herbert Dietrich (Trier);

zum Hilfs-Krim.Komm.: Krim.Komm.Anw. Puttner (Graz).

Versetzt: die Krim.Komm. z. Pr. Friedrich Bauer (Graz) n. Zichenau u. Friedrich Schmidt (Zichenau) zum Kdr. Bialystok.

Eingesetzt: //-Sturmchef Hagenscheidt (Hohensalza) als Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD für den Generalbezirk Nikolajew; //-Sturmchef Illmer (Dortmund) als Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD in Radom; //-Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Batz (Hannover) als Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD in Krakau unter gleichzeitiger Beauftragung, den BdS. in Krakau in Behinderungsfällen zu vertreten.

Beauftragt: //-Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Dr. Spann mit der Leitung der Stapost. Saarbrücken, //-Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Rentsch mit der Leitung der Stapoleitst. Hannover, //-Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Dr. Großkopf mit der Leitung der Stapost. Graz, //-Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Liphardt mit der Leitung der Stapost. Dortmund;

//-Sturmchef Reg.Rat Breder mit der Leitung der Stapost. Frankfurt/M.

Kriminalpolizei(leit)stellen u. Krim.Abteilungen.

Ernannt zum Reg.- u. Krim.Rat: die //-Hauptsturmführer Krim.Räte Berchem (Berlin-KPLSt.) u. Hucko (Wien);

zum Krim.Komm.: //-Untersturmführer Krim.Komm. a. Pr. Erich Ernst (Duisburg).

Nachträglich ernannt zum Krim.Rat: //-Scharführer Krim.Komm. Möritz (vermißt seit 3. 2. 1943 bei Stalingrad) aus Bochum.

Versetzt: die //-Hauptsturmführer Reg.- u. Krim.Räte Berchem (Berlin-KPLSt.) zum RSHA.-V. u. Hucko (Wien) nach Berlin-KPLSt.;

Krim.Rat Meißner (Berlin, Führerschule) nach Klagenfurt.

Abgeordnet: Reg.- u. Krim.Rat Dr. Buresch (Wien) z. Preisüberwachungsstelle bei der Regierung in Breslau;

//-Obersturmführer Krim.Komm. Maier (Braunschweig) nach Bremen;

Kriminal-Inspektor Bachmann (Wien) z. BdS. Paris.

In den Ruhestand versetzt: die Ob.Reg.- u. Krim.Räte Friedrich Greiner (Nürnberg) u. von Criegern (Leipzig).

Berichtigung: in Befehlsblatt 1943 muß es unter Versetzung heißen: Krim.Komm. van Look (Krakau) nach Mannheim.

SD.

Ernannt: //-Obersturmbannführer Lambert von Malsen-Ponickau als Leiter der Einwandererzentralstelle Litzmannstadt.

Beauftragt: //-Obersturmführer Kurt Werner mit der Führung des Referates III D im SD-LA. Hamburg.

Versetzt: //-Hauptsturmführer Hans Moller zum SD-LA. Stettin.

Befehlsblatt 1943 S. 282.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (IOrg), Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 45

Berlin, den 25. September 1943

4. Jahrgang

Kriegsauszeichnungen

Das Eiserne Kreuz I. Klasse wurde verliehen:

Dem Kriminal-Oberassistenten Johann N u ß h a r d t, Kriminalpolizeileitstelle München, z. Zt. Feldpolizeisekretär.

Das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse mit Schwertern wurde verliehen:

Dem **SS**-Hauptsturmführer Kriminalrat Hans-Joachim H o c h g r ä b e, RSHA., z. Zt. Feldpolizeikommissar;

dem **SS**-Hauptsturmführer Kriminalkommissar Günther H a u s d i n g beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Belgrad;

dem **SS**-Hauptsturmführer Kriminalkommissar Otto S c h ö f f l e r, Kriminalpolizeistelle Recklinghausen, z. Zt. Feldpolizeikommissar;

dem **SS**-Hauptscharführer Kriminalsekretär Ludwig V o ß, Kriminalpolizeistelle Magdeburg, z. Zt. Feldpolizeisekretär.

Das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse ohne Schwerter wurde verliehen:

Dem **SS**-Untersturmführer Dr. Richard P r e u ß e, ehrenamtlicher Mitarbeiter beim SD-Abschnitt Frankfurt/Main.

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 30. 7. 43 Fürsorge; hier: Ideelle Betreuung der Familienangehörigen der gefallenen, verwundeten oder im ausw. Einsatz befindlichen Angeh. der Pol. einschl. Freiw. Feuerwehren u. Techn. Nothilfe in Form von kulturellen Veranstaltungen. S. 286. — RdErl. 8. 9. 43 Benutzung von Kraftfahrzeugen im Kriege. S. 286. — RdErl. 10. 9. 43 Beschaffung von weltanschaulichem, fachlichem u. unterhaltendem Schrifttum durch die Kassenanschlagstellen der Sich.Pol. u. die Dienststellen in den besetzten Gebieten im Rechnungsjahr 1943. S. 286. — RdErl. 10. 9. 43 Anerkennungen. S. 286. — RdErl. 11. 9. 43 Ausnahme vom Verbot ausländischer Druckschriften. S. 286. — RdErl. 11. 9. 43 Unterkunft für **SS**-Führer oder entsprechende Beamten dienstgrade auswärtiger Dienst-

stellen der Sich.Pol. u. des SD in Berlin. S. 287. — RdErl. 13. 9. 43 Anweisung für die Durchführung des Erl. des Führers über die Fürsorge u. Versorgung für die ehem. Angehörigen der Pol. u. des Sicherheitsdienstes des RF **SS** (SD) u. ihrer Hinterbliebenen vom 25. 6. 1943 (RGBl. I S. 373). S. 287. — RdErl. 16. 9. 43 Einsatzbuch für die Angeh. der Sich.Pol. u. des SD im ausw. Einsatz. S. 297. — RdErl. 16. 9. 43 Einreise nach Rumänien. S. 298. — RdErl. 16. 9. 43 Anerkennungen. S. 298. — RdErl. 18. 9. 43 Anerkennungen. S. 298.

Verschiedenes. Berichtigung des Dienststellenverzeichnisses der Sich.Pol. u. des SD. S. 298. — Berichtigung. S. 299.

Personalmitteilungen. S. 299.

Sicherheitspolizei und SD

Fürsorge; hier: Ideelle Betreuung der Familienangehörigen der gefallenen, verwundeten oder im auswärtigen Einsatz befindlichen Angehörigen der Pol. einschl. Freiw. Feuerwehren und Techn. Nothilfe in Form von kulturellen Veranstaltungen.

RdErl. des RFuChdDtPol. im RMdI. vom 30. 7. 1943 — O-Kdo II P I (1f) 131 II/43 u S-I A 6 Nr. 518/43 —

(1) Die NSDAP., Reichsleitung, Hauptamt für Volkswohlfahrt, hat sich bereit erklärt, die ideelle Betreuung der Familienangehörigen der gefallenen, verwundeten oder im auswärtigen Einsatz befindlichen Angehörigen der Pol. in Form von kulturellen Veranstaltungen ab sofort zu übernehmen.

(2) Die NSDAP., Reichsleitung, Hauptamt für Volkswohlfahrt, hat durch RdSchr. Nr. 102/43 v. 11. 6. 1943¹⁾ ihre nachgeordneten Dienststellen angewiesen, die Familienangehörigen der gefallenen, verwundeten oder im auswärtigen Einsatz befindlichen Angehörigen der Pol. in Wehrmachtbetreuung zu nehmen.

(3) Kommandeure und Dienststellenleiter, die kulturelle Veranstaltungen durchzuführen beabsichtigen, haben sich wegen Zurverfügungstellung der benötigten Mittel vorher mit der zuständigen Dienststelle der NSV. in Verbindung zu setzen.

(4) Die außerhalb des Reichsgebiets eingesetzten Einheiten erhalten durch Abdruck vorstehenden RdErl. in den „Besonderen Anordnungen für die Versorgung“ bzw. im „Befehlsblatt der Sicherheitspolizei und des SD“ Kenntnis.

An alle Pol.-Behörden.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 286.

Benutzung von Kraftfahrzeugen im Kriege.

RdErl. des RSHA. vom 8. 9. 1943

— II D 3 a (3) Nr. 1274/42 —

(1) In Erweiterung der den Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD mit RdErl. vom 16. 4. 1943 — II D 3 a (3) Nr. 1274/42 — (nicht veröffentl.) übersandten Bestimmungen über die Benutzung von Kraftfahrzeugen im Kriege wird die Beförderung von weiblichen Personen mit Kfz. der Sich.Pol. u. des SD verboten.

(2) Ausgenommen von dem Verbot sind:

- a) Weibliche Beamte und Angestellte der Sich.Pol. u. des SD, die bei dienstlichen Handlungen als Exekutivorgane oder als Hilfskräfte (z. B. Kraftfahrerinnen, Dolmetscherinnen, Kanzleiangestellte usw.) tätig werden.
- b) Weibliche V-Personen.
- c) Ehefrauen der Dienststellenleiter bei Repräsentationsfahrten. (Hierbei ist ein strenger Maßstab anzulegen.)
- d) Weibliche Personen, deren Beförderung im Zuge sicherheitspolizeilicher Maßnahmen notwendig ist (Häftlinge, Gefangene usw.).

(3) Sofern die Mitnahme weiblicher Personen unter den Voraussetzungen des Abs. (2) dienstlich erforderlich ist, sind auf den Fahrbefehlen in der Spalte „Personenzahl“ neben der Zahl der zu befördernden Personen die Namen und gegebenenfalls die Dienststellung der mitfahrenden weiblichen Personen anzugeben.

(4) Bei Verstößen ist gem. Ziffer 6/9 und 3/4 der RdErl. des RFuChdDtPol. im RMdI. vom 15. 11. 1942 -O-Kdo. I 0 (2) 3 Nr. 98/42 I u. II, den Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD mit dem in Abs. (1) dieses Erlasses angezogenen RdErl. zugegangen, zu verfahren.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 286.

Beschaffung von weltanschaulichem, fachlichem und unterhaltendem Schrifttum durch die Kassenanschlagstellen der Sich.Pol. u. die Dienststellen in den besetzten Gebieten im Rechnungsjahr 1943.

RdErl. des RSHA. vom 10. 9. 1943

— I B 3 Nr. 6595/43-522/5-1 —

(1) Die Kassenanschlagstellen der Sich.Pol. u. die Dienststellen in den besetzten Gebieten (Kap. 14 a) werden ermächtigt, für die Beschaffung von unterhaltendem, fachlichem und weltanschaulichem Schrifttum im Rechnungsjahr 1943 ohne besondere Bereitstellung von Mitteln

- a) bei Tit. 34 Ut. 4 bis zum Betrage von 0,50 RM für jeden Angehörigen der Dienststelle (Sollstärke), mindestens aber 50,— RM für die gesamte Dienststelle,
- b) bei Tit. 34 Ut. 10 bis zum Betrage von 1,— RM für jeden Angehörigen der Dienststelle (Sollstärke), mindestens aber 100,— RM für die gesamte Dienststelle,
- c) bei Tit. 34 Ut. 16 bis zum Betrage von 1,— RM für jeden Angehörigen der Dienststelle (Sollstärke), mindestens aber 100,— RM für die gesamte Dienststelle

zu verausgaben.

(2) Für die Dienststellen der Staatl. Krim.Pol. (Kap. 14) gilt für die Beschaffung von Fachschrifttum aus Tit. 34 Ut. 10 das vorstehend unter 1 b Gesagte sinngemäß.

(3) Die Bücherankäufe selbst haben auch weiterhin nach den als Anlage zum RdErl. vom 28. 1. 1942 (Befehlsbl. S. 47 [erscheint demnächst als Neudruck]) veröffentlichten Schrifttumslisten für die Büchereien der Sich.Pol. u. des SD zu erfolgen. Die hierzu ergangenen Nachträge sind zu berücksichtigen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 286.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 10. 9. 1943

— I A 1 b Nr. 154/43 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-SS dem

SS-Hauptsturmführer Kriminalkommissar Franz Rudischer von der Staatspolizeileitstelle Wien

durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für umsichtiges und tatkräftiges Handeln bei einer Fahndungsaktion nach Gewaltverbrechern im Bereich der Staatspolizeileitstelle Wien ausgesprochen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 286.

Ausnahme vom Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RFuChdDtPol. im RMdI. vom 11. 9. 1943

— S-IV C 3-8544/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wird ab sofort die französische Zeitschrift

„Réveil du Peuple“

vom allgemeinen Verbot französischer Druckschriftenerzeugnisse ausgenommen.

Eine Kontrolle dieser Druckschrift ist nicht mehr erforderlich.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 286.

Unterkunft für **W**-Führer oder entsprechende Beamten-
dienstgrade auswärtiger Dienststellen der Sich.Pol.
u. des SD in Berlin.

RdErl. des RSHA. vom 11. 9. 1943

— II C 4 (6/1 a) Nr. 7010/43 —

Das **W**-Führerheim in Berlin-Schöneberg, Badensche Str. 4, das durchreisenden **W**-Führern bzw. entsprechenden Beamten dienstgraden Unterkunft bot, ist beim britischen Terrorangriff in der Nacht vom 23. zum 24. 8. 1943 völlig zerstört worden. Eine Instandsetzung ist nicht möglich.

Auf den im Befehlsbl. 1943 S. 56 veröffentl. RdErl. vom 6. 2. 1943 wird Bezug genommen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 287.

Anweisung für die Durchführung des Erl. des Führers über die Fürsorge und Versorgung für die ehem. Angehörigen der Polizei und des Sicherheitsdienstes des **RF** (SD) und ihrer Hinterbliebenen vom 25. 6. 1943 (RGBl. I S. 373).

RdErl. des **RF** **u**ChdDtPol. im RMdI. vom 13. 9. 1943

— S II C 2¹ Nr. 352/42-280 —

(1) Nachstehend werden die Ausführungsbestimmungen vom 29. 7. 1943 (Anl. 1) zu dem Erl. des Führers über die Fürsorge und Versorgung für die ehemaligen Angehörigen der Pol. und des Sicherheitsdienstes des **RF** (SD) und ihrer Hinterbliebenen (im nachstehenden „Führererlaß“ genannt) vom 25. 6. 1943 (RGBl. I S. 373) nebst dem Anschriftenverzeichnis der Fürsorge- und Versorgungsdienststellen der Waffen-**W** (Anl. 2) bekanntgegeben.

(2) Für die Vorbereitung der Versorgungsanträge nach dem WFGV. und EWFVG. gilt folgendes:

- a) Für die Beamten ist bis auf weiteres nach dem Erl. vom 4. 3. 1943 — S II C 2 Nr. 747/42 — (Befehlsbl. S. 71) zu verfahren. Jedoch tritt an Stelle des bisher zuständigen Versorgungsamtes der Reichsversorgung das zuständige Fürsorge- und Versorgungsamt der Waffen-**W** (s. Anl. 2).
- b) Beschädigten nichtbeamteter Gefolgschaftsmitglieder, die unter den § 1 des Führererlasses vom 25. 6. 1943 fallen, sind künftig nur noch dem zuständigen Fürsorge-**W**-Führer zu melden. (Näheres s. Ziff. 4). Sind bei Körperschäden von Notdienstpflichtigen nicht die Voraussetzungen des § 1 des Führererlasses gegeben, so liegt eine Notdienstbeschädigung vor, für die wie bisher auf Antrag Fürsorge und Versorgung auf Grund der Personenschadenverordnung durch die örtlich zuständigen Versorgungsämter der Reichsversorgung gewährt wird. Für die unter den Führererlaß als auch unter die Personenschadenverordnung fallenden nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder hat die im Abschn. XXV Ziff. 7 der VaE. vorgesehene Meldung an die Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung zu unterbleiben. Nach § 451 Nr. 9 der RVO. (vgl. die 3. VO. zur Durchführung und Ergänzung des 6. Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung vom 16. 4. 1943 — RGBl. I S. 267 —) sind die im § 537 RVO. aufgeführten Personen hinsichtlich der Unfälle, wegen deren ihnen Fürsorge und Versorgung nach den Wehrmachtsversorgungsgesetzen zusteht, versicherungsfrei und haben somit auch keinen Anspruch auf Unfallrente nach der Reichsversicherungsordnung. Die Vorschriften über die Gewährung einer Rente auf Grund der Angestellten- oder Invalidenversicherung bleiben hierdurch unberührt, d. h. diese Rente

wird auch neben der Versorgung nach den Wehrmachtsbestimmungen gewährt.

- c) Für die SD-Angehörigen gilt Abs. b) sinngemäß. Die Vorschriften der Eigenunfallversicherung finden keine Anwendung, weil die Versorgung nach den Wehrmachtsbestimmungen erfolgt. Die Versorgung durch die Partei wird durch den Führererlaß nicht berührt.
 - d) In der Versorgung der Reservisten der Waffen-**W** tritt durch den Führererlaß eine Änderung nicht ein, da diese auch schon bisher durch die Fürsorge- und Versorgungsämter der Waffen-**W** nach den Wehrmachtsbestimmungen versorgt wurden (vgl. Anhang 11 Ziff. 11 der VaE.).
 - e) Die nach Abschn. XVII B der VaE. eingestellten Hilfspolizeibeamten erhalten künftig nur die Versorgung nach dem Führererlaß von dem zuständigen Fürsorge- und Versorgungsamt der Waffen-**W**. In den Fällen, in denen Zahlungen von den Dienststellen der Sich.Pol. bereits geleistet werden, ist nach Ziff. IV der Ausführungsbestimmungen zum Führererlaß zu verfahren. Dagegen bleibt für die im Sudetenland, in Lothringen, im Elsaß, im Gebiet der ehem. Republik Polen und in Luxemburg sowie in Oberkrain bei der Rückgliederung bzw. Besetzung dieser Gebiete aus dort einheimischen volksdeutschen Männern eingestellten Hilfspolizeibeamten, die nach Abschn. XVI Ziff. 23 e der VaE. vorgesehene Hilfspolizeibeamten-Versorgung bestehen. Daneben haben diese Männer und ihre Hinterbliebenen beim Vorliegen der Voraussetzungen den Anspruch auf Beschädigtenfürsorge und -versorgung nach Maßgabe des Führererlasses.
 - f) Für die Angehörigen der Schutzmannschaft sind bis zur anderweitigen Regelung die bisherigen Versorgungsbestimmungen anzuwenden.
- (3) Die Feststellung einer Beschädigung gem. § 1 des Führererlasses ist für die Angehörigen der Pol. und des SD von besonderer Bedeutung. Sie ist die Grundlage für den Anspruch auf Fürsorge und Versorgung nach den Wehrmachtsversorgungsbestimmungen. (Hinsichtlich des Begriffs „Wehrdienstbeschädigung“ s. Anl. 3.) Zur Feststellung einer Beschädigung im Sinne des § 1 des Führererlasses ist eine Wehrdienstbeschädigungsliste (Anl. 4) aufzustellen. Falls die Anlegung einer solchen unmöglich ist, z. B. in Kampfverbänden an der Front, genügt ein Tatbestandsbericht mit einer ärztlichen Stellungnahme.
- (4) Um spätere Versorgungsansprüche geltend machen zu können, ist die Aufstellung einer Wehrdienstbeschädigungsliste bzw. die Fertigung eines Tatbestandsberichtes mit der ärztlichen Stellungnahme auch in solchen Fällen erforderlich, in denen vorerst eine Versorgung nicht in Frage kommt. In diesen Fällen ist die Wehrdienstbeschädigungsliste bzw. der Tatbestandsbericht der Heimatdienststelle zwecks Beifügung zu den Pers.-Akten zu übersenden.
- (5) Beim Vorliegen der Voraussetzungen des § 27 a EWFVG. (vgl. Anl. 5) ist neben der Wehrdienstbeschädigungsliste bzw. dem Tatbestandsbericht die Aufstellung einer Dienstunfallnachweisung gem. § 123 Abs. 3 DBG. nicht erforderlich. In diesen Fällen gilt die anerkannte Wehrdienstbeschädigung auch gleichzeitig als Dienstunfall (vgl. Abs. 3 des Erl. vom 5. 5. 1943 — S. I A 1 Nr. 133/43 — [Befehlsbl. S. 152]).
- (6) Bei geringfügigen Verletzungen, die offensichtlich keine erheblichen nachteiligen Folgen für die Dienstfähigkeit des Verletzten erwarten lassen, kann von der Aufstellung einer Wehrdienstbeschädigungsliste abgesehen werden. In diesen Fällen ge-

nügt ein kurzer Tatbestandsbericht, der zu den Pers.-Akten des Beamten zu nehmen ist. In allen Fällen muß die Beweiserhebung so einfach wie möglich erfolgen. Alles Schreibwerk, das lediglich der formellen Ergänzung der Unterlagen dienen würde, hat zu unterbleiben. Inwieweit der Sachverhalt zu klären ist, bestimmen die Verhältnisse im Einzelfall.

(7) Anträge auf Anerkennung einer Wehrdienstbeschädigung sind von dem Verletzten über die Beschäftigungsstelle an die Heimatdienststelle zu richten, die für eine Weiterleitung an den zuständigen Fürsorge-//Führer zu sorgen hat. Ist der Verletzte dazu nicht in der Lage, so hat der Dienststellenleiter der Beschäftigungsstelle den Antrag zu stellen. Für SD-Angehörige ist der Antrag an das RSHA. — Ref. II C 10 — zu stellen, welches dann die Weiterbearbeitung durch die zuständige Heimatdienststelle veranlaßt.

(8) Die Wehrdienstbeschädigungslisten sind in dreifacher Ausfertigung — für SD-Angehörige in vierfacher Ausfertigung — einzureichen. Dem Antrag auf Versorgung sind folgende Unterlagen beizufügen:

- a) Stammkartenabschrift (Pers.-Bogen),
- b) Dienstzeitbescheinigung,
- c) Gebührnisbescheinigung,
- d) Krankenpapiere bzw. Todesermittlung. Sofern die Krankenpapiere nicht vorliegen, werden diese durch den Fürsorge-//Führer vom Lazarett usw. angefordert.

Die Personal-Akten sind nicht beizufügen.

(9) Die Dienststellen haben ihre seit Kriegsbeginn eingetretenen Versorgungsfälle daraufhin zu überprüfen, ob Anträge auf Versorgung nach der Personenschädenverordnung abgelehnt wurden. Ggf. ist ein neuer Antrag unter Beifügung der Vorgänge an den zuständigen Fürsorge-//Führer zu stellen.

(10) Bei den Beamten und nichtbeamteten Gesellschaftsmitgliedern, die nicht unter § 1 des Führererlasses fallen, verbleibt es bei der bisherigen Regelung.

(11) Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß Beschädigungen aus Anlaß von Fliegerangriffen bei Personen, die nicht unter den § 1 des Führererlasses fallen, als Personenschäden gelten. § 27 a EWFVG. gleichzeitig als Dienstunfall gelten. Die zusätzliche Versorgung erfolgt in diesen Fällen durch das zuständige Versorgungsamt der Reichsversorgung auf Grund der Personenschädenverordnung.

(12) Durch die vorstehenden Bestimmungen ist der Erl. vom 30. 9. 1941 — II C 2 Nr. 525/41 — (Befehlsbl. S. 191) überholt.

(13) Dieser Erl. ist der VaE. als Anhang 46 beizufügen.

(14) Wehrdienstbeschädigungslisten können beim RSHA. (Materialverwaltung) angefordert werden.
An Sich. Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 287.

Anlage 1:

Ausführungsbestimmungen

zum Erl. des Führers über die Fürsorge und Versorgung für die ehemaligen Angehörigen der Polizei und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-// (SD) und ihre Hinterbliebenen.

Vom 29. Juli 1943.

Im Einvernehmen mit dem Oberkommando der Wehrmacht wird zum Erl. des Führers über die Fürsorge und Versorgung für die ehemaligen Angehörigen der Polizei und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-// (SD) und ihre Hinterbliebenen vom 25. Juni 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 373) folgendes bestimmt.

I. (1) Für die Durchführung der Fürsorge und Versorgung der ehemaligen Angehörigen der Pol. und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-// (SD) und ihre Hinterbliebenen nach dem Erl. des Führers vom 25. 6. 1943 sind nach § 1 des genannten Erl. die Fürsorge- und Versorgungsdienststellen der Waffen-// zuständig.

(2) Die örtliche Zuständigkeit dieser Dienststellen ergibt sich aus nachstehendem Verzeichnis.

(3) Neuankträge auf Fürsorge und Versorgung nach dem Wehrmachtfürsorge- und -versorgungsgesetz (WVVG.) und Einsatzfürsorge- und -versorgungsgesetz (EWVVG.) sind bei den örtlich zuständigen Fürsorge-//Führern der Waffen-// zu stellen.

II. Alle zum Wehrmachtfürsorge- und -versorgungsgesetz und Einsatzfürsorge- und -versorgungsgesetz ergangenen und noch ergehenden Durchführungsbestimmungen und ergänzenden Vorschriften sind anzuwenden.

III. Zum Personenkreis dieses Erl. gehören beim Vorliegen der in § 1 Abs. 1 genannten Voraussetzungen die Angehörigen der Pol. und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-// (SD), insbesondere

1. Truppenverbände der Pol. mit ihren Stäben und Dienststellen

a) Befehlshaber und Kommandeure der Ordn. Pol. mit ihren Dienststellen,

b) //Pol.-Regimenter (früher Pol.-Regimenter), Pol.-Bataillone,

c) Wasserschutzpolizei,

d) Geschlossene Einheiten der Feuerschutzpolizei und der Feuerwehr und der Technischen Nothilfe (Feld Einsatzführer, Einsatzgruppen, Abteilungen, Einsatzkommandos, Sonderkommandos),

e) Geschlossene Einsatzgruppen und Einsatzkommandos der Sich. Pol., Befehlshaber und Kommandeure der Sich. Pol. mit ihren Dienststellen.

2. Kommandos, Dienststellen und Einzelpersonen der Pol. (Pol.-, Vollzugs- und Verwaltungsbeamte der Ordn. Pol., Schutzpolizei und Gendarmerie, der Sich. Pol., Krim. Pol. u. der Geh. Staatspol.).

3. Kommandos, Dienststellen und Einzelpersonen des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-// (SD).

4. Das ständige Hilfspersonal der unter 1 bis 3 aufgeführten Einheiten und Dienststellen, soweit es sich nicht um landeseigene Hilfskräfte aus den besetzten Ostgebieten handelt.

IV. Die Versorgungsämter der Reichsversorgung überweisen sämtliche Akten und Vorgänge über die Versorgung des unter Ziff. III bezeichneten Personenkreises bis zum 1. 10. 1943 an die Fürsorge- und Versorgungsdienststellen der Waffen-// (Ziff. I). Die laufenden Versorgungsgeldbühnisse (auch Abschlags- oder Vorschusszahlungen) sind von den Versorgungsämtern der Reichsversorgung bis Ende Dezember 1943 unverändert weiterzuzahlen, wenn nicht die Fürsorge- und Versorgungsdienststellen der Waffen-// die Einstellung der Zahlung zu einem früheren Zeitpunkt anordnen.

Die von den Versorgungsdienststellen der Reichsversorgung gezahlten Beträge werden nicht erstattet.

Der Reichsminister des Innern.

In Vertretung:

Gen.: H. Himmler.

Feldkommandostelle, den 29. Juli 1943.

Anlage 2:Anschriftenverzeichnis über die Dienststellen des
HFVA-~~SS~~. Stand: 1. 9. 1943.

Hauptfürsorge- und -versorgungsamt-~~SS~~, Berlin W 15,
Kurfürstendamm 217. 91 86 91.

FVAW-~~SS~~ Berlin, Berlin-Charlottenburg 4, Niebuhr-
straße 59/60. 31 00 22.

F-~~SS~~-F. „Spree“ (III), Berlin-Wilmersdorf, Hildegard-
straße 5. 86 70 31.

F-~~SS~~-F. „Spree“ (III), Nebenstelle Cottbus, Cottbus,
Petersilienstraße 33. 40 30.

F-~~SS~~-F. „Spree“ (III), Nebenstelle Frankfurt/Oder,
Frankfurt/Oder, Halbe Stadt 3. 46 68.

F-~~SS~~-F. „Spree“ (III), Nebenstelle Neuruppin, Neu-
ruppin, Bahnhofstr. 17. 20 27.

F-~~SS~~-F. „Mitte“ (XI), Braunschweig, Steinweg 4/I.
65 03.

F-~~SS~~-F. „Mitte“ (XI), Nebenstelle Hannover, Hannover,
Horst-Wessel-Platz 2. 51 012.

F-~~SS~~-F. „Mitte“ (XI), Nebenstelle Magdeburg, Magde-
burg, Breiter Weg 54. 22 153.

F-~~SS~~-F. „Elbe“ (IV), Dresden, A 24, Reichsstr. 7/I.
48 722.

F-~~SS~~-F. „Elbe“ (IV), Nebenstelle Leipzig, Leipzig S 3,
Fockestr. 20/I. 35 432.

F-~~SS~~-F. „Ostsee“ (II), Stettin, Grabower Str. 33. 24 681.

F-~~SS~~-F. „Ostsee“ (II), Nebenstelle Schwerin, Schwerin/
Arsenal, Horst-Wessel-Str. 1. 32 83.

F-~~SS~~-F. „Ostsee“, Nebenstelle Neustettin, Neustettin,
Bahnhofstr. 43. 700.

F-~~SS~~-F. Böhmen-Mähren, Prag V, Nürnberger Str. 16.
62 515.

F-~~SS~~-F. Böhmen und Mähren, Nebenstelle Brünn,
Reinhard-Heydrich-Str. 48. 10 603.

FVAW-~~SS~~ München, München 27, Möhlstr. 12 a. 42 500
und 45 271.

F-~~SS~~-F. „Südwest“ (V), Stuttgart, Königstr. 9. 92 534.

F-~~SS~~-F. „Südwest“ (V), Nebenstelle Straßburg, Straß-
burg, Pioniergasse 20. 20 749.

F-~~SS~~-F. „Süd“ (VII), München 13, Franz-Josef-Str. 21.
36 21 85.

F-~~SS~~-F. „Donau“ (XVII), Wien, I., Kärntner Str. 9/III.
R 20 091.

F-~~SS~~-F. „Alpenland“ (XVIII), Salzburg, Kapitelplatz 2.
48 75.

F-~~SS~~-F. „Alpenland“ (XVIII), Nebenstelle Graz, Graz,
Leechgasse 34. 12 32.

Fürsorge- u. Versorgungskommando d. Waffen-~~SS~~
Nürnberg, Nürnberg, Ernst-v.-Rath-Allee 60. 41 692.

F-~~SS~~-F. „Main“ (XIII), Nürnberg, Lorenzerstr. 31.
22 044.

F-~~SS~~-F. „Main“ (XIII), Nebenstelle Karlsbad, Karls-
bad, Eduard-Knoll-Str. 9. 31 58.

FVAW-~~SS~~ Düsseldorf, Düsseldorf, 10, Tersteegen-
straße 82—84. 3 61 76.

F-~~SS~~-F. „West“ (VI), Düsseldorf, Polizeipräsidium.
1 49 63.

F-~~SS~~-F. „Fulda-Werra“ (IX), Kassel, Landgrafen-
str. 2. 3 42 80.

F-~~SS~~-F. „Fulda-Werra“ (IX), Jena-Thürn., Oberer
Philosophenweg 5. 50 03.

Nebenstelle Frankfurt/Main, Frankfurt/Main, Feuer-
bachstr. 14. 791 02.

F-~~SS~~-F. „Nordsee“ (X), Hamburg, Harvestehuder
Weg 8 a. 44 26 52.

F-~~SS~~-F. „Nordsee“ (X), Nebenstelle Kiel, Kiel, Nie-
mannsweg 81 b. 1 33 61.

F-~~SS~~-F. „Nordsee“ (X), Nebenstelle Bremen, Bremen-
Horn, Schwachhauser-Heer-Str. 240.

F-~~SS~~-F. „Rhein“ (XII), Wiesbaden, Bahnhofstr. 1/I.
2 17 95.

F-~~SS~~-F. „Rhein“ (XII), Nebenstelle Saarbrücken, Saar-
brücken 3, Königin-Luise-Str. 16. 2 56 58.

FVAW-~~SS~~ Posen, Posen, Litzmannallee 30. 77 18 u.
72 52-53.

F-~~SS~~-F. „Nordost“ (I), Königsberg, Hindenburgstr. 11.
24 126.

F-~~SS~~-F. „Südost“ (VIII), Breslau 16, Hohenzollern-
straße 58. 85 514.

F-~~SS~~-F. „Warthe“ (XXI), Posen, Schlageterstr. 19/I.
29 15-16.

F-~~SS~~-F. „Weichsel“ (XX), Danzig, Rennerstiftgasse 9.
26 678.

F-~~SS~~-F. Generalgouvernement, Krakau 1, Gedkoplatz 2.
178 34-35.

FVAW-~~SS~~ Ausland, Berlin W 50, Geisbergstr. 21.
24 00 12.

Beauftragter d. FVAW-~~SS~~ Ausland für den Norden,
Kopenhagen (Dänemark), Frydendalsvej 23.

Beauftragter d. FVAW-~~SS~~ Ausland für den Westen,
Paris, Avenue Henri Martin 115.

Beauftragter d. FVAW-~~SS~~ Ausland für den Südosten,
Budapest, Szent imre Herceg utca 109.

Beauftragter d. FVAW-~~SS~~ Ausland für den Nordosten,
Riga-Kaiserwald, Hamburger Str. 27/29.

F-~~SS~~-F. Dänemark, Kopenhagen, Frydendalsvej 23.

FO. d. W.-~~SS~~ Finnland, Helsinki, Leonratinkatu 33/B/21.

FO. d. W.-~~SS~~ Flandern und Wallonien, Antwerpen,
Belgie-Lei 34.

FO. d. W.-~~SS~~ Flandern und Wallonien, Nebenstelle
Frankreich, Douaie (Frankreich), Boulevard Paul
Hayez 15.

FO. d. W.-~~SS~~ Frankreich, Paris, Avenue Victor
Hugo 156.

FO. d. W.-~~SS~~ Kroatien, Agram, Savska Cesta 77.

FO. d. W.-~~SS~~ Niederlande, Herzogenbusch, Sonnius-
straat 3.

FO. d. W.-~~SS~~ Norwegen, Oslo (Norwegen), Stortings-
gate 30/VII.

FO. d. W.-~~SS~~ Ostland, Riga-Kaiserwald, Hamburger
Straße 27/29.

FO. d. W.-~~SS~~ Estland, Reval (Estland), Freiheitsprome-
nade 1.

FO. d. W.-~~SS~~ Rumänien, Kronstadt, Str. Regele Carol 62,
Hotel Krone.

FO. d. W.-~~SS~~ Serbien, Groß-Betschkerek, Dr.-Josef-
Goebbels-Str. 2.

FO. d. W.-~~SS~~ Slowakei, Preßburg, Tolstoigasse 3.

FO. d. W.-~~SS~~ Ungarn, Budapest XI, Szent imre herceg
utca 109.

FO. d. W.-~~SS~~ Rußland-Süd, Kiew.

Auskunftsstelle f. d. Kriegerverluste d. W.-~~SS~~, Berlin-
Siemensstadt, Siemensdamm 82/84. 30 05 31.

Gräber-~~SS~~ F. „West“, Paris, Avenue Henri Martin 115.

Gräber-~~SS~~ F. „Ost“ I, Krakau I, Gedkoplatz 2.

Gräber-~~SS~~ F. „Ost“ II, Riga, Hamburger Str. 26.

Gräber-~~SS~~ F. „Ost“ III, Dnjepropetrowsk, b. ~~SS~~- und
Polizeiführer.

Gräber-~~SS~~ F. „Ost“ IV, Lemberg, Bormelska, ~~SS~~- u.
Pol. Wohnbezirk.

Gräber-~~SS~~ F. „Ost“ V, Malaja, Patschkowka, südl.
Petschur.

Gräber-~~SS~~ F. „Ost“ VI, Smolensk.

Gräber-~~SS~~ F. „Ost“ VII, Dnjepropetrowsk, b. ~~SS~~- u.
Polizeiführer.

Berufsschule d. W.-~~SS~~ Schleißheim, Schleißheim b.
München, Dienststelle 39 91 83. Kdr. 39 91 84.

Berufsschule d. W.-~~SS~~ Mittweida/Sa., Mittweida/Sa.,
Chemnitz Str. 28/30.

~~SS~~-Entlassungsstelle Mittweida/Sa., Mittweida/Sa.,
Chemnitz Str. 28/30.

Anlage 3.Auszug

aus dem Fürsorge- und Versorgungsgesetz für die ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und ihre Hinterbliebenen.

Wehrdienstbeschädigung.

§ 4

(1) Wehrdienstbeschädigung liegt vor, wenn ein Körperschaden infolge des Wehrdienstes eingetreten ist. Als Wehrdienstbeschädigung gilt es auch, wenn ein Soldat außer Dienst

- a) zur Vergeltung für ein dienstliches Vorgehen angegriffen wird,
 - b) unter Gefahr für Leben, Körper oder Gesundheit jemanden aus gegenwärtiger Lebensgefahr rettet oder zu retten unternimmt oder bei sonstigen Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not Hilfe leistet,
 - c) von einem Amtsträger des Staates zur Unterstützung bei einer Diensthandlung zugezogen wird,
 - d) sich bei der Verfolgung oder Festnahme einer Person, die einer strafbaren Handlung verdächtig ist, oder zum Schutze eines widerrechtlich Angegriffenen persönlich einsetzt,
 - e) von einer Person nichtdeutscher Volkszugehörigkeit aus Gründen, die nicht in seiner Person liegen, angegriffen wird
- und dabei einen Körperschaden erleidet.

(2) Ist ein Körperschaden, der als Wehrdienstbeschädigung nicht anerkannt ist, durch den Wehrdienst verschlimmert worden, so gilt die Verschlimmerung als Wehrdienstbeschädigung.

(3) Wehrdienstbeschädigung liegt nicht vor, wenn ein Körperschaden durch den Beschädigten vorsätzlich herbeigeführt worden ist. Die gerichtliche Feststellung einer vollendeten oder versuchten vorsätzlichen Selbstbeschädigung ist für die Entscheidung im Fürsorge- und Versorgungsverfahren bindend.

DB Zu Abs. 1:

1. Wehrdienstbeschädigung ist der Körperschaden, dessen Entstehung oder Verschlimmerung ursächlich mit dem Wehrdienst zusammenhängt.

2. Körperschäden sind Gesundheitsstörungen, die alle von der Regel abweichenden körperlichen oder geistigen Zustände umfassen. Hierzu gehören alle Krankheiten, die mit organischen funktionellen oder psychischen Veränderungen einhergehen. Als Körperschäden gelten nicht Zustände, die nur in der Vorstellung bestehen oder seelisch bedingt sind. Bei inneren Krankheiten, die auch sonst bei Beschäftigung im freien Erwerbsleben aufzutreten pflegen, ist besonders eingehend zu prüfen, ob sie durch die dem Wehrdienst eigentümlichen Verhältnisse bedingt sind.

3. Treten zu einem als Wehrdienstbeschädigung anerkannten Körperschaden weitere, mit ihm ursächlich zusammenhängende Körperschäden hinzu, so sind sie die Folgen der Wehrdienstbeschädigung. Folgen einer Wehrdienstbeschädigung (unmittelbare und mittelbare) werden wie diese selbst entschädigt. Der Begriff „infolge Wehrdienstbeschädigung“ umschließt sowohl den als Wehrdienstbeschädigung anerkannten Körperschaden selbst als auch seine Folgen.

AB 1. Ob WDB. vorliegt, muß erwiesen oder mindestens wahrscheinlich sein. Für die Auslegung des Begriffs „wahrscheinlich“ ist der allgemeine Sprachgebrauch maßgebend. Es müssen Tatsachen vorliegen, auf die sich vernünftigerweise die Überzeugung von dem Vorliegen einer WDB. gründen kann. Zwischen dem Körperschaden und dem Wehrdienst muß ein ursächlicher Zusammenhang vorliegen; der zeit-

liche Zusammenhang genügt nicht. Ebenso genügt es nicht, wenn ein ursächlicher Zusammenhang mit dem Wehrdienst nur möglich ist.

2. WDB. kann eintreten

- a) durch Dienstverrichtung,
- b) durch einen während des Dienstes erlittenen Unfall,
- c) durch die dem Wehrdienst eigentümlichen Verhältnisse.

Zu a):

Hierzu zählen alle Körperschäden, die mit einer nach Ort und Zeit bestimmbar dienlichen Veranlassung in ursächlichem Zusammenhang stehen.

Beispiel:

Infolge des Zusammenwirkens häufigerer Erkältungen und wiederholter körperlicher Anstrengungen während der Ausübung des Dienstes erkrankt ein Soldat an einer Lungentuberkulose. Der Körperschaden (= Lungentuberkulose) steht in ursächlichem Zusammenhang mit der Ausübung des Wehrdienstes.

Zu b):

Hierunter fallen Körperschäden, die während des Dienstes durch ein auf äußerer Einwirkung beruhendes, plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmbares Ereignis verursacht sind. Als Unfall kann auch gelten eine akute Erkältung (z. B. nach Erhitzung im Dienst und plötzlicher starker Abkühlung) und eine Infektionskrankheit, auch wenn sich weder der Ort noch die Zeit der Infektion genau feststellen läßt, sondern nur feststeht, daß der Soldat dieser Infektion bei Ausübung seines Dienstes in besonderem Maße ausgesetzt war.

Beispiel zu Satz 1:

N. stürzt beim dienstlichen Sport und bricht den linken Unterschenkel. Körperschaden (= Bruch des linken Unterschenkels) und Unfall während des Dienstes (= Sturz beim dienstlichen Sport) stehen in ursächlichem Zusammenhang.

Beispiel zu Satz 2:

Ein Soldat erkrankt nach starker Durchnässung bei einer Felddienstübung an Rippenfellentzündung. Körperschaden (= die Rippenfellentzündung) und Verrichtung des Wehrdienstes (= die Felddienstübung) stehen in ursächlichem Zusammenhang.

Zu c):

Dazu zählen alle Schädigungen, deren Entstehung nicht immer nach Ort und Zeit bestimmbar ist, die aber erfahrungsgemäß auf die Sonderverhältnisse des Wehrdienstes zurückgeführt werden müssen.

Beispiel:

Einwirkungen der Bekleidung, Ausrüstung, Unterkunft, die ganze Lebensführung des Soldaten im allgemeinen, ferner die besonderen Einwirkungen des Dienstes bei den einzelnen Waffengattungen.

3. Aufstellung der WDB.-Liste siehe Anlage 4 und 5. Hiernach wird WDB. vom Truppenteil bejaht oder verneint. Leisten Soldaten eine Übung nicht bei einem aktiven oder Übungstruppenteil (Marinetil) ab, so tritt an die Stelle des Truppenteils die Dienststelle, die die Einberufung zur Übung veranlaßt hat (WBK., WMA.). Wird ein Übender wegen eines Körperschadens von der Übung entlassen, so hat der Übungsleiter dem nächsten WFVA. mitzuteilen, von welchem Arzt der Übende behandelt wird. Der Übungsleiter hat über die Erkrankung oder

den Unfall dem WFVA. zu berichten und dabei zur WDB.-Frage Stellung zu nehmen. Die WDB.-Liste (bei Übenden auch die Stellungnahme des Übungsleiters) ist eine wichtige Unterlage für die rechtsverbindliche Entscheidung über Anerkennung oder Ablehnung eines Körperschadens als WDB. durch die Fürs.- u. Vers.-Dienststellen der Wehrmacht.

4. Erleidet ein strafgefangener Soldat bei Ausübung einer ihm übertragenen Arbeit durch Unfall einen Körperschaden, so ist dieser WDB. im Sinne dieses Paragraphen.

5. Für die Beurteilung von Körperschäden, die während einer besonderen Verwendung von Soldaten eintreten, gilt folgendes:

a) Einzelne Soldaten, die zur Verwendung in einem Staats-, Rüstungs-, gewerblichen, land-, forstwirtschaftlichen oder ähnlichen Betrieb gegen Entgelt, im eigenen Betrieb, im elterlichen Betrieb oder im freien selbständigen Beruf auf eine Gesamtdauer von mehr als vier Wochen beurlaubt oder u. k. gestellt werden, sind versorgungsrechtlich als Arbeiter, Angestellte, Betriebsführer im eigenen Betrieb, im elterlichen Betrieb oder als selbständig im freien Beruf Tätige anzusehen. Erleiden sie bei einer solchen Verwendung einen Körperschaden, so ist dieser keine Wehrdienstbeschädigung. Das gleiche gilt für Soldaten, die als Beamte, Angestellte oder Arbeiter bei Behörden, sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts und hauptberuflich bei der NSDAP., ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden angestellt sind, ohne Rücksicht auf die Dauer der Beurlaubung oder U. k.-Stellung.

b) Bei Verwendung von Soldaten, die einzeln auf eine Gesamtdauer bis zu vier Wochen beurlaubt oder in geschlossenen Teilen einer Einheit eingesetzt werden und während dieser Zeit ihre bisherigen Gehaltsansprüche durch den Truppenteil weiter erhalten, gelten Körperschäden, die in ursächlichem Zusammenhang mit einer solchen Verwendung erlitten werden, als WDB. Wird ein bis zu vier Wochen befristeter Arbeitseinsatz über diesen Zeitraum hinaus verlängert, so gilt Buchstabe a von dem Tage ab, an dem feststeht, daß die Gesamtdauer des Arbeitseinsatzes vier Wochen übersteigt.

c) Körperschäden, die bei Beurlaubungen zur Arbeitsleistung im eigenen Betrieb, im elterlichen Betrieb oder im freien selbständigen Beruf erlitten werden, sind ohne Rücksicht auf die Dauer der Beurlaubung keine WDB.

d) Körperschäden, die bei Verwendung einzelner Soldaten oder geschlossener Teile einer Einheit bei Notständen, wie z. B. Bekämpfung von Moor-, Heide- oder Waldbränden, Überschwemmungen, eintreten, sind WDB.

e) Berufssoldaten werden im allgemeinen nur in geschlossenen Teilen einer Einheit zur Arbeit in einem Rüstungs- usw. Betrieb eingesetzt. Sie können in besonderen Ausnahmefällen einzeln bis zur Gesamtdauer von vier Wochen zum Arbeitseinsatz beurlaubt werden. Erleiden sie in ursächlichem Zusammenhang mit einer solchen Verwendung einen Körperschaden, so gilt dieser als WDB.; Buchstabe c bleibt hierdurch unberührt.

6. Körperschäden, deren Entstehung oder Ver-

schlimmerung ursächlich mit der Ein- oder Umschulung zusammenhängt, sind bei Soldaten WDB. Bei Entlassenen gelten solche Körperschäden nur dann als WDB., wenn ihre Entstehung oder Verschlimmerung Folge der anerkannten WDB. ist.

Zu Abs. 2:

1. Wenn während der Wehrdienstzeit vorgenommene Operationen unbeabsichtigte nachteilige Folgen haben, so gelten diese als WDB. Voraussetzung für die Anerkennung von WDB. ist jedoch, daß der die Operation bedingende Körperschaden nicht auf Selbstbeschädigung, Selbstmordversuch oder Geschlechtskrankheit beruht, soweit letztere nicht extragenital durch Dienstverrichtungen erworben ist.

2. Wenn ein Leiden, das nicht WDB. ist, durch Einflüsse des Wehrdienstes verschlimmert wird, muß im allgemeinen Fürs. u. Vers. in vollem Umfange gewährt werden. Wenn eine WDB. im Sinne der Verschlimmerung zur AVU. führt, ist in jedem Falle die AVU.-Rente zu gewähren. Die Gewährung von Versrentengeld setzt eine erhebliche Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit voraus. Da anzunehmen ist, daß ein derartig Beschädigter kaum in den aktiven Wehrdienst eingestellt wird, wird eine abzugsfähige vordienstliche körperliche Beeinträchtigung nur in Ausnahmefällen vorliegen.

Zu Abs. 3:

1. Körperschäden infolge Selbstbeschädigung oder Selbstmordversuch sind im allgemeinen nicht WDB. Ob in solchen Fällen WDB. anerkannt werden kann, entscheidet das WKK.

2. Eine angeborene Syphilis ist wie jede andere, unabhängig von Diensteeinflüssen erworbene Gesundheitsstörung bzw. Anlage zu ihr zu beurteilen.

3. Eine erworbene Geschlechtskrankheit kann nur in Ausnahmefällen als WDB. anerkannt werden, z. B. bei Ansteckung der Ärzte und des Sanitätsunterpersonals während der Untersuchung, Behandlung und Pflege Geschlechtskranker. Die Verschlimmerung einer erworbenen Geschlechtskrankheit durch den Wehrdienst ist in gleicher Weise zu beurteilen, wie die Verschlimmerung eines vor Eintritt in den Wehrdienst entstandenen oder anlagemäßig bedingten Körperschadens.

Anlage 4:

Anweisung zu § 4 des Wehrmachtfürsorge- und -versorgungsgesetz.

Anweisung für die Aufstellung der WDB.-Liste durch die Truppe

1. Die Feststellung einer WDB. und deren Folgen ist für den Soldaten von besonderer Bedeutung; sie ist die Grundlage für den Anspruch auf Fürs. und Vers. eines Wehrdienstbeschädigten und seiner Hinterbliebenen.
2. Zur Feststellung einer WDB. ist eine WDB.-Liste (siehe Anlage 5) von der Kompanie aufzustellen. Für jeden Körperschaden ist, soweit nach dieser Anweisung überhaupt erforderlich, eine besondere WDB.-Liste anzulegen.
3. Nach WFVG. § 4 liegt WDB. vor, wenn ein Körperschaden infolge des Wehrdienstes entstanden oder verschlimmert worden ist. Er ist infolge des Wehrdienstes eingetreten, wenn zwischen dem Körperschaden oder der Ver-

schlimmerung eines Körperschadens und dem Wehrdienst ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Der ursächliche Zusammenhang muß erwiesen oder mindestens wahrscheinlich sein.

Für die Auslegung des Begriffs „wahrscheinlich“ ist der allgemeine Sprachgebrauch maßgebend. Es müssen Tatsachen vorliegen, auf die sich vernünftigerweise die Überzeugung von dem Vorliegen einer WDB. gründen kann. Es genügt nicht, wenn der ursächliche Zusammenhang nur möglich ist oder nur ein zeitlicher Zusammenhang besteht.

4. Eine WDB. kann eintreten:

- a) durch Dienstverrichtung. Hierzu zählen alle Körperschäden, die mit einer nach Ort und Zeit bestimmbar dienlichen Veranlassung in ursächlichem Zusammenhang stehen,
- b) durch einen während des Dienstes eingetretenen Unfall. Hierunter fallen Körperschäden, die während des Dienstes durch ein auf äußerer Einwirkung beruhendes, plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmbares Ereignis verursacht sind. Fahrlässigkeit und Ungeschicklichkeit bei Ausübung des Wehrdienstes sind keine Gründe, das Vorliegen von WDB. abzulehnen,
- c) durch die dem Wehrdienst eigentümlichen Verhältnisse. Dazu zählen alle Schädigungen, deren Entstehung nicht immer nach Ort und Zeit bestimmbar ist, die aber erfahrungsgemäß auf die Sonderverhältnisse des Wehrdienstes zurückgeführt werden müssen.

Im übrigen wird auf die DB. und AB. zu § 4 verwiesen.

5. Der Soldat hat den Körperschaden, für den eine WDB.-Liste aufgestellt werden soll, selbst anzuzeigen. Dies hat möglichst sofort, spätestens aber bei der Entlassung zu geschehen.

Unbeschadet dieser persönlichen Anmeldung ist es Pflicht des KpChefs, bei allen zu seiner Kenntnis kommenden Unfällen, Verletzungen oder Erkrankungen eines Untergebenen die Frage der WDB. zu prüfen.

6. Tritt ein Soldat infolge eines Körperschadens in wehrmachtärztliche Behandlung, so müssen der Truppenarzt oder das Lazarett dem KpChef Mitteilung machen, wenn irgendwelche Umstände auf einen Zusammenhang des Körperschadens mit wehrdienstlichen Einwirkungen schließen lassen. Das Ergebnis der daraufhin vom KpChef angestellten Ermittlungen ist dem Lazarett zur Eintragung in das Krankenblatt mitzuteilen.

7. Eine WDB.-Liste ist aufzustellen, wenn

- a) nach Prüfung durch den KpChef und den SanOffz. WDB. erwiesen oder wahrscheinlich erscheint und voraussichtlich Fürs.- und Vers.-Ansprüche entstehen werden,
- b) der Soldat einen Körperschaden als WDB. anmeldet.

In Fällen, in denen eine WDB. vorliegt, jedoch voraussichtlich keine Fürs.- und Vers.-Ansprüche entstehen werden, genügt nach Rücksprache mit dem KpChef ein Vermerk des SanOffz. im Krankenmeldebuch oder im Krankenblatt und im Gesundheitsbuch. Ebenso ist zu verfahren, wenn zweifelsfrei feststeht, daß WDB. nicht vorliegt.

8. Für die Aufstellung der WDB.-Liste ist zu beachten: Die Angaben auf der Titelseite der WDB.-Liste trägt die Kp., wenn nötig nach Rücksprache mit dem Truppenarzt, ein. Für die Eintragungen in die Ziff. 1 kommt es in der Hauptsache darauf an, die Umstände, die für die Beurteilung der Entstehung oder Verschlimmerung des Körperschadens in Betracht kommen, möglichst einfach

anzugeben und klarzustellen. Es handelt sich für den KpChef nicht um Ausstellung einer Bescheinigung oder um eine Entscheidung, sondern um Feststellung des Tatbestandes und um Stellungnahme, ob die von dem Beschädigten angegebenen dienstlichen Einflüsse und Einwirkungen vorgelegen haben. Diese Stellungnahme muß erkennen lassen, ob sie auf eigenen Wahrnehmungen oder auf anderen Unterlagen beruht. Stützt sie sich wesentlich auf die Angaben des Beschädigten selbst, so bedarf auch die größere oder geringere Zuverlässigkeit der Angaben einer Erörterung.

Zeugen sind vom KpChef einzeln zu vernehmen. Sie müssen ihre Angaben unabhängig voneinander zur Niederschrift geben. Hierbei ist zu vermeiden, daß sie durch vorherige Abreden zu gleichlautenden Aussagen kommen. Hat der KpChef Zweifel an der Richtigkeit einer Zeugenaussage, so muß er hierüber einen Vermerk aufnehmen.

9. Nach der Feststellung des Tatbestandes wird die WDB.-Liste dem Truppenarzt oder dem Lazarett übersandt.

Der SanOffz. hat seine Stellungnahme dahingehend abzugeben, ob zwischen dem vom KpChef festgestellten Tatbestand und dem Körperschaden ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Hierbei ist zu erörtern, ob nach Art des Körperschadens, nach dem Befunde bei der ersten Untersuchung, nach dem Verlauf der Krankheit und den Ermittlungen des KpChefs erwiesen, wahrscheinlich, unwahrscheinlich oder ausgeschlossen ist, daß der Körperschaden durch die angegebene dienstliche Ursache oder durch andere dem Wehrdienst eigentümliche Verhältnisse entstanden oder verschlimmert worden ist.

10. Auf Grund der Ermittlungen unter Ziff. 1 und der ärztlichen Stellungnahme unter Ziff. 2 vermerkt der KpChef unter Ziff. 3, ob nach seiner Ansicht WDB. anzunehmen ist oder nicht.

Hat der KpChef Zweifel oder bestehen bei ihm und dem SanOffz. entgegengesetzte Auffassungen, so sind diese Zweifel zunächst durch gegenseitige mündliche Verständigung zu klären.

11. Nach Stellungnahme des KpChefs (Ziff. 3) ist die WDB.-Liste dem BtlKdr. vorzulegen, der unter Ziff. 4 noch weitere Maßnahmen anordnen kann und Stellung nimmt, ob die WDB.-Frage zu bejahen oder zu verneinen ist.

12. Nach Abschluß der ärztlichen Behandlung hat der SanOffz. die unter Ziff. 5 gestellten Fragen zu beantworten.

Bei der Entlassung aus dem aktiven Wehrdienst ist das Ergebnis der ärztlichen Untersuchung unter Ziff. 6 einzutragen.

13. Im Wehrstammbuch und im Gesundheitsbuch ist zu vermerken, daß eine WDB.-Liste angelegt ist. Bei Offz. ist außerdem der Personalnachweis entsprechend zu vervollständigen.

14. Die Aufstellung der WDB.-Liste durch die Truppe ist eine innerdienstliche Angelegenheit und begründet keinen Anspruch des Soldaten auf Fürs. und Vers. nach dem WFG.

Allein die Fürs.- und Vers.-Dienststellen der Wehrmacht entscheiden rechtsverbindlich über Anerkennung oder Ablehnung eines Körperschadens als WDB.

15. Die während der aktiven Dienstzeit bei der Truppe entstandenen WDB.-Listen und der hierzu gehörige Schriftwechsel sind, wenn ein Entlassungsverfahren infolge DU. eingeleitet ist, zu den Krankenpapieren, sonst zu den Personalpapieren zu nehmen.

Anlage 5
zu § 4

Wehrdienstbeschädigungsliste

über den

(Dienstgrad, Vor- und Zuname)

geboren am in Kreis

der
(Truppenteil, Kommandobehörde usw.)

Jahrgang Truppenstammrolle Nr.
(nur bei Unteroffizieren und Mannschaften)

Beginn der ärztlichen Behandlung:

a) bei der Truppe
(Datum, Bezeichnung des Krankenreviers)

b) im Lazarett
(Datum, nähere Bezeichnung des Lazarets)

Beendigung der ärztlichen Behandlung:

a) bei der Truppe
(Datum, Bezeichnung des Krankenreviers)

b) im Lazarett
(Datum, nähere Bezeichnung des Lazarets)

Vom Kompanie-Chef usw.
auszufüllen

1. Feststellung des Tatbestandes

(Zeugenvernehmung nur soweit zur Klärung des Tatbestandes unbedingt erforderlich; umfangreiche Vernehmungen auf besonderer Anlage.)

Auf Grund eigener Wahrnehmung — der Zeugenaussagen — nehme ich an, daß die angegebenen dienstlichen Einflüsse und Einwirkungen — nicht — vorgelegen haben*) **).

(Ort, Datum)

(Dienstgrad und Dienststellung)

*) Falls der Tatbestand weder durch eigene Wahrnehmung noch durch Zeugenaussagen erhärtet werden kann, ist eine Äußerung über die Glaubhaftigkeit der Angaben abzugeben. — **) Nichtzutreffendes durchstreichen.

Vom Sanitätsoffizier
auszufüllen

2. a) Genaue Bezeichnung des Körperschadens, der Art der Verletzung oder Erkrankung:

b) Ergebnis der ersten ärztlichen Untersuchung durch den behandelnden Sanitäts-Offizier bei Beginn der Behandlung:

c) Stellungnahme des Sanitäts-Offiziers zur Frage des ursächlichen Zusammenhangs zwischen Körperschaden und Tatbestand (vgl. Ziff. 1):

Nach dem Befunde und nach den Ermittlungen des Kompanie-Chefs usw. ist es — erwiesen — wahrscheinlich — unwahrscheinlich — ausgeschlossen —, daß der Körperschaden durch die angegebene dienstliche Ursache oder durch andere dem Wehrdienst eigentümliche Verhältnisse — entstanden — verschlimmert worden — ist.

.....
.....
(Ort, Datum)

.....
.....
(Dienstgrad u. Dienststellung)

Vom Kompanie-Chef usw.

auszufüllen

3. Stellungnahme, ob Wehrdienstbeschädigung anzunehmen ist oder nicht:

Auf Grund der Ermittlungen und der Stellungnahme des Sanitäts-Offiziers (vgl. Ziffer 2) nehme ich Wehrdienstbeschädigung — an — nicht an —.

.....
.....
.....
(Ort, Datum)

.....
.....
.....
(Dienstgrad u. Dienststellung)

Vom Bataillons-Kommandeur usw.

auszufüllen

4. Vermerk des Bataillons-Kommandeurs usw. über seine Kenntnisnahme, etwaige Anordnungen für weitere Maßnahmen mit Stellungnahme, ob die Wehrdienstbeschädigungsfrage zu bejahen oder zu verneinen ist:

Die Wehrdienstbeschädigungsfrage — bejaht — verneint —.

.....
.....
.....
(Ort, Datum)

.....
.....
.....
(Dienstgrad u. Dienststellung)

Vom Sanitätsoffizier
auszufüllen

5. Gutachten des Sanitäts-Offiziers nach Abschluß der ärztlichen Behandlung:

- a) Ist eine Folge des Körperschadens (vgl. Ziffer 2) zurückgeblieben?
- b) Genaue Bezeichnung derselben:
- c) Ist der Beschädigte nach WFVG. §§ 83 und 84 versehrt? Zutreffendenfalls Grad der Versehrtheit:
- d) Ist der Beschädigte arbeitsverwendungsunfähig?
- e) Kann er durch Heilfürsorge die Arbeitsverwendungsfähigkeit in absehbarer Zeit erlangen?
- f) Ist der Beschädigte dauernd arbeitsverwendungsunfähig nach WFVG. § 88?

.....
.....
(Ort, Datum)

.....
.....
(Dienstgrad u. Dienststellung)

Vom Sanitätsoffizier
auszufüllen

6. Ergebnis der ärztlichen Untersuchung bei der Entlassung aus dem aktiven Wehrdienst
(unter Berücksichtigung der vorliegenden WDB.-Liste).
Sind Änderungen gegenüber den Angaben in Ziffer 5 eingetreten? Welche?

.....
.....
(Ort, Datum)

.....
.....
(Dienstgrad u. Dienststellung)

Anlage 5:

Auszug aus dem Einsatz-Wehrmachtfürsorge- und Versorgungsgesetz

Unfallfürsorge nach dem Deutschen Beamtengesetz für Beamte und ihre Hinterbliebenen

§ 27 a

(1) Wird ein Beamter einer Zivilverwaltung als Soldat oder Wehrmachtbeamter verwundet oder durch einen Unfall, der als Beschädigung bei besonderem Einsatz anerkannt wird, verletzt, so wird ihm und seinen Hinterbliebenen Unfallfürsorge nach dem Deutschen Beamtengesetz gewährt. Dasselbe gilt für Wehrmachtbeamte, die als Soldat verwendet werden.

(2) Die rechtskräftige Anerkennung oder Ablehnung eines Körperschadens als Beschädigung bei besonderem Einsatz ist für die Entscheidung über Versorgungsansprüche nach dem Deutschen Beamtengesetz bindend.

AB. Zu Abs. 1:

1. Beamte im Sinne dieser Vorschrift sind auch Wartestandsbeamte und Ruhestandsbeamte.
2. Ist die Dienstunfähigkeit eines Beamten einer Zivilverwaltung festgestellt, so übersendet das WFVA, der zuständigen Dienststelle auf deren Ersuchen oder auf Antrag des Beamten eine Abschrift des über die Fürs. u. Vers. erteilten Bescheides. Liegt eine rechtskräftige Entscheidung noch nicht vor, so teilt das WFVA, der Dienststelle nach Prüfung des Fürs.- u. Vers.-Anspruchs mit, ob der Körperschaden, der die Dienstunfähigkeit verursachte, die Folge einer Verwundung oder eines als Beschädigung bei besonderem Einsatz anzuerkennenden Unfalls ist.
3. Ist ein Beamter während des besonderen Einsatzes im aktiven Wehrdienst gestorben, so teilt das WFVA, nach Prüfung des Fürs.- u. Vers.-Anspruchs der für die Feststellung der Hinterbliebenenversorgung nach dem DBG. zuständigen Dienstbehörde mit, ob der Beamte gefallen oder an den Folgen einer Verwundung oder eines als Beschädigung bei besonderem Einsatz anzuerkennenden Unfalls gestorben ist. Dieser Dienstbehörde hat das WFVA, nach der Entscheidung über den Fürs.- u. Vers.-Anspruch eine Abschrift des Bescheides zu übersenden. Stirbt ein Beamter nach der Entlassung aus dem aktiven Wehrdienst, so gilt AB. Nr. 2 entsprechend.

Einsatzbuch für die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD im auswärtigen Einsatz.

RdErl. des RSHA. vom 16. 9. 1943

— I A 1 a Nr. 976/42 —

(1) Für die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD im auswärtigen Einsatz (einschließlich der Kommandierten der Waffen-SS) wird ein Einsatzbuch eingeführt. Die erforderlichen Exemplare gehen den Dienststellen zu. Mehrbedarf ist beim RSHA. — Ref. II C 4 (Materialverwaltung) — anzufordern.

(2) Das Einsatzbuch soll den Einsatzdienststellen die Möglichkeit geben, alle Merkmale über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der im Einsatz stehenden Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD ohne Personalakten schnell zu ersehen. Für die Heimatdienststellen soll das Einsatzbuch die Unterlagen für die Verwendung im Einsatz liefern. Für Geschäftszimmerangestellte und sonstige Personalkräfte, die nicht im Besitze eines Dienstausweises sind, gilt das Einsatzbuch gleichzeitig als Dienstausweis.

(3) Das Einsatzbuch ist

- a) für alle zur Zeit im auswärtigen Einsatz stehenden Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD von den zuständigen Einsatzdienststellen,
- b) für die künftig zum Einsatz kommenden Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD von den Heimatdienststellen

auszustellen.

Für die Angehörigen der Hipo.-Kompanien und für die fremdvölkischen Hilfskräfte ist ein Einsatzbuch nicht auszustellen. Für diese Kräfte erfolgt besondere Regelung.

(4) Nach Beendigung des auswärtigen Einsatzes ist das Einsatzbuch bei der zuständigen Heimatdienststelle zu den Personalakten zu nehmen. Bei einem neuen Einsatz des Inhabers ist das Einsatzbuch wieder zu verwenden.

(5) Bei Eintragungen sind stets die offenen Dienststellenbezeichnungen und nicht die Feldpostnummern einzusetzen. Das gilt auch für die Verwendung von Dienstsiegeln.

(6) Für unbrauchbar gewordene Einsatzbücher sind neue mit der Überschrift (Seite 1) „Ersatz“- auszustellen. Die alten Bücher sind zu vernichten. Verlorengegangene Einsatzbücher sind ebenfalls durch neue zu ersetzen. Später wiedergefundene Einsatzbücher sind nach Eintragungen notwendiger Ergänzungen im Ersatzeinsatzbuch ebenfalls zu vernichten.

(7) Einsatzbücher von Gefallenen oder Gestorbenen sind, sofern sie nicht aus Gesundheitsgründen (Ansteckungsgefahr) sofort vernichtet werden müssen, den Heimatdienststellen für die Personalakten der bisherigen Buchinhaber zu übersenden. Werden die Einsatzbücher vernichtet, so sind die Heimatdienststellen unter Angabe des Grundes zu benachrichtigen.

(8) Noch nicht ausgegebene Einsatzbücher (Vorratsstücke) sind unter Verschluss zu halten, so daß sie einem unberechtigten Zugriff entzogen bleiben. Über den Bestand ist ein schriftlicher Nachweis zu führen. Die Einsatzbücher dürfen nur gegen Empfangsbescheinigung ausgegeben werden. Über die Ausgabe ist eine besondere Liste, die folgende Angaben enthalten muß, zu führen:

Nummer des Buches, SS-Dienstgrad und Amtsbezeichnung sowie Vor- und Zuname des Empfängers, Empfangsbestätigung. Die Verwaltung der Einsatzbücher ist von den Dienststellenleitern oder den von ihnen hierzu Beauftragten in unregelmäßigen Zeitabständen zu kontrollieren.

(9) Zur Verhinderung und zum Erkennen von Fälschungen ist das Einsatzbuch wie folgt geschützt:

- a) dreistufiges Wasserzeichenpapier,
- b) bei chemischen Rasuren sich verfärbendes Sicherheitspapier,
- c) gegen mechanische Rasuren eingedruckter zweifarbiger Unterdruck,
- d) eingedruckte fortlaufende Nummer.

(10) Bei Verdacht von Fälschungen ist das Buch auf das Vorhandensein der unter Ziff. (9) a)–d) genannten Merkmale zu überprüfen. Sollte ein einwandfreies Erkennen von Fälschungen mit den örtlich vorhandenen Mitteln nicht möglich sein, ist das Buch an das RSHA. — IV A 2 c — Zentralstelle zur Bekämpfung der politischen Paß- und Ausweisfälschung — einzusenden.

(11) Jeder Verlust von Einsatzbüchern ist unter Angabe der Nummer des Einsatzbuches und der Personalien zur Ungültigkeitserklärung im Befehlsbl. des ChdSPudSD. an das RSHA. — I Org. — zu melden.

(12) Dieser RdErl. ist in die „Vorschrift über den Wirtschaftsverwaltungsdienst bei auswärtigen Einsätzen der Sicherheitspolizei (VaE)“ vom 28. 1. 1943 (vgl. Befehlsbl. S. 37) im Anhang unter Ziffer 47 einzufügen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 297.

Einreise nach Rumänien.

RdErl. des RSHA. vom 16. 9. 1943

— I A 1 a Nr. 504/43-360-4 —

Nach einem im VO-Blatt der Waffen-SS veröffentlichten Befehl des Reichsführers-SS bedarf jede Einreise eines hauptamtlichen Angehörigen der SS oder Polizei oder eines ehrenamtlichen Angehörigen des SD nach Rumänien ab sofort seiner persönlichen Genehmigung. Ausführlich begründete Anträge sind dem RSHA. vorzulegen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 298.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 16. 9. 1943

— I A 1 b Nr. 160/43 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-SS dem

SS-Hauptsturmführer Kriminalkommissar Günther Hausding,

SS-Obersturmführer Kriminalkommissar Fritz Müller,

SS-Untersturmführer Kriminalobersekretär Fritz Stracke und dem

SS-Scharführer apl. Kriminalassistenten Edgar Enge,

beim Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD in Belgrad,

durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für besondere fachliche Leistungen und unermüdliche Einsatzbereitschaft bei der Bekämpfung des Bandenwesens in Serbien ausgesprochen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 298.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 18. 9. 1943

— I A 1 b Nr. 204/43 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-SS dem

SS-Hauptsturmführer Heinz Hollert,

SS-Obersturmführer Klaus Barbie,

Staffelhauptstabsführer a. K. Alfred Lütjens,

Staffelscharführer a. K. Günter Eilers und dem

SS-Hauptstabsführer Karl Krull, beim Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD in Lyon,

durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für besondere kriminalistische Leistungen und unermüdlichen Einsatz bei der Bekämpfung einer Widerstandsbewegung in Frankreich ausgesprochen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 298.

Verschiedenes

Berichtigung des Dienststellenverzeichnisses der Sich.Pol. u. des SD.

Zum RdErl. des RSHA. vom 14. 5. 1943

— II A 1 Nr. 900/42-151 —

Es sind folgende Berichtigungen vorzunehmen:

Abschnitt II

Seite 1 (Insp. Berlin) streichen: SS-Brigf. Gen.Maj. d. Pol. Naumann, dafür setzen: SS-Oberf. Oberst d. Pol. Dr. Achamer-Pifrader.

Seite 2 (Insp. Braunschweig) streichen: SS-Oberf. Oberst d. Pol. Dr. Fuchs, dafür setzen: SS-O'Stabf. Rapp.

Seite 14 (Insp. Stettin) streichen: SS-Brigf. Gen.Maj. d. Pol. Naumann, dafür setzen: SS-Oberf. Oberst d. Pol. Dr. Achamer-Pifrader (m. d. W. d. D. b.).

Abschnitt III

Seite 3 (BdS Den Haag) streichen: SS-Brigf. Gen.-Maj. d. Pol. Dr. Harster, dafür setzen: SS-Oberf. Oberst d. Pol. Naumann.

Seite 4 (BdS Kiew) streichen: SS-Gruf. Gen.Ltn. d. Pol. Dr. Thomas, dafür setzen: SS-Stabf. Oberst d. Pol. Böhme.

Seite 12 (BdS Riga) streichen: SS-Oberf. Oberst d. Pol. Dr. Achamer-Pifrader, dafür setzen: SS-Stabf. Reg.Dir. Panzinger.

Abschnitt IV

Seite 6 (Kdr. Kauen) streichen: SS-Stabf. Jäger, dafür setzen: SS-Oberf. Oberst d. Pol. Dr. Fuchs.

Seite 8 (Kdr. Krakau) streichen: SS-O'Stabf. ORR. Dr. Großkopf, dafür setzen: SS-O'Stabf. ORR. Batz.

Seite 9 (Kdr. Krakau). In Spalte Außendienststellen unter Krakau einsetzen: Kressendorf b. Krakau, Feldstr. 405 — Anruf: 71.

Seite 18 (Kdr. Nikolajew) streichen: SS-O'Stabf. ORR. Dr. Spann, dafür setzen: SS-Stabf. RR. Hegenscheidt.

Seite 19 (Kdr. Radom) streichen: SS-O'Stabf. ORR. Liphardt, dafür setzen: SS-Stabf. RR. Illmer.

Abschnitt V

Seite 10 (St. Dortmund) streichen: SS-Stabf. RR. Illmer, dafür setzen: SS-O'Stabf. ORR. Liphardt.

Seite 13 (St. Frankfurt a. M.) streichen: SS-O'Stabf. RR. Poche, dafür setzen: SS-Stabf. RR. Breder.

Seite 14 (St. Frankfurt/Oder) bei StADSt. Schwiebus Anschrift ändern in: Halbestadt 43a.

Seite 16 (St. Graz) streichen: SS-Stabf. RR. Dr. Machule, dafür setzen: SS-O'Stabf. ORR. Dr. Großkopf.

Seite 19 (StL. Hannover) streichen: //O'Stubaf. ORR. Batz, dafür setzen: //O'Stubaf. ORR. Rentsch.

Seite 20 (St. Hohensalza) streichen: //Stubaf. RR. Hegenscheidt.

Seite 49 (St. Saarbrücken) streichen: //O'Stubaf. ORR. Rentsch, dafür setzen: //O'Stubaf. ORR. Dr. Spann.

Seite 51 (St. Schneidemühl) streichen: //Stubaf. RR. Dr. Freitag.

Abschnitt VI

Seite 9 (KPSt. Brünn) bei KADSt. Mähr. Ostrau Anschrift und Anruf ändern in: Krankenhaushausgasse 35 — Anruf: 23 45, NA. 262. Bei KADSt. Olmütz Anruf ändern in 12 00 u. 14 00, NA. 353.

Seite 35 (KPSt. Klagenfurt) beim Leiter streichen: KR. Friedrich Schmidt, dafür setzen: //H'stuf. Meissner.

Seite 59 (KPLSt. Stuttgart) KA. Eßlingen (Neckar) beim Chef streichen: Pol.Dir. Hoch, dafür setzen: Pol.Rat. Dangel (i. V.). KA. Friedrichshafen beim Chef streichen: Landrat Knapp, dafür setzen: Pol.Dir. Hoch.

Abschnitt VII

Seite 24 (SD-A. Litzmannstadt) bei SD-ASt. Freihaus Anschrift ändern in: Adolf-Hitler-

Straße Ost 2, — bei SD-ASt. Lentschütz Anschrift ändern in: Straße der 18 Tage 4 (Landratsamt).

Seite 25 (SD-A. München) streichen: //O'Stubaf. RR. Rapp.

Seite 27 (SD-LA. Nürnberg) bei SD-ASt. Nürnberg Anschrift und Anruf ändern in: Ernst-vom-Rath-Allee 54 — Anruf: 41 281/84, bei SD-ASt. Schweinfurt Anschrift und Anruf ändern in: Brückenstr. 8 — Anruf: 30 61, NA. 172.

Abschnitt X

Seite 6 Unter Krenau ein Hinweiszeichen auf Kressendorf setzen. Am Schluß des Buchstabens „K“ hinzusetzen: Kressendorf ADSt. IV 9.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 298.

Berichtigung.

Der im Befehlsblatt 1943 S. 247 als im Einsatz der Sich.Pol. u. des SD gefallen gemeldete Kriminalangestellte Oskar Scholz war nicht Angehöriger der Staatspolizeistelle Saarbrücken, sondern der Kriminalpolizeistelle Breslau. — Befehlsblatt S. 299.

Personalmitteilungen

SD.

Versetzt: die //Hauptsturmführer Dr. Herbert Böhrsch zum SD-LA. Wien, Helmut Daufeldt zum RSHA.-VI, Heinz Nagel zum RSHA.-III.

Kommandiert: //Hauptsturmführer Marcel Zschunke zum Kdr. Bialystok (unter Aufhebung seiner Kommandierung zur Dienststelle Brüssel), die //Hauptsturmführer Reg.Ass. Bruno Callsen zum RSHA.-III, Max Drexel zum BdS Metz, Fritz Carstens zur Krim.Pol. Essen, Lothar Fendler zum RSHA.-VI, Richard Foltis zur Stapost. Köln, Erhard Grauel zum Inspektor der Sich.Pol. u. des SD

Breslau, Emil Haußmann zum Kdr. Bialystok, Gerhard Kortkamp zum Kdr. Reval, Heinz Mayr zum RSHA.-III, Hans-Georg Pape zum RSHA.-III, Karl Peukert zum Inspektor der Sich.Pol. u. des SD Salzburg, Otto-Ernst Prast zur Kripo-Leitst. Dresden, Fritz Rascher zur Stapo-Leitst. Münster, Paul Wilde zur Kripo-Leitst. Düsseldorf, Oskar Winkler zum Kdr. Bergen, Erich Wolff zum RSHA.-III, Werner Thiem zum BdS Straßburg;

//Obersturmführer Walter Kronberg zum Inspektor der Sich.Pol. u. des SD Berlin;

//Untersturmführer Heinrich Dittjen zum SD-LA. Düsseldorf. — Befehlsblatt 1943 S. 299.